Einzelpreis 15 Pf. Halle, Dienstag, den 2. März 1920. 31. Jahrgang • Nr. 52

Verlag u. Geschäftsstelle: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1047. Geöffnet von 7½ Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags. Postscheckkonto: Leipzig 100005. Hermann Schade.

Volksblatt

Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1045. Sprechzeit: Nur werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Bezugspreis: Frei Haus monatl. 2,25 Mk., vierteljährl. 6,75 Mk.; durch die Post bezogen monatl. 2,25 Mk., ohne Zustellungsgebühr.

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Anzeigen bis morgens 9 Uhr erbeten, größere tags vorher.

Anzeigenpreis: 40 Pf. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 1,20 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textsteitenteil.

Diktatur der Demokratie.

Der Knebel gelockert!

Volle sechs Wochen war das Volksblatt geknebelt. Der Machtspruch eines Generals unterband ihm die Möglichkeit, zu seinen Lesern zu sprechen. Mit der Verhängung des Belagerungszustandes, oder wie man ihn neuerdings „beschönigend" nennt: „Ausnahmezustandes", — der die glorreiche „sozialistisch"-demokratische Regierung so prächtig ziert, trat auch der Pressegalgen prompt in Tätigkeit. Das Volksblatt war unter den unabhängig-sozialdemokratischen Blättern gleich eines der ersten, das „gehängt" wurde. Es erfreute sich der ganz besonderen Gunst des Herrn Generals Maercker auch noch darin, daß man ihm gleichsam den Vorzug eines Verbots-rekordes erwies. Eine Ehre, die wir außerordentlich zu schätzen wissen. Ja, wir sind „verwegen" genug, gerade in der langen Dauer des Verbotes eine Anerkennung dafür zu erblicken, daß wir als konsequente Sozialisten und als entschiedenste Förderer der Interessen des schaffenden Volkes unsere Pflicht stets voll erfüllt haben. . . .

Daß sich auch die Leser des Volksblattes dessen bewußt sind, dafür spricht am beweiskräftigsten die Tatsache, daß sie, mit verschwindenden Ausnahmen, auch während der schwierigen Zeit des Verbotes treu zu ihrem Blatte hielten und bereitwilligst und opferbereit die bei der wochenlangen Unterdrückung des Blattes möglichen Folgen, das heißt die Vernichtung der materiellen Grundlagen des Volksblattes, bereiteten. Sie zeigneten sich damit durch ein Massenbewußtsein und eine Opferwilligkeit aus, die dankbarste Anerkennung verdienen.

Sie haben damit aber zugleich auch dem Verbot das Urteil gesprochen.

Herr General Maercker begründete in seiner Verfügung vom 18. Januar das Verbot u. a. damit, das Volksblatt habe

„im Interesse der Sicherheit der öffentlichen Ordnung notwendige Maßnahmen in einer Art und Weise dargestellt, die geeignet ist, die Achtung vor den Gesetzen und Verordnungen der Regierung zu untergraben, zur Auflehnung dagegen aufzureizen und in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung gegeneinander aufzuhetzen. . . ."

Dieses Verbrechens sollte sich das Volksblatt schuldig gemacht haben durch seine mit der Darstellung der blutigen Vorgänge am 13. Januar vor dem Reichstage verbundene Kritik der Regierung. Der Sinn des Verbotes ist also kurz der: eine so vortreffliche Regierung und Regierungskunst wie die der Ebert-Bauer-Heine-Noske darf nicht kritisiert werden. Wer es dennoch wagt, ihre Vortrefflichkeit anzuzweifeln, wird kurzerhand mundtot gemacht. Dabei war die Begründung des Volksblattverbotes bei weitem noch nicht die schönste und wunderlichste all der Begründungen, mit denen reichlich die Hälfte aller unabhängigen Zeitungen für Wochen oder auf unbestimmte Zeit unterdrückt wurde. Raummangels wegen müssen wir es uns versagen, all diese Edelblüten am Baume der deutschen Republik aufzuzählen. Für den Geschichtsschreiber, der einmal die Geschichte der Noskeregierung schreiben wird, werden diese „Begründungen" Dokumente von unschätzbarem Werte und zugleich auch treffliche Illustrationen sein für die von sogenannten Sozialisten in der „freiesten Republik der Welt" zur Unterdrückung der revolutionären Arbeiterbewegung angewandten Regierungsmethoden!

Die sozialistisch-demokratisch-klerikale Regierung „rechtfertigt" die Gewaltmaßnahmen gegen die Unabhängige Sozialdemokratie und die Kommunisten, den Belagerungszustand, Schutzhaft und die Knebelung der unabhängig-kommunistischen Presse angeblich mit dem blutigen Ausgang der Massendemonstration gegen das Betriebsrätegesetz. Wollte man diese „Gründe" im Ernste gelten lassen, so müßte man sagen, daß Unterdrückungsmaßnahmen gegen einen großen Teil der arbeitenden Klasse in gleicher Weise noch nie unbegründeter angewendet worden sind. Das Recht zu Straßendemonstrationen hatte sich die deutsche Arbeiterschaft schon unter der wilhelminischen Regierung erkämpft. Als ganz besonders tüchtiger Organisator dieses Kampfmittels hat sich namentlich der derzeitige Polizeipräsident von Berlin, Eugen Ernst, bewährt, der als einstiger Führer der Berliner (alten) Sozialdemokratie manche machtvolle Kundgebung der Berliner Arbeiter zustande brachte. Auf solche Kundgebungen mit dem Belagerungszustande zu antworten, das blieb allerdings einer republikanischen Regierung vorbehalten, die zur Hälfte aus „Sozialisten" besteht! Auch in der Niederschießung demonstrierender Volksmassen können die Machthaber des alten zusammengebrochenen Polizei- und Militärstaates nicht solche Leistungen aufweisen, wie die der deutschen Republik. Ebensowenig wurden die Zeitungsverbote während des Kriegs-Belagerungszustandes mit der Rücksichtslosigkeit durchgeführt, wie das heute in Neudeutschland geschieht. Ohne vorausgegangene „Warnungen" wurde da das Erscheinen keiner Zeitung verboten; und dann waren die Verbote in der Regel befristet und erstreckten sich nur auf Tage. Es war ferner möglich, durch Verhandlungen mit den militärischen Zensurstellen die Verbote bald wieder rückgängig zu machen.

Wir stellen diese Tatsachen gewiß nicht fest aus Begeisterung für das wilhelminische System. Aber die Handlungen der Noskeregierung erhalten durch diese Gegenüberstellung erst die richtige Beleuchtung.

Das Volksblatt wurde für sechs Wochen unterdrückt, weil es durch seine Schreibweise angeblich den „öffentlichen Frieden" und „die Sicherheit des Reichs" „gefährdet" haben soll. Dabei läßt sich auch nicht mit der Lupe nachweisen, daß in jenen Tagen, die dem Verbote vorausgingen, im ganzen Verbreitungsbezirke des Volksblattes „Ruhe und Ordnung" auch nur im geringsten gestört worden sind. Trotzdem aber erfolgte das Verbot, und obendrein — im Kommandobereiche des Herrn General Maercker allgemeiner Brauch — auch noch unbefristet. — Was bei den Militärs der alten Regierung noch eine Selbstverständlichkeit war, nämlich, daß man auf Eingaben und Beschwerden doch wenigstens noch Antwort erhielt, das gehört bei den ausübenden Gewalten der republikanischen Regierung zu den überflüssigen Höflichkeiten. So hat es weder Herr Noske noch auch Herr General Maercker für nötig gehalten, zwei Eingaben des Verlags des Volksblattes auch nur eines Wortes zu würdigen. . . . Als dann am 24. Februar einer Abordnung des Ortsvereins der Hallischen Buchdrucker von dem Sekretär Noskes das Wiedererscheinen des Volksblattes zugesichert ward, bedurfte es immer erst noch der Absendung eines Auskunft heischenden Telegramms an Herrn General Maercker nach Dresden, ehe die Aufhebung des Verbotes angeordnet wurde.

Auch diese Tatsachen beweisen beredter als es Worte vermögen, wie es heute um die Rechte und die Freiheiten in der deutschen Republik bestellt ist und wer heute in der Tat eigentlich regiert.

Die Unabhängige Sozialdemokratie und ihre Presse ist unter dem Ausnahmezustande tatsächlich außerhalb von Recht und Gesetz gestellt, und zwar von Leuten, die sich immer noch Sozialdemokraten nennen und die sich nicht genug ereifern können gegen die Diktatur des Proletariats. Sie verleugnen dabei bedenkenlos ihre bessere Vergangenheit. Man erinnere sich der Reichstagsverhandlungen vom Oktober 1917, in denen der Reichskanzler Michaelis und der Staatssekretär von Capelle ihren Vorstoß gegen die Unabhängigen unternahmen, weil sie die Matrosen zur Meuterei angestiftet hätten. Als Michaelis damals erklärte, die Unabhängigen Sozialdemokraten ständen außerhalb des Kreises der Parteien, denen er mit voller Objektivität gegenüberzutreten bereit sei, griffen ihn die Mehrheitssozialisten heftig an. Einer ihrer Redner führte aus:

„Wir müssen für jede Partei wie für die Gesamtheit der Staatsbürger volle staatsbürgerliche Parität verlangen, volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung auch in der Behandlung seitens der Behörden. . . . Davon können wir nicht abgehen, und, Herr Reichskanzler, ich glaube nicht, daß es gute und glückliche Politik wäre, gegen eine Partei, mag es sein welche es wolle, mit Ausnahmebehandlung und Ausnahmerecht zu kämpfen. Ausnahmerechtspolitik ist eine schlechte Politik und sollte niemals versucht werden. Sie ist im Prinzip zu verwerfen und vom Standpunkt der politischen Klugheit außerordentlich angreifbar."

Der so vernünftige und treffende Worte fand, war Herr Dr. David. Heute sitzt er als Minister in der Regierung, die die Unabhängige Partei unter ein weit schlimmeres Ausnahmerecht stellt, als Herr Michaelis es ihr bereiten wollte.

Und ein anderer machte nicht minder anerkennenswerte Bemerkungen:

„Es ist geradezu unbegreiflich, wie in einer Zeit, wo sich unser Land in der schwersten Situation befindet, wo die Zusammenfassung aller Kräfte unseres Volkes die höchste Aufgabe der Regierung sein müßte, die Regierung einen Teil unseres Volkes — mag er groß oder klein sein, das kommt hier nicht in Betracht — außerhalb des Rechts zu stellen versucht. Das ist ein Rückfall in die alte Auffassung der Ausnahmegesetzgebung, die wir auf das allerschärfste verurteilen müssen. Ein solches Vorgehen, eine solche Erklärung konnte nur von einer Regierung erfolgen, die sich . . . ihrer großen Verantwortung nicht bewußt und ihrer hohen und großen Aufgabe, die auf ihr lastet, in keiner Weise gewachsen ist. Und ich spreche es weiter offen aus: Jeder Tag, der das deutsche Volk früher von dieser Regierung befreit, wird von uns begrüßt werden."

Und wer war es, der so sprach? Es war niemand anders als der deutschen Republik derzeitiger Präsident, Herr Friedrich Ebert! Diese Anschauungen von damals sind von den Sozialdemokraten, die heute als Nutznießer der Revolution an der Spitze der Regierung stehen, freilich schon längst zum alten Eisen geworfen worden. Der Sozialismus ist für sie eine Sache von vorgestern. Sie regieren ganz bürgerlich-kapitalistisch, und der Belagerungszustand ist ihnen zu einem unentbehrlichen Regierungsmittel geworden. Es ist die Diktatur der Demokratie, die sogenannte „Diktatur der Mitte", die heute in Deutschland herrscht und auf die die Regierung sich stützt.

Die Vorgänge am 13. Januar vor dem Reichstage waren dabei nur der äußere Anlaß aber nicht der tiefere Grund für die Wiedereinführung des Ausnahmezustandes. Man griff zu ihm als Waffe gegen die Sechsstundenbewegung der Bergarbeiter, unterdrückte die unabhängige Presse, um die Bergarbeiter wie auch die Eisenbahner (während der vorübergehenden Schließung der Eisenbahnwerkstätten) ihrer öffentlichen Sprachrohre zu berauben. In der Auslieferungsfrage wollte man sich der unbequemen Mahner entledigen. Die „öffentliche Meinung" aber machte man mit dem lächerlichen Popanz gruselig, die schlimmen Unabhängigen wollten „die Regierung stürzen". Inzwischen dürfte die Regierung wohl allmählich ganz von selbst zu der Erkenntnis gekommen sein, daß solche Befürchtungen nur Ausflüsse einer allzu regen Phantasie waren. — Erkannt scheint sie allerdings noch nicht zu haben, daß ihr von ganz anderer Seite Gefahr droht — nämlich von Mächten, die sie durch ihre ganze Politik selbst wieder so gestärkt hat, daß sie sich bereits in vollständiger Abhängigkeit von ihnen befindet. Diese Mächte sind der neue Militarismus, die monarchistischen Offiziere, die gegenrevolutionäre Reichswehr, die ganze alte Verwaltungsbureaukratie usw., die nur noch auf die günstige Gelegenheit warten, um die Herrschaft auch formell wieder an sich zu reißen. Denn tatsächlich besitzen sie die Macht bereits wieder.

Je mehr die Regierung vor diesen Tatsachen den Kopf in den Sand steckt, desto fürchterlicher dürfte für sie eines Tages das Erwachen werden. Sie glaubt, sich über wirkliche Gefahren hinwegtäuschen zu können, wenn sie eingebildete an die Wand malt, um für ihre Unterdrückungspolitik gegen links eine Rechtfertigung zu haben. Diese sogenannten Sozialisten, die die Worte von Freiheit und Demokratie stets im Munde führen, treiben heute den schlimmsten Mißbrauch mit diesen Begriffen und greifen zur Gewalt, um eine ihnen unbequeme politische Richtung abzuwürgen. Von einem bürgerlichen Demokraten, H. v. Gerlach, müssen sie sich sagen lassen (in der Welt am Montag):

„. . . Machen wir uns doch nichts vor! Warum die Zeitungsverbote, warum die Verhaftungen? Sehr einfach: die unabhängige Politik soll lahmgelegt werden. Mit anderen Worten: Justiav (Noske) paßt die ganze Richtung nicht. Das Sozialistengesetz ist wieder auferstanden!"

Das Tieftraurige und Beschämende an diesen Dingen aber ist die Tatsache, daß fast die gesamte rechtssozialistische Presse und Partei diese Zustände nicht nur billigt, sondern die Regierung geradezu noch in ihrer Unterdrückungspolitik bestärkt. Mit Recht sagt dazu der vorgenannte H. v. Gerlach u. a.:

„Sozialdemokraten, die so etwas fertig bringen, sind für mich ein psychologisches und noch mehr ein moralisches Rätsel. Ein noch größeres Rätsel sind für mich Arbeiter, die es noch weiter bei einer Partei aushalten, die ihre ganze Vergangenheit verleugnet und nachträglich das Sozialistengesetz rechtfertigt. . . ."

Wie tief einzelne rechtssozialistische Blätter moralisch bereits gesunken sind, dafür hat das Hallische rechtssozialistische Edelorgan während der Verbotszeit des Volksblattes tagtäglich abschreckende Beweise erbracht. Muß es sich (und die „sozialistische" Regierung!) von der deutschnationalen Halleschen Zeitung doch das Folgende ins Stammbuch schreiben lassen:

„Die Volkstimme, das regierungssozialistische Organ in Halle, ruft in ihrer gestrigen (Mittwoch-)Ausgabe zum dritten Male nach dem Zensor, der die Hallesche Zeitung verbieten soll. Das Hilfegeschrei nach Gewaltmaßnahmen bestätigt die ganze Hilflosigkeit sozialistischer „Regierungskunst", die ohne Belagerungszustand, ohne Bajonette und Maschinengewehre sich nicht zu halten vermag. . . Die gewohnheitsmäßige Anwendung der Befugnisse, die der Belagerungszustand verleiht, hat dessen eigentlichen Zweck in Vergessenheit geraten lassen. Ursprünglich sollte er nur zum Schutze der öffentlichen Ordnung und Sicherheit dienen, die Nutznießer der Revolution dagegen wenden ihn auch bedenkenfrei und, wie man sagen muß, mit genialer Handhabung dazu an, um unangenehme Angriffe gegen die Regierung zu verhindern. Das hat mit öffentlicher Sicherheit nichts mehr das Mindeste zu tun und stellt sich als offene Willkür dar."

So weit ist es also bereits gekommen, daß sich die von einer „sozialistischen" Regierung verfolgte Preß- und Meinungsfreiheit in den Schutz eines alldeutsch-konservativen Blattes flüchten muß! Das ist wohl die denkbar schärfste Kritik, die an der Unterdrückungspolitik der Regierung geübt werden kann; sie ist der wohlverdienten moralischen Stäupung des Noskeblattes gleichwertig. Wagten wir einen Satz von auch nur annähernd gleicher Schärfe gegen die Regierung zu schreiben — wir verfielen sicher sofort wieder dem Verbote. . . . Denn der Pressenebel ist vorerst nur gelockert; solange der „Ausnahmezustand" noch besteht, schwebt das Damoklesschwert des Verbotes noch beständig drohend über unserem Haupte.

Sei es drum! Mag die Regierung nur weiter bei ihren Gewaltmethoden gegen die revolutionäre Arbeiterschaft und ihre Presse beharren. Sie wird dabei nichts gewinnen. Mit Gewalt läßt sich eine große geistige Bewegung auf die Dauer nicht niederhalten. Die Gewalt fällt zuletzt doch immer auf ihre Urheber zurück und schlägt sie. Mußte doch selbst ein Napoleon erkennen, daß der Geist stärker ist als das Schwert. „Denn sie töten den Geist nicht, ihr Brüder!" So sang Freiligrath im Jahre 1849 in seinem Abschiedsgruß an die Neue Rheinische Zeitung, als sie der preußischen Reaktion zum Opfer fiel. Das gilt für die Machthaber von damals wie für die von heute.

Wir mußten einem Machtgebote weichen. Sechs volle Wochen, in einer Zeit, die wichtige politische Ereignisse brachte, hat man uns mundtot gemacht. Wir kehren heute als die Alten wieder, aufrecht und ungebeugt. Wir bleiben unseren hohen Aufgaben und Zielen treu: Wir werden der Arbeiterklasse in allen ihren Kämpfen und Nöten nach wie vor ein treuer Berater und Führer sein, die Begeisterung in ihr wecken und lebendig erhalten für die großen Ziele des Sozialismus, sie stählen, schulen und reif machen für das sozialistische Befreiungswerk. Eins mit uns in diesem Bestreben und Tatwillen, wird die klassenbewußte Arbeiterschaft allen Ge-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200302-17/fragment/page=0001

waffstreichen gegen sie mit erhöhter Werbe- und Opferfreudigkeit für ihre Sache am wirksamsten begegnen. Setzt sie an ihre hohen Befreiungsziele ihre ganze Kraft, so wird sie — allen Gewalten zum Trutz! — unüberwindlich sein!

Dem Sozialismus muß schließlich doch der Sieg werden! Trotz alledem und alledem!

Erzbergers Fall.

Regierungskrise?

Der Reichsfinanzminister Erzberger ist der von den Deutschnationalen am meisten gehaßte Regierungsmann. Sie haben seit Monaten ein wahres Kesseltreiben gegen ihn geführt und ihn jetzt dorart eingekreist, daß es wahrscheinlich bald mit seiner Ministerherrlichkeit wie seiner parlamentarischen Tätigkeit für immer zu Ende sein wird. Seines Amtes als Minister ist er einstweilen enthoben worden, weil man ihm Handlungen beschuldigt hat, die auf seine Moral ein recht sonderbares Licht werfen und die dringend der Aufklärung bedürfen.

Schon in dem gegen den früheren Reichskanzler Helfferich angestrengten Beleidigungsprozeß, der seit dem 19. Januar vor der 6. Strafkammer des Landgerichts Berlin I verhandelt wird, hat Erzberger bis jetzt höchst unglücklich abgeschnitten.

Die Anklage ist wegen einer Reihe von Artikeln erhoben, die Dr. Helfferich im Juli und August 1919 in der Kreuzzeitung und später zusammengestellt als Broschüre unter dem Titel Fort mit Erzberger veröffentlicht hat. Die Vorwürfe, die Dr. Helfferich gegen seinen Amtsnachfolger erhoben hat, sind sehr schwer. Helfferich behauptet, daß Erzberger seine politische Tätigkeit mit persönlichen Geschäften verquickt habe. Erzbergers Politik habe sich nach seinem Ausscheiden aus dem Thyssenkonzern im Jahre 1917 vollkommen geändert. Erzberger sei an Helfferich herangetreten, damit dem Thyssenkonzern das Eigentum an der wertvollen Erzgrube des Briey-Longwy-Beckens von der Regierungsgewerkschaft würde, obwohl Erzberger wissen mußte, daß die Liquidation von französischem Eigentum auf französischem Boden völkerrechtswidrig war. Helfferich behauptet, daß Erzberger, solange er glaubte, durch einen deutschen Sieg persönliche Vorteile zu erreichen, sich als wilder Annektionist gebärdete und den Erwerb der Normanischen Inseln, auf denen der Thyssenkonzern Erzgruben hatte, forderte. Weiter behauptet er, daß Erzberger seine Tätigkeit als Schiedsrichter zugunsten einer Privatgesellschaft mißbraucht habe, in deren Aufsichtsrat er kurz nach der Fällung des Schiedsspruchs gewählt worden sei. Erzberger sei der Typ des korrupten Parlamentariers. In politischer Hinsicht beschuldigt Helfferich Erzberger, daß er durch seine Intrigen bei der Einbringung der Friedensresolution 1917 die Widerstandskraft des deutschen Volkes schwer geschädigt habe. Durch Erzbergers Indiskretion sei der Geheimbericht des Grafen Czernin an Kaiser Karl im Ausland bekannt geworden, wodurch der schwankend gewordene Kriegswille der feindlichen Regierungen auf das äußerste gesteigert worden sei. Erzberger trage die Hauptschuld am Zusammenbruche Deutschlands.

Die Verhandlungen des Prozesses und die Beweisaufnahme haben bis jetzt ergeben, daß die Anschuldigungen Helfferichs doch nicht so ganz aus der Luft gegriffen sind. Erzberger war in mancherlei kapitalistische Geschäfte aus Motiven verwickelt, die kaum moralisch einwandfrei genannt werden dürfen. Der Prozeß gesagt uns dieser Vertreter des Zentrums in seiner ganzen Vielgeschäftigkeit, Gewandtheit und — Skrupellosigkeit, mit der er die Interessen der verschiedensten Handels- und Industriekreise unter Ausnutzung von Mandat und Einfluß vertrat. Es ist bezeichnend für das Niveau der gegenwärtigen Regierung, daß sie sich dieses Mannes, dessen oberflächliche Beredsamkeit und kleinbürgerliche Spießbürgerei verbunden mit der notwendigen Sozialdemagogie ihr aus mancher Verlegenheit helfen sollte, bedienen konnte.

Wobei wir allerdings betonen möchten, daß der Ankläger Herr Helfferich, keineswegs vom Standpunkt einer höheren Moral aus zu bewerten ist: Helfferich vertritt gegenüber Erzberger und seiner sozialdemokratelen Kompromißregierung die Interessen der hohen Finanz, und in diesem Sinn erblicken wir in diesem Duell der beiden Männer vor dem Forum des Gerichts ein Widerspiel zweier miteinander ringenden ökonomischer Tendenzen, wobei in der Hand des Vertreters des Finanzkapitals die siegreichen Tendenzen liegen. Durch diese ökonomischen Machtkämpfe, zu deren Austrag der Prozeß nur ein Präludium bedeutet, ist die kleinbürgerlich-kompromißlerische Tendenzen vertretende Regierung dem Krisenstadium immer näher gerückt. Der „Fall Erzberger" bedeutet darin nur eine die Entwicklung beschleunigende Episode.

Wie mit von Dr. Helfferich behaupteten und auf Grund der photographierten Erzbergerschen Steuerdeklarationen bewiesen wird, soll der Finanzminister dem Reiche große Steuerbeträge hintergogen haben.

Die Hamburger Nachrichten und die Berliner deutschnationale Presse veröffentlicht einen „von besonderer Seite" zugegangenen Artikel, in dem Erzberger fortgesetzt erheblicher Steuerhinterziehungen beschuldigt wird. Erzberger soll 1906 keine Zinserträgnisse versteuert haben, obwohl er damals nach seinen Angaben im Helfferich-Prozeß bereits über Kapitalvermögen verfügte. Sein Einkommen aus gewinnbringender Beschäftigung habe er bis 1915 mit jährlich nur — 8000 Mk. deklariert, obwohl ihm seine Tätigkeit als Schiedsrichter bei Eisenbahnbauten beinahe ebensoviel einbrachte. Seit Mai 1915 bekam er allein als Aufsichtsrat bei Thyssen jährlich 40 000 Mark. Trotzdem soll er 1916 nur 20 000 Mark Einkommen aus gewinnbringender Beschäftigung, 1917 nur 40 000 Mk. versteuert haben, obwohl er neben der Tantieme noch erhebliche Einnahmen aus schriftstellerischer Tätigkeit besaß. Auch den ihm 1916 aus seiner Beteiligung bei der Gesellschaft Flüssige Luft zugewiesenen Gewinn von 27 500 Mk. hat Erzberger nach den Angaben des Artikelschreibers nicht versteuert, desgleichen soll er bis 1919 sein Einkommen immer bedeutend niedriger angegeben haben, als es in Wirklichkeit gewesen!

Wolffs Bureau bekam auf seine Anfrage im Reichsfinanzministerium die Antwort, der Reichsfinanzminister müsse es ablehnen, der Oeffentlichkeit seine Einkommensverhältnisse zu unterbreiten. Die Steuerbehörde würde das Ergebnis des Helfferich-Erzbergers-Prozesses abwarten und dann von sich aus prüfen. Der Reichsfinanzminister könne dieser Prüfung mit ruhigem Gewissen entgegensehen. . . .

Nach Bekanntgabe der gestohlenen Steuerakten des Reichsfinanzministers Erzberger in der Presse, hat Erzberger, einer Wolffmeldung zufolge, unverzüglich beim Finanzamt in Charlottenburg eine Untersuchung gegen sich beantragt und damit keinerseits auf jede materielle Einwirkung in der Presse verzichtet, die der Untersuchung vorgreifen könnte. Gleichzeitig hat er den Herrn Reichspräsidenten gebeten, ihn bis zum Abschluß dieser Untersuchung von der Wahrnehmung seiner Dienstgeschäfte zu entbinden, damit auch nicht der Schein eines Druckes auf die Untersuchung des Finanzamtes fallen möge. Der Herr Reichspräsident hat dem Ersuchen des Reichsfinanzministers nunmehr entsprochen und angeordnet, die Untersuchung mit tunlichster Beschleunigung durchzuführen und ihm sofort Bericht über das Ergebnis zu erstatten. Mit der Stellvertretung des Ministers ist der Unterstaatssekretär Mösle beauftragt.

In der Deutschen Allgemeinen Ztg. wird ausdrücklich erklärt, daß es sich bei der Suspendierung des Reichsfinanzministers Erzberger nur um eine vorübergehende handle. Verschiedene rechtsgerichtete Blätter, wie die Kreuzzeitung, sehen in dem Schritt der Suspendierung das erste Anzeichen des Sturzes Erzbergers. Daß Erzberger nicht wieder auf seinen Ministersessel zurückkehren wird, darüber kann nach den Feststellungen der letzten Verhandlungstage im Helfferich-Prozeß kein Zweifel mehr bestehen. Er ist dort doch recht bedenklich bloßgestellt worden. Ueber die Art, wie er seinerzeit die Friedensresolution einbrachte, und wie er sich zu den Steuerplänen Bethmann Hollwegs stellte, sind da doch Aufschlüsse gegeben worden, die die lebhaftesten Zweifel an seiner politischen Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit erwecken. Seine Vielgeschäftigkeit und seine Neigung zu Mächeleien haben ihn nicht immer bei der Wahrheit bleiben und sich in bedenkliche Widersprüche verwickeln lassen. So hat er in seiner politischen Ehrlichkeit Widersprüche verwickeln lassen. So hat er beteuert, die Friedensresolution einzubringen, um die Stellung Bethmanns zu stützen und Herrn Stresemann und dem Oberst Bauer gegenüber hat er sie als ein Instrument zum Sturze des Reichskanzlers beschimpft.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß Erzbergers Sturz noch zu einer allgemeinen Regierungskrise führen kann. „Es ist nicht ausgeschlossen," sagt das Berliner Tageblatt, „daß im Laufe der nächsten Zeit, bestimmt aber vor den Wahlen, noch das eine oder andere Kabinettsmitglied durch neue Männer ersetzt werden wird." Mit anderen Worten: die Regierung ist wieder einmal in eine neue allgemeine Krisis hineingeschlittert. Sie sieht sich genötigt, ihren morschen Kahn aufs neue zu flicken und zu stopfen, um ihn notdürftig über Wasser halten zu können.

Sieger Helfferich.

In der Welt am Montag schreibt Herr v. Gerlach zu dem voraussichtlichen Verschwinden Erzbergers aus dem Reichsministerium, zumal aus Anlaßen seines Prozesses mit Helfferich:

„Helfferich Sieger. Erzberger besiegt — das ist ein schwerer, vielleicht vernichtender Schlag für die deutsche Demokratie. Erzberger war neben Noske die stärkste politische Kraft im Kabinett Bauer. Er war wenigstens einigermaßen ein Gegengewicht gegen Noske. Er war in Wahrheit die am meisten linksgerichtete Persönlichkeit in der Regierung. Er war der wirksamste Widersacher der Reaktion. Die hat nun freies Feld, aber richtiger gesagt, noch freieres Feld als bisher. Schier unbegrenzte Möglichkeiten eröffnen sich hier. Im Zentrum gab es immer einen stillen Kampf zwischen der Rechten und der Linken. Die Revolution gab der Linken das Uebergewicht. Die katholischen Arbeitersekretäre gewannen die Oberhand über die katholischen Grafen. Erzberger, der volkstümliche süddeutsche Demokrat, wurde der Herr des Zentrums. Er ging mit der Linken aus Ueberzeugung. Jetzt bekommen die Grafen und die Großindustriellen wieder Oberwasser. Das Zentrum kann nach rechts Anschluß suchen, mit den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei einen Block der Rechten bilden. Die Partei des verlorenen Degmes und der politischen Komsumchtisch kann sich jedenfalls gut mit der Rechten zusammen monarchistisch betätigen, wie sie sich vorübergehend mit der Linken zusammen republikanisch betätigt hat."

Gerlach sieht die einzige Rettung gegen die aus der Schwenkung des Zentrums nach rechts sich ergebenden Gefahren in der Vereinigung des Proletariats zu gemeinsamer Front gegen die Reaktion aller Lager. — Wir können seiner Ansicht nur beipflichten. Leider wird es, solange die Rechtssozialisten noch einen Einfluß auf einen großen Teil der Arbeiter ausüben können, mit der proletarischen Einheitsform noch gute Weile haben. Sind doch die Namen von Heine, Noske usw., wie es ihr journalistischer Kloppfechter Heilmann kürzlich als nöthig ausplauderte, bereit, sogar mit der Zentrumsvolkspartei in einer Regierung zu sitzen. Um wieviel leichter wird es ihnen sein, jeder Rechtsorientierung des Zentrums ihren teilnehmenden Segen zu geben. Das Zentrum mag ruhig wieder konservativ werden: die Rechtser folgen seinen Spuren, die jetzige Koalition wird dadurch kaum zerstört, sondern nur noch verbreitert werden!

Wer wird Erzbergers Nachfolger?

Obzleich offiziell Erzbergers Schicksal noch nicht entschieden ist, wird bereits eifrig über seinen Nachfolger debattiert. Nach dem Berliner Tageblatt denken die beteiligten Kreise an den jetzigen Unterstaatssekretär im Reichsfinanzministerium, den durch Erzberger sehr gefördertem Zentrumsmann Mösle, zum Teil an den ehemaligen Reichswirtschaftssekretär Graf Roedern. Theodor Wolff hält beide für nicht geeignet. Mösle sei nur Steuertechniker, werde aber den jetzt brennenden Valutaproblemen nicht gewachsen sein, dem Graf Roedern hafte zuviel von seiner Vergangenheit an.

Generalstreik der französischen Eisenbahner.

In der vergangenen Woche ist in Frankreich ein großer Eisenbahnerstreik ausgebrochen, der nach wenigen Tagen zum Generalstreik der französischen Eisenbahner geworden ist. Noch am 27. Februar glaubten die offiziellen Kreise auf den Nord- und Ostbahnen eine Entspannung zu bemerken und den normalen Dienst wiederherstellen zu können. Aber schon am folgenden Tage sahen sich der Nationalbund und der Föderalrat der Eisenbahner angesichts des Starrsinns der Regierung gezwungen, den Generalstreik zu beschließen und den Eisenbahnern sämtlicher Eisenbahnlinien in Frankreich den Befehl zu geben, sofort die Arbeit niederzulegen. Welche Bedeutung dem Streik beizumessen ist, erhellt daraus, daß die Kammer sofort ein Gesetz über die zeitweilige Reaquirierung des gesamten rollenden Materials mit 511 gegen 90 Stimmen annahm. Bedeutende Truppenkontingente sind in Paris eingerückt, alle Eisenbahnlinien werden militärisch bewacht. Die französischen Truppen in Elsaß-Lothringen sind zur militärischen Besetzung der Eisenbahnen nach Frankreich abtransportiert worden. An die Eisenbahner der Eisenbahngesellschaft Paris—Lyon—Mittelmeer sind 10 000 Mobilisierungsorders abgegangen, ebenso an die Eisenbahner der staatlichen Westbahn. Doch liegt z. B. aus Marseille die Nachricht vor, daß sich dort kein mobilisierter Eisenbahner gestellt hat. In Paris hat der Militärgouverneur gemeinsam mit dem Polizeipräsidenten alle Umzüge und Zusammenrottungen gleichviel welcher Art verboten. Die Führer, die den Generalstreik erklärt haben, sind verhaftet worden; die Eisenbahndirektion Paris—Lyon—Mittelmeer hat beschlossen, 300 streikende Arbeiter zu entlassen.

In Frankreich werden also dieselben Methoden angewandt, die in der „freiesten Republik der Welt" auch üblich sind. Das wird die französischen Eisenbahner, die eine starke gewerkschaftliche Organisation haben, in ihrem Kampfesmut nicht einschüchtern, sondern anspornen, nicht eher die Arbeit wieder aufzunehmen, bis alle Maßregelungen rückgängig gemacht worden sind. Der Kongreß der französischen Sozialisten, der vor wenigen Tagen in Straßburg zusammengetreten ist, hat eine Tagesordnung angenommen, durch die er sich mit den Eisenbahnern solidarisch erklärt.

Die Folgen des Generalstreiks machen sich schon empfindlich bemerkbar. Die Zufuhr von Lebensmitteln für die großen Städte stockt, daher hat der Ministerrat unter dem Vorsitz des Präsidenten Deschanel ein Dekret angenommen, das der Regierung das Recht gibt, gewisse Einschränkungen in der Ernährung vorzunehmen. Die Regierung hat auch das Recht, zwei fleischlose Tage in der Woche anzuordnen.

In Marseille ist ein Solidaritätsstreik der Chauffeure ausgebrochen, in Perpignan streiken die Straßenbahner.

Paris, 1. März. Der Eisenbahnerstreik dauert unvermindert fort. Aus den einzelnen Depots der Pariser Bahn wurde heute gemeldet, daß die Anzahl der Arbeitswilligen sich gegen gestern vermehrt hätte. Der Vorortverkehr ist vollständig eingestellt worden. Die Zufuhr von Lebensmitteln nach Paris konnte durch Militärautos sichergestellt werden, so daß ein empfindlicher Nahrungsmangel verhindert wurde. Dagegen sind die Protzationen bedeutend beschränkt worden, da man infolge des Streiks auf den staatlichen Westbahnen mit Zufuhren aus den atlantischen Häfen nicht rechnen kann. Gestern nachmittag fanden zahlreiche Versammlungen der Eisenbahner statt. Die Polizei verhaftete mehrere Redner. Die Mobilisationsbefehle sind fertig und sollen heute herausgegeben werden. Die Grubenarbeiter streiken vorläufig nicht.

Eine Einigung erzielt?

Paris, 1. März. (W.T.B.) Der Nationalverband teilt mit, daß infolge der Besprechungen mit dem Ministerpräsidenten eine Einigung mit den Vertretern des Verbandes und der Eisenbahndirektionen erzielt wurde. Dabei wird der Befehl, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen, vom Verband gegeben werden. (?)

Die Stahlarbeiter in Südwales (England) haben am Sonnabend beschlossen, in den Ausstand zu treten, um eine 40prozentige Lohnerhöhung zu erreichen. Dadurch werden 16 000 Arbeiter berührt.

Aburteilung der Kriegsverbrecher.

Die Anfang Februar akut gewordene Auslieferungsfrage hatte Deutschland in neue schwere Sorge und Bedrängnis gebracht und die nationalen Leidenschaften aufs heftigste aufgepeitscht. Die von der Entente der deutschen Regierung überreichte Auslieferungsliste, die die Namen von etwa 1000 deutscher kriegsverbrecher enthielt, hatte besonders die nationalistische Presse in einen Zustand leidenschaftlichster Raserei versetzt. Die größte Rolle in dem einsetzenden Entrüstungssturm spielte dabei die „deutsche Ehre", mit der sich wohl die schweren Untaten deutscher Militärs im Kriege, angeblich nicht aber auch eine Auslieferung und Bestrafung der Schuldigen durch Gerichtshöfe der Entente vereinbaren ließ. Mit der Regierung war sich fast das ganze deutsche Volk darin einig, daß das Auslieferungsbegehren unerfüllbar und die Auslieferung unausführbar sei.

Die erste Liste der Auszuliefernden umfaßte etwa 900 Namen. Ihr folgten noch mehrere Listen, in denen die meisten der verlangten Personen nicht nach dem Namen, sondern nach Rang und Truppenteil bezeichnet sind. Alle Namen, die aus den offiziellen Heeresberichten der Kriegszeit bekannt sind, standen in der ersten Liste aufgeführt. Außerdem aber auch viele bundert unbekannter Namen von Offizieren und Mannschaften, die mehr oder minderschwerer Kriegsverbrechen beschuldigt werden. Bei vielen wird das Verbrechen, dessen sich der Auszuliefernde schuldig gemacht hat, genannt. So sollen deutsche Generale den Befehl gegeben haben, keine Gefangenen mehr zu machen, andere Offiziere sollen Gefangene, Verwundete und friedliche Einwohner haben niederschießen lassen und was der Untaten mehr sind. Wir tragen aus den Auslieferungslisten nur die bekanntesten Namen kurz nach:

Herzog Albrecht von Württemberg, General Sixt von Arnim, Kronprinz Rupprecht von Bayern, General Otto von Below, Graf von Bernstorff, der ehemalige deutsche Botschafter in Washington, General von Beseler, der ehemalige Reichskanzler von Bethmann Hollweg, Graf von Bismarck, von Bülow, Admiral von Capelle, von Deimling, Prinz Ernst von Sachsen, Freiherr von Falkenhausen, von Falkenhayn, von François, Prinz Friedrich von Preußen, Freiherr von Gall, General von Gallwitz, von Gebsattel, Baron von Gemmingen, von Graevenitz, General Freiherr von Hausen (der bekanntlich in der Marneschlacht eine unglückliche Rolle gespielt hat), der Prinz von Hessen, der Großherzog von Hessen, Generalfeldmarschall von Hindenburg, Prinz August von Hohenzollern, Prinz Eitel Friedrich von Hohenzollern, Kronprinz Friedrich Wilhelm, Prinz Oskar von Hohenzollern, Generaloberst von Kluck, Freiherr von Langermann, Generaloberst von Linsingen, General Ludendorff, Generalfeldmarschall von Mackensen, Baron von Malzahn, von Manteuffel, General von der Marwitz, Herzog von Mecklenburg, von Montgelas, von Natzmer, General von Oven, der Adjutant des Kronprinzen Edier von der Planitz, der Prinz von Ratibor, General Reinhardt, der jetzige Kriegsminister, Graf von Schwerin, Admiral Scheer, Admiral von Schröder (wegen Erschießung des Kapitäns Fryatt), General von Trotha, von Seydlitz, Großadmiral von Tirpitz, Fürst von Wittgenstein, Graf Bistum von Eckstädt usw.

Die Entente hat sich schließlich durch die von der deutschen Regierung erhobenen Vorstellungen und durch eigenes Urteil doch von der Unausführbarkeit der Auslieferung überzeugen müssen. Namentlich unter dem Einfluß Englands und Lloyd Georges hat sie dann auf die Auslieferung verzichtet und sich mit dem Vorschlage der deutschen Regierung einverstanden erklärt, die Beschuldigten von dem Reichsgericht in Leipzig aburteilen zu lassen, wie das auch die am 18. Dezember 1919 von der Nationalversammlung angenommene Gesetzesvorlage vorsieht.

Man kann mit Sicherheit behaupten, daß die Entente ihr Auslieferungsbegehren wohl kaum gestellt haben würde, wenn die deutsche Regierung schon längst und freiwillig die ernste Absicht gezeigt hätte, die Kriegsverbrecher zur Rechenschaft zu ziehen. Durch ihre Unterlassung hat sie das scharfe Vorgehen der Entente gleichsam heraufbeschworen, das deutsche Volk in eine unnötige Aufregung geführt und damit nur die Geschäfte der deutschnationalen und der militärischen Reaktion besorgt. Daß diese Regierung den Zustand, der ihr dieses Unmöglich erpreßte, durch eigene schwere Schuld, durch die Wiederaufrichtung des Militarismus selbst herbeigeführt hat, ändert ja nichts an der Tatsache, daß keine Regierung in Deutschland die von der Entente Beschuldigten auszuliefern vermag, weil Reichswehr wie Beamtenschaft die Vollstreckung der Auslieferungsbefehle verweigern würden. Die Entente handelte daher in ihrem eigenen besser verstandenen Interesse, wenn sie die Gefahr beseitigte, daß Deutschland durch den Versuch, die Auslieferung zu erzwingen, in völlige innere Zerrüttung zerfällt, da sie von diesem Deutschland große materielle Leistungen fordert.

Allerdings begnügt sich die Entente nicht mit der bloßen Zusicherung der deutschen Regierung, die Kriegsverbrecher von dem Reichsgericht aburteilen zu lassen, sondern sie behält sich das Recht der Kontrolle und Nachprüfung der Urteile und alle weiteren Schritte ausdrücklich vor. In der der deutschen Regierung unterm 16. Februar überreichten Note heißt es u. a.:

„. . . Die Strafverfolgung, welche die deutsche Regierung hiernach selbst einzuleiten vorschlägt, ist mit der Ausführung des Artikels 228 des Friedensvertrags vereinbar und ausdrücklich am Ende des 1. Absatzes dieses Artikels vorgesehen. Getreu dem Buchstaben und dem Geiste des Vertrags werden die Alliierten sich hüten, sich irgendwie in das Verfahren, die gerichtliche Verfolgung und die Verurteilung einzumischen, um so der deutschen Regierung ihre volle und ganze Verantwortlichkeit zu überlassen. Sie behalten sich vor, an der Hand der Tatsachen, den guten Glauben Deutschlands, die Anerkennung der begangenen Verbrechen durch Deutschland und den aufrichtigen Wunsch, zu der Bestrafung mitzuwirken, zu bemessen. Sie werden sehen, ob die deutsche Regierung, die sich außerstande erklärt hat, die Schuldigen zur Aburteilung zu verhaften und den Alliierten zu übergeben, wirklich entschlossen ist, sie selbst vor dem Reichsgericht in Leipzig abzuurteilen.

Gleichzeitig haben die Alliierten, um der Wahrheit und der Gerechtigkeit zum Durchbruch zu verhelfen, beschlossen, eine interalliierte gemischte Kommission zu beauftragen, eingehend und im einzelnen die Straftaten eines jeden, dessen Schuld durch die Untersuchung der Alliierten festgestellt wurde, zu sammeln und zu veröffentlichen und der deutschen Regierung mitzuteilen.

Endlich halten die Alliierten darauf, in formeller Weise zu erklären, daß das Verfahren vor einer Gerichtsbarkeit, wie sie vorgeschlagen wurde, in keinem Falle die Bestimmungen der Artikel 228 bis 230 des Friedensvertrags aufheben kann. Die Mächte behalten sich das Recht vor, zu prüfen, ob das von Deutschland vorgeschlagene Verfahren, das nach Deutschlands Versicherungen den Angeklagten alle Rechtsgarantien sichern soll, nicht schließlich darauf hinausläuft, die Schuldigen der gerichtlichen Bestrafung für deren Vergehen zu entziehen. Die Alliierten werden in einem solchen Falle voll und ganz ihr Recht ausüben und die Schuldigen vor ihre eigenen Gerichte stellen. (ges.) Lloyd George."

Die Note läßt keinen Zweifel darüber, daß die Entente strengstens prüfen wird, ob das Verfahren gegen die Kriegsverbrecher, das vor dem Reichsgericht stattfinden wird, die ernstliche Absicht erkennen läßt, die Verbrechen der Kriegszeit, die von deutscher Seite begangen worden sind, zu sühnen. Im anderen Falle erklären sie, auf das

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200302-17/fragment/page=0002

formelle Recht, das ihnen der Auslieferungsvertrag des Friedensvertrags gibt, zurückgreifen zu wollen. Dieser Vorbehalt spiegelt das tiefe Mißtrauen wider, das die deutsche Rechtspflege besonders auf dem Gebiete der Verfolgung der Kriegsverbrechen und überhaupt militärischer Würdenträger genießt. Die Rechtsprechung der Kriegsgerichte in den Fällen Marloh, Hiller usw., die Praxis der Untersuchungskommissionen haben der Gründe für diese Auffassung genug geliefert. Der Vorbehalt der Ententenote ist eine ernste Mahnung an das deutsche Volk, darüber zu wachen, daß das Verfahren vor dem Reichsgericht von nationalistischen Beeinflussungen freigehalten werde, daß über den ernsten Willen, die Kriegsverbrechen zu sühnen, keinerlei Zweifel aufkommen kann. Daß es den in der deutschen Ehrfurcht vor dem betreften Rock erzogenen und in bürgerlich-nationalistischen Ideen lebenden Richtern des Reichsgerichts nicht leicht fallen wird, namentlich gegen militärische hochgestellte Angeklagte nichts als das Recht walten zu lassen, wissen wir. Um so wichtiger wird die politische Atmosphäre sein, die die Regierung und ihre Parteien um diese Prozesse breiten werden. Auf ihnen ruht eine schwere Verantwortung. Wenn sie es nicht verstehen, der nationalistischen Hetze gegen das Verfahren, die von den Deutschnationalen prompt eingeleitet werden wird, mit Festigkeit entgegenzutreten, so fällt auf sie die große Schuld, wenn die Entente später mit neuen drückenden Forderungen an Deutschland herantreten würde, weil die Bestimmung des Friedensvertrags über die Bestrafung der Kriegsverbrecher von Deutschland nicht erfüllt worden sei.

Im Interesse des deutschen Volkes ist die Sühne der Kriegsverbrechen notwendig, muß klarheit geschaffen werden über die Schuld am Kriege, müssen die deutsche Regierungskunst und der Militarismus im Hohlspiegel ihrer Leistungen der Oeffentlichkeit gezeigt werden. Nur so kann die internationale und die nationale Atmosphäre gereinigt werden.

•

Eine Probe auf den ehrlichen Willen Deutschlands.

Laut Courant berichtet der Pariser Korrespondent der Times, daß von den Vertretern der Alliierten in Paris über die Frage „Kriegsverbrecher" beschlossen wurde, daß England, Frankreich und Belgien zunächst die Aburteilung von je fünf „unstreitigen Verbrechern" von Deutschland fordern würden. Das gesamte Beweismaterial werde den deutschen Gerichten vorgelegt werden, vor dem auch eine große Angahl Zeugen aus den alliierten Ländern erscheinen sollen. Sollte Deutschland bei dieser Probe auf seinen ehrlichen Willen versagen, so würden die Alliierten Zwangsmaßnahmen anwenden.

Wie die Gegenrevolution rüstet!

Mit welcher Umsicht die Grundbesitzer in Deutschland die Gegenrevolution betreiben, davon legen die Nachrichten Kunde ab, die in den letzten Tochen über die Aufnahme bewaffneter Baltikumer beiden pommerschen Junkern berichten. Aber auch in der Umgegend Berlins wird, der Freiheit zufolge, eifrig gerüstet. So wurden vor einigen Tagen auf dem Rittergute des Frhrn. v. Oberstein bei Großbeeren umfangreiche Waffenfunde gemacht. Auf dem freiherrlichen Gute waren längere Zeit hindurch mehrere Baltikumsoldaten, in der Hauptsache Offiziere, untergebracht. Ihr ganzes Waffenarsenal wurde im Walde vergraben. Ausgrabungen, die auf eine Meldung hin unternommen wurden, haben bisher 4 schwere Maschinengewehre, etwa 400 Kisten Infanteriemunition und 150 Kisten Maschinengewehrmunition zutage gebracht. Die Ausgrabungen werden fortgesetzt, da auch noch zwei Haubitzen und zwei Minenwerfer vergraben sein sollen. Auch in Zlethen wurden auf einem adligen Rittergute Waffen zutage gefördert. Man fand dort im Stalle vergraben vier Minenwerfer, 80 Infanteriegewehre, 8 Fliegermaschinengewehre, 25 bis 30 schwere und leichte Maschinengewehre, etwa 20 Kisten mit je vier bis sechs Minen und eine große Menge sonstiges Heeresmaterial.

Die Freiheit bemerkt dazu: „Die Vorgänge sind dem Reichsministerium bekannt. Wir wollen abwarten, was Herr Noske dagegen unternimmt. Wenn ein Arbeiter eingesperrt wird, der einen verrosteten Revolver versteckt hat, müßte man annehmen, daß auch gegen die Junker eingeschritten wird, die sich regelrechte Waffenlager anlegen, deren Zweck für jedermann klar ersichtlich ist."

Anfragen des Genossen Kunert.

Der Nationalversammlung ging folgende Anfrage des Abgeordneten Kunert zu: „Ist es der Reichsregierung bekannt, daß in dem Mansfelder Kupferschieferbau mit seiner Produktion von Kupfer und Silber ein günstiges Objekt für sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung vorhanden ist?" Ferner fordert Genosse Kunert Antwort auf die Anfragen, aus welchen Gründen der über Halle und den Saalkreis verhängte verschärfte Belagerungszustand noch immer aufrechterhalten werde; warum ferner die Freigabe der im Regierungsbezirk Merseburg seit längerer Zeit verbotenen oder verstümmelten Presse der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei nicht erfolgt sei. (Die letzte Angabe ist durch die inzwischen erfolgte Freigabe der Blätter überholt. Red. d. Volksbl.)

Das fällige Vertrauensvotum für Noske.

Die Bezirksorganisation Groß-Berlin der Abhängigen hielt am Sonntag ihren Parteitag ab, der unter der Wahlparole „Kampf gegen rechts" stand. Man fürchtet die Kapfeauenz seiner Taten und macht die größten Anstrengungen, die Schäflein bei der Stange zu halten. Besonders die von Herrn Südekum geplante Millionenabfindung mußte zu diesem Zwecke herhalten. Aber glaubt irgendein Mensch, daß, wenn Südekum sie mit Hilfe der Rechten zum Gesetz erheben läßt, die Abhängigen ihn fallen ließen, aus der Regierung schieden und sich zu einer proletarischen Kampfpartei entwickeln würden? Sie selbst wahrscheinlich am allerwenigsten!

Das kam schon ganz deutlich zum Ausdruck, als Eduard Bernstein die Schuld am Kriege ungeschminkt den deutschen und österreichischen Imperialisten zuwies! Nur unter großer Unruhe konnte er zu Ende sprechen. Aber der abhängige Charakter entbüllte sich auch dem Naipsten vollständig, als es zur Abstimmung über einen Antrag kam, in dem der Marloh-Prozeß verurteilt, die Bestrafung der Schuldigen durch ein Volksgericht verlangt und erklärt wurde, daß „Genosse Noske nicht mehr das Vertrauen" der Partei besäße. Man ging über diesen Antrag einfach zur Tagesordnung über.

Das bedeutet natürlich ein offensichtliches Vertrauensvotum für Herrn Noske. Und bedeutet weiter das Einverständnis der Abhängigen mit der militaristischen Politik, die Herr Noske im Interesse des kapitalistischen Staates gegen das revolutionäre Proletariat betreibt.

Der Riesenstreik im Solinger Industriegebiet

ist nun in die dritte Woche getreten. Etwa 5000 Arbeiter sind unter den neuen Bedingungen in Arbeit. Das Streikgebiet ist für Noskes Garde unerreichbar. Der Kampf verläuft in vollster Ruhe. Der Polizeiinspektor von Solingen hatte, ohne die Stadtverwaltung davon in Kenntnis zu setzen, die höchst überflüssige Maßnahme getroffen, jeweils ein Drittel seiner Mannschaften in Alarmbereitschaft zu halten. Durch das Eingreifen unserer Genossen in der Stadtverwaltung wurde auch diese Maßnahme wieder aufgehoben.

Trotz dem entgegenstehenden reichsgesetzlichen Verbot hatten die aussperrungswütigen Unternehmer auch den Schwerkriegsbeschädigten gekündigt. Ebenfalls durch Eingreifen unserer Genossen werden die Unternehmer zum Schadenersatz herangezogen, wenn sie nicht freiwillig diese Kriegsbeschädigten wieder in Arbeit nehmen.

Als wir unterdrückt waren.

Im Nachstehenden bringen wir eine gedrängte Uebersicht über die wichtigsten politischen Ereignisse der Verbotszeit.

Zum Präsidenten der französischen Republik wurde Paul Deschanel, der bisherige Kammerpräsident, gewählt.

Das sogenannte Betriebsrätegesetz wurde am 18. Januar in dritter Lesung mit 213 gegen 64 Stimmen angenommen.

Der Vorsitzende unserer Partei, Ernst Däumig, wurde auf Veranlassung Noskes verhaftet. Man will ihn für die Vorgänge vom 13. Januar verantwortlich machen. — Der Vorsitzende der Zentrale der Kommunistischen Partei, Dr. Levi, ist ebenfalls verhaftet worden.

Der Prozeß Erzberger-Helfferich erfuhr eine plötzliche Unterbrechung durch das Attentat auf Erzberger. Am 26. Januar gab der frühere Fähnrich, jetzigen Soutler Oltmann Hirschfeld, auf den Minister, der nach Verlassen des Kriminalgerichtsgebäudes gerade sein Auto bestiegen hatte, mehrere Schüsse ab, durch die Erzberger an der rechten Schulter verletzt wurde. Am 21. Februar wurde gegen den Attentäter v. Hirschfeld vor Gericht verhandelt. Das Urteil lautete auf 18 Monate Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft.

Der Landesversammlung ist das Abfindungsgesetz für die Hohenzollern zugegangen. Die „Königs"familie soll nach dem Gesetzentwurf eine einmalige Entschädigung in Höhe von 100 Millionen Mark erhalten. Weiter soll sie eine jährliche Privatrente von 7½ Millionen Mark bekommen. Ferner sollen Wilhelm dem Letzten das Palais des sogenannten alten Kaisers in Berlin, die Schlösser Bellevue, Babelsberg, Burg Hohenzollern, die Jagdschlösser Grunewald und Huberstock, Schloß Stolzenfels am Rhein und eine Reihe von Grundstücken in Berlin, Potsdam, Plön, Kiel und alle anderen Besitzungen des Hauses Hohenzollern, wie Kadinen, Rominten, das Achilleion, Oels usw. verbleiben. Dem Einsiedler von Amerongen will man Schloß Homburg vor der Höhe, seinem ältesten Sprößling Schloß Cecilienhof auf Lebenszeit zur Verfügung stellen. Die Kronjuwelen sollen ebenfalls Eigentum des „Königs"hauses bleiben.

Der Eisenbahnminister Oeser ordnete die Schließung der meisten Eisenbahnwerkstätten in Preußen an. Die Hauptwerkstätten I und II in Berlin, die Werkstätten in Salzke, Stargard, Schaldsbrück, Breslau, Jena, Frankfurt-Ried, Köln-Nippes, Krefeld-Oppum, Wedding und mehrere andere wurden kurzerhand geschlossen. Zehntausende Arbeiter aufs Pflaster geworfen. Es wurden nur solche Arbeiter wieder aufgenommen, die sich zur Akkordarbeit verpflichteten. In der ersten Hälfte des Februar setzte die Regierung ihr Werk der willkürlichen Schließung von Eisenbahnwerkstätten fort. So wurden die Hauptwerkstättenämter Ia und Ib in Breslau, die Eisenbahnhauptwerkstätten in Limburg, Opladen, Braunschweig, Berlin-Grunewald, Delitzsch, Halle und anderwärts geschlossen. In den meisten Werkstätten sind denn auch je mehrere hundert Arbeiter nicht wieder eingestellt worden.

In Pommern, Mecklenburg und Schleswig-Holstein sind Tausende von Landarbeitern gekündigt worden. Es handelt sich um eine planmäßige Zertrümmerung der Landarbeiterorganisation durch den Verband der Agrarier. Noske hat zwar versucht, einzuschreiten, doch sollen nach dem Willen der Grundbesitzer alle Vertrauensleute der Arbeiter, die sogenannten „Hetzer" von der Wiedereinstellung ausgeschlossen bleiben.

Nach Meldungen der bürgerlichen Presse ist der Admiral Koltschak auf Befehl des Jekutsker revolutionären Militärausschusses erschossen worden.

Am 9. Februar brach in Solingen ein Generalstreik aus, an dem nicht weniger als 30 000 Arbeiter beteiligt waren.

In der ersten Zone von Nordschleswig erfolgte die Abstimmung über die fernere Staatsangehörigkeit. Die Wahlbeteiligung war sehr stark; die Zahl der Wahlberechtigten betrug 109 745, wovon 100 110 abgestimmt haben. Wie zu erwarten war, ergab die Abstimmung einen bedeutenden Sieg der Dänen. 74 887 dänische und 25 223 deutsche Stimmen wurden abgegeben, damit ist die erste Abstimmungszone von Nordschleswig verloren.

Im Ruhrkohlengebiet sollen sich die Bergarbeiter durch ihre Verbände bereiterklärt haben, gegen Doppelbezahlung vier Ueberschichten im Monat zu verfahren, wobei ihnen bedeutende Versprechungen bezüglich der Ernährung gemacht wurden. Indes ist in den letzten Tagen bereits auf neun Zechen des Ruhrreviers ein Protestfreik gegen die eingeführten Ueberschichten ausgebrochen.

Seit Monaten gab sich Noske die größte Mühe, den Aufbau der gegenrevolutionären Reichswehr zu verhindern. Tatsächlich hat sich die Entente darauf eingelassen und gestattet, daß die deutschen Streitkräfte am 10. April auf 200 000 Mann herabgesetzt werden und auf 100 000 Mann am 10. Juli 1920.

In Charlottenburg kam es am 20. Februar zu schweren Ausschreitungen gelegentlich der Sprengung einer vom Bunde Neues Vaterland einberufenen Versammlung. Dort wollte der bekannte Demokrat Helmut von Gerlach ein Referat zur Auslieferungsfrage halten. Indessen fielen Angehörige der Reichswehr, ehemalige Baltikumer, über die Versammlung her. Eine Anzahl Personen wurden durch Schläge mit Schlagringen, Gummiknüppeln, durch Fußtritte und andere „geistige" Waffen verletzt. Gerlach wurde so zugerichtet, daß er in einer Droschke fortgeschafft werden mußte.

Zum Nachfolger des deutschen Botschafters in Frankreich, von Lersner, der der französischen Regierung die Auslieferungsliste zurückstandte, ist der Geheime Legationsrat Dr. Goepperl ernannt worden.

Das Unternehmertum in der Zigarettenindustrie protestiert gegen die neuen Tabaksteuern, indem die gesamten Zigarettenfabriken ihrem Personal zum 31. März gekündigt haben. Hierdurch würden 60 000 Arbeiter und Angestellte brotlos werden.

Die halbamtliche Deutsche Allgemeine Zeitung beschäftigt sich mit dem Wiederzusammentritt der Nationalversammlung und führt aus, es sei äußerst schwer, im Spätjahr zu Neuwahlen für den ersten Reichstag zu kommen. Im besten Falle stünden wir noch drei viertel Jahre vor den Neuwahlen.

Was geht in Japan vor?

Haag, 1. März. Im japanischen Unterhaus ereigneten sich erregte Szenen bei der Beratung der Vorlagen über das allgemeine Stimmrecht. Die Sitzung flog auf und es kam zu schweren Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Abgeordneten in den Wandelgängen. Bis spät in die Nacht wurde in der Stadt demonstriert. Am Sonnabend waren in London Nachrichten über ernste Vorgänge in Japan verbreitet, die von der japanischen Botschaft scharf dementiert werden.

Notizen.

Neue Liebesgaben an die Agrarier. In der Sitzung des Reichsrats, die am Sonnabend unter Vorsitz des Rechtssozialisten Dr. David stattfand, wurde eine Verordnung über die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus der Ernte 1920 angenommen. Danach soll der an die heimischen Mühlenbetriebe zu zahlende Mindestpreis für die Tonne Weizen und den Weizen gleichstehende Getreidearten mindestens 1100 Mark, für Roggen, Gerste und Hafer 1000 Mark und für die Tonne Kartoffeln 500 Mark betragen. Diese Preise können nach Beginn der Ernte noch eine Steigerung erfahren.

Die Elternbeiratswahlen in Berlin. Bis am letzten Sonnabend lagen die Ergebnisse aus 29 Groß-Berliner Gemeinden über die Elternbeiratswahlen an Volksschulen vor. Darnach weist die Liste der Unabhängigen 822, der Rechtssozialisten 334, der unpolitischen Christlichen 356 Elternbeiräte auf.

Englischer Gewerkschaftskongreß. Aus London wird gemeldet, daß dort am 11. März in London ein außerordentlicher Gewerkschaftskongreß zur Besprechung der Frage der Sozialisierung der Bergwerke stattfinden wird.

Das Frauenwahlrecht in England. Die von der Arbeiterpartei eingebrachte Gesetzesvorlage, die das Stimmrecht der Frauen in derselben Weise regelt wie das der Männer, wurde im Unterhaus in zweiter Lesung einstimmig angenommen. Die Gesetzesvorlage setzt die Altersgrenze für Frauen von 30 auf 21 Jahre herab.

Aus der Provinz.

An unsere Berichterstatter.

Durch das Verbot unseres Blattes ist mancher Bericht aus der Provinz nicht zum Abdruck gelangt. Unsere Genossen mögen nun unverzüglich die Berichterstattung wieder aufnehmen und uns nach wie vor, in kurzer und knapper Form, über die wichtigeren Ereignisse in ihren Orten und Kreisen unterrichten. Wir weisen erneut darauf hin, daß in allen Orten, in denen es noch nicht geschehen ist, Berichterstatter für das Volksblatt vom Parteiverein zu wählen sind. Auch die alten Regeln der Berichterstattung bringen wir in Erinnerung: Schnelligkeit, keine sogenannten „Handwürmer", lieber häufig kurze Berichte, als selten einen endlosen Artikel, nur einseitig beschriebene Bogen, mindestens vierteljährlich einmal eine Aufstellung der eingesandten Berichte mit Zeilengahl an die Redaktion senden, damit die Vergütung ohne Stocken vor sich geht. — Eine schnelle Berichterstattung erhöht die Aktualität der Zeitung. Genossen, unterstützt auch auf diese Weise eure Presse!

Hettstedt. Die Verhaftung des Bürgermeisters Gericke. Während unseres Verbotes hat sich hier ein Vorfall abgespielt, der zu einer unglaublichen Hetze gegen die Unabhängige Sozialdemokratie ausgenutzt wird. Wie erinnerlich, wählte seinerzeit die Mehrheit des Stadtparlamentes, die aus Parteigenossen bestand, den Genossen Gericke aus Aßleben zum Bürgermeister, trotz des heftigen Widerstandes der Bürgerlichen die darüber erbost waren, daß ein Unabhängiger Sozialist auf dem Hettstedter Rathaus schalten sollte. Nun haben sich im vergangenen Monat Vorfälle abgespielt, die zu beweisen scheinen, daß unsere Hettstedter Genossen einem Unwürdigen ihr Vertrauen geschenkt hatten. Der Bürgermeister ist in eine Falle, die ihm sein Stadtsekretär, ein Bürgerlicher, stellte, und ließ sich dazu hinreißen, aus dem städtischen Lebensmittellager Butter, Käse und Kakao zu entwenden. Der Stadtsekretär benachrichtigte die Polizei und durcharbeitete Mitglieder der Lebensmittelkommission, so daß Gericke bei einem erneuten Besuch des Lagers angeblich auf frischer Tat ertappt wurde. Da der Bürgermeister kein Bürgerlicher war, wie Herr Oberbürgermeister Ebelin in Dessau, so wurde er sofort seines Amtes entloben und zusammen mit seinem Bruder, dem Ortspolizeiher in Klostermansfeld, dem Mitschuld vorgeworfen wird, verhaftet. Man kann sich den Jubel der Bürgerlichen in Hettstedt vorstellen! Zwar hat es schon viele Bürgermeister gegeben, die sich als Unwürdige erwiesen haben, aber das waren Bürgerliche gewesen, und deren Verfehlungen wurden so lange mit dem Mantel christlicher Nächstenliebe zugedeckt, bis die Spatzen die Sache von den Dächern pfiffen. Und selbst dann wurden solche Herren nicht ein- verhaftet, sondern höchstens, wie Erzberger, vom Amt suspendiert. Wenn solche Herren mal ein Pfund nehmen, so wäre derwegen ganz gewiß keine Staatsaktion veranstaltet worden, und das Hettstedter Tageblatt hätte sich nicht die Tage eines Cato umgeworfen, die ihm puzig zu Gesichte steht. Aber diese Erwägung ist nicht etwa eine Entschuldigung für Gericke, ebensowenig wie die Tatsache, daß er nur ganz geringe Mengen zum eigenen Gebrauch genommen hat. Wer von der Arbeiterklasse zum Vertrauensposten erhält, hat die verdoppelte Pflicht und Schuldigkeit, reine Weste zu bewahren. Er muß sich darüber klar sein, daß jede Verfehlung, die er sich zu schulden kommen läßt, nicht nur ihn selbst unmöglich macht, sondern auch die Arbeiterbewegung schädigt. Hat Gericke daher sich belastet, so wird unsere Partei ihn tiefer verachten, als dies irgendein Bürgerlicher tun könnte. Interessant ist es, daß in einer Versammlung ein Mann namens Kästner aus Staßfurt behauptete, Bürgermeister Gericke habe auch jetzt noch der Partei der Mehrheitssozialisten angehört und als solcher regelmäßig seine Beiträge gezahlt. K. machte sich anheischig, vollgültige Beweise zu erbringen. Sollte diese Behauptung zutreffen, so wäre Gericke auch als politischer Lump entlarvt. Unsere Hettstedter Genossen sind der Pflicht haben, hier unbedingt Aufklärung zu schaffen. — Das Hettstedter Tageblatt bemühte sich natürlich, die Angelegenheit der U. S. P. an die Stockschöne zu hängen. Der bösartige kleine Klaffer in Hettstedt wird nur noch übertroffen durch die ehrenwerte Volksstimme in Halle, das Organ der Sozialpatrioten. Diese Tugendhaften wissen den alten Witz vom „Radikalen", um ihren Lesern die Meinung beizubringen, jeder Radikale sei von vornherein der Lumperei verdächtig. Wir kennen diese Weise, die die Volksstimme jetzt singt, schon von früher her, als die Blätter des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie sie in mitzutönigem Chore anstimmten. Daß gerade die Parteigenossen des Landtagsabgeordneten Schulz aus Kiel es sind, die heute diese Taktik anwenden, ist sehr humoristisch! Unsere Hettstedter Genossen werden beweisen, daß sie nach wie vor das Banner unserer Partei, durch Verfehlungen Einzelner nicht beschmutzt werden kann, aufrecht erhalten. Die Sozialpatrioten werden wie bisher keine Erfolge in Hettstedt ernten!

Zeitz. Der Stadtverordnetenvorsteher Gen. Drechsler ist kürzlich verhaftet worden. Dieser Gewaltakt stützt sich auf einen Prozeß, der gegen den Gen. Drechsler als Nachspiel des großen Generalstreiks schwebt. Drechsler soll als Vorsitzender des Arbeiterrates von Zeitz einen Leutnant in Schutzhaft genommen haben. Die Stadtverordnetenversammlung protestierte gegen diese Verhaftung ihres Vorstehers und beschloß, beim Justizminister Schritte zur Freilassung des Verhafteten zu unternehmen. Auch ein hiesiger Kommunist wurde verhaftet.

Eilenburg. Die Verdoppelung der Eisenbahntarife ab 1. März trifft gerade die Arbeiter Eilenburgs, die zum großen Teile in Leipzig arbeiten, sehr empfindlich. Daher hat der Magistrat Eilenburg am 23. Februar folgendes Schreiben an den preußischen Eisenbahnminister gerichtet:

„Die vom 1. März d. J. an in Kraft getretene Erhöhung des Personentarifs der Eilenbahn um 100 Prozent gibt uns Veranlassung, folgende dringende Bitte vorzutragen: Eilenburg liegt 24 Klm. von Leipzig entfernt. Die Lebensbedingungen des größten Teiles der Stadt Eilenburg sind von der nahen Großstadt Leipzig abhängig. Nicht nur ein großer Teil der Arbeiterschaft, ist in Leipzigs Industrie tätig, sondern auch die ganze Geschäftswelt Eilenburgs ist mit Leipzig sehr eng verknüpft, so daß ein regelrechter Vorortverkehr zwischen Leipzig und Eilenburg besteht. Wir haben in früheren Jahren bereits wiederholt darum petitioniert, daß ein Vorortstarif anerkannt würde, und haben auch erreicht, daß eine große Anzahl von Zugpaaren zwischen Leipzig und Eilenburg eingelegt wurden. Die Einführung des billigen Vorortstarifs hat Herr Minister nur aus prinzipiellen Gründen abgelehnt, da eine weitere Ausdehnung der Vorortstarife allgemein nicht mehr zugelassen war. Auf Drängen der Arbeiterschaft und der Geschäftswelt Eilenburgs sehen wir uns jetzt bei der gewaltigen Erhöhung des Personentarifs genötigt, Ew. Exzellenz zu bitten, von der 100prozentigen Erhöhung des Personentarifs den Vorortverkehr auszuschließen, da sonst eine gewaltige Lähmung des Verkehrs und ferner eine Erhöhung der Löhne der Arbeiter oder eine große Arbeitslosigkeit eintreten würde. Sollte es nicht möglich sein, dem gesamten Vorortverkehr die jetzigen Preise zu belassen, so bitten wir wenigstens darum, die jetzt schon hohen Preise für die Arbeiter-, Wochen-, Monats- und anderen Zeitkarten von der Erhöhung auszuschließen." — Diesem Antrag ist nur Erfolg zu wünschen.

Quedlinburg. Aus rechtssozialistischen Hochburgen. Der an zahlreichen Samendiebstählen beteiligte rechtssozialistische Stadtverordnete Ewald Müller, der unlängst hinter Schloß und Riegel gesetzt wurde, ist jetzt von der Organisationsleitung aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen worden. Es „flauen" nicht nur die Radikalen!

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200302-17/fragment/page=0003

Versammlungsanzeiger U. S. P. D. — Halle und Saalkreis

Sekretariat: Harz 42—44, Zimmer 23—24.
Wochentags geöffnet von 9-1 und 4-7 Uhr.
Fernsprecher 1473.

Am Donnerstag, abends 7½ Uhr, finden in den Distriktslokalen in Halle

Mitgliederversammlungen

statt.
Tagesordnung in sämtlichen Versammlungen:

1. Die Wahl der Elternbeiräte am Sonntag, den 7. März.
2. Vereinsangelegenheiten.

Die Mitglieder ersehen aus dem, ihren Mitgliedsbüchern beigelegten Straßenverzeichnis, zu welchem Lokal sie gehören.
In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist ein zahlreicher Besuch erforderlich.
Es ist dringend nötig, daß sich am Donnerstag alle Mitglieder den Distriktsführern zur Mitarbeit zur Verfügung stellen.

Die Kämpferin Nr. 4 ist erschienen.
Der Vorstand.

Walhalla-Operett.-Theater. 8738
½8 Uhr zum 2. Male: Die **Czikoss-Baroness.**
Operette v. Georg Jarno.
Kasse v. 10-1½ u. 4-5½.

Stadttheater.
Mittwoch, den 3. März, Anf. 7, Ende nach 10 Uhr:
Carmen. 8745
Donnerstag: Königskinder

Parteischriften empfiehlt: Volksbuchhdlg.

Volkspark, Burgstr. 27.
Morgen, Mittwoch, den 3. März, abends 6 Uhr: 8749
Grosser Ball
des Philharmonischen Orchesters.
Hierzu ladet ein Die Geschäftsleitung.

---

3 Könige, Kl. Klausstr. 7, Nähe d. Marktes.
Bestes Familien-Varieté am Platze. 8744
Des großen Erfolges wegen weiter verpflichtet.
Emil Reimers, einzig in seiner Art.
Neue Possen: Der Pensionsspuk und Grünspan.
Lachsalve auf Lachsalve.

Krumers Künstlerspiele,
Delitzscher Straße 2. Am Riebeckplatz.
Neues, erstklass. Programm.
U. a.: Roma u. Charly, Gabor u. Gabero vom Battenberg-Theater, Leipzig. 8750

Wilsdorfs Gesellschaftshaus Karlstr. 14
Mittwoch von 5 Uhr an:
Oeffentlicher Ball. 8751

Festsäle Goldener Hirsch.
Mittwoch, den 3. März, von 6 Uhr an: *4745
Oeffentlicher Tanz.

Leuchtturm,
beliebter Ausflugsort.
Morgen, Mittwoch, von 3—11 Uhr:
:: **Kränzchen** ::
der Leuchtturm-Gesellschaft. 8743
Nächsten Sonnabend:
Oeffentlicher Preis-Maskenball.

Achtung! Achtung!
Donnerstag, den 4. März,
im Gottschlagschen Lokale zu Löbnitz:
Unterhaltungs-Abend
verbunden mit Vorträgen.
Um zahlreiches Erscheinen bittet *4747
Die Distriktsleitung.

Mode-Zeitungen
empfiehlt die
Volksbuchhandlung, Halle a. S., Harz 42/44.

Sie staunen

über die pompösen Preise, die untenstehende Firma für

Lumpen, Felle und Metalle

zahlt.

Theuring & Ackermann,

Gr. Brunnenstr. 60/61, Telephon 4363. Gr. Brunnenstr. 60/61
Triftstraße 24. Triftstraße 24.
8765

Allgemeiner Konsumverein zu Lettin bei Halle (Saale)
(e. G. m. b. H.)

Bilanz für das Jahr 1919.

Aktiva.	M	₰	Passiva.	M	₰
An Warenbestand	19834	80	Per Mitgliederguthaben	6868	49
„ Utensilienkonto	1	00	„ Reservefondskonto	7872	84
„ Grundstückskonto	6859	54	„ Baufondskonto	7800	00
„ Anteilkonto bei der G. E. G., Hamburg	3000	00	„ Dispositionskonto	4925	58
„ Anteilkonto bei der Verlags-Gesellschaft	1000	00	„ Kautionskonto	2000	00
„ Kassakonto	350	11	„ Hausanteilkonto	700	00
„ Depositenkonto	12044	69	„ Rabattkonto	10257	32
„ Bankeinlag. b. d. G. E. G.	6696	40	„ Ueberschuß	9585	71
„ Kreditorenkonto	227	90			
	50013	94		50013	94

Mitgliederbewegung.

Am 1. Januar 1919 gehörten dem Verein an . 329 Mitglieder
Eingetreten sind im Laufe des Jahres . . . . 48 „
377 Mitglieder
Mit dem Schlusse des Geschäftsjahres schieden aus
a) durch Tod . . . . . 4 Mitglieder
b) „ Aufkündigung . . . . 8 „ 12 Mitglieder
Bestand am Schlusse des Jahres . . . . . 365 Mitglieder

Der Gesamtbetrag des Geschäftsguthabens hat sich um 226,92 Mk. und die Haftsumme um 900 Mk. vermehrt. Die Haftsumme, für welche alle Genossen am Jahresschlusse aufzukommen haben, beträgt 9 125 Mk.

Lettin bei Halle (Saale), im Februar 1920.
*4746 **Der Vorstand.**
Karl Pforte, Gottlob Pötel, August Wiedau.

Zahle

für

Ziegenfelle	bis	220	Mk.
Kaninfelle	„	30	„
Katzenfelle	„	40	„
Marderfelle	„	2000	„
Schafwolle	Kilo	70	„

Nehme auch Felle für Private zum Gerben an.
Kaufe auch neugegerbte Felle. 8734

Paul Günther,
Halle a. S., Graseweg 8.

Ansichtspostkarten empfiehlt die Volksbuchhandlung.

Zahle für:

Hauslumpen	Kilo	1,50	Mk.
Strumpfwolle	„	28,—	Mk.

Felle, Metalle, Zink, Eisen, Papier und Bücher
zahle jeden Konkurrenzpreis.
Albert Bode jun.,
Grosse Klausstrasse 22. 8747

Schwerhörigkeit Ohrensausen, Ertaubung
Neue unsichtbare Apparate, bequemste, praktischste, vollkommenste Hilfe. Prospekt 4 mm frei. Ohne Operation. Ausführliche Broschüre gratis.
Sanitätsversand München 131.

15—25 Mark
garantiert dauernden, täglichen Verdienst für Jeden. Leichte, saubere und angenehme Hausarbeit. Kein Wiederverkauf. Entfernung gleich. Anleitung samt Arbeitsmuster wird b. Arbeitsaufnahme gratis beigelegt. Bei Anfrage zu bemerken: Für Abteil. B.
Namens-Karten-Verlag J. Waehs, Chemnitz, Beterstr. 9. *4726

Altkleiderstelle.
Kaufe zu höchst. Preisen Möbel, Wäsche, Garderobe, Schuhwerk, Musikinstrumente, Brillengläser, Uhren, Wertsachen, Pfandscheine.
F. Hennicke, 8723
Kl. Ulrichstr. 15. Tel. 4414.

Apollo-Theater.
Heute u. morgen 7 Uhr: Zum letzten Male: Der **Regimentspapa** mit Fritz Schulz als Regimentspapa.
Ab Donnerstag Kgl. 7½ Uhr: Auf allgem. Verlangen der bereits 20 mal vor ausverkauften Häusern gegebene sensation. Operettenschlager **Frl. Puck** in der bekannten erstklassigen Besetzung u. glänzend. Ausstattung. Vorverkauf 9—1 u. 5—6.

Zum Landhaus
Merseburgerstraße 95.
Mittwoch, 6 Uhr:
Ball.

Klavier-, Gitarre-, Mandol.- u. Violin-Unterricht erteilt bei mäßig. Honorar, auch abends, 8595 Kurt Donner, Fürstental 5.

Damen- und Herren-Maßschneiderei
Hans Buchwald,
Geiststraße 15, Eingang Breitestraße (Adler-Apotheke).
Strassenbahn-Haltestelle Linie 7, Ecke Breitestr.
Damen-Kostüme und -Mäntel, Herren-Anzüge und -Paletots 8740
werden sauber und sachgemäss bei pünktlicher Lieferung, auch bei zugegebenen Stoffen, angefertigt.
Reparaturen — Wenden — Aufbügeln.
Bitte beachten Sie meine Schaufenster-Ausstellung in neuest. Stoffen f. Frühjahr

---

Ich zahle!!

für 8748

Origin.-Lumpen, Kilo	150	Pf.	Messing	Kilo	10.20 Mk.
Bücher, Zeitungen „	50	„	Blei	„	7.20 „
Alt-Papier „	30	„	Zink	„	3.00 „
Schmiedeeisen „	90	„	Rotguß	„	20.20 „
Maschinenguß „	100	„	Strumpfwolle	„	14.00 „
Kupfer . . Kilo	20.20	Mk.	Hasenfelle nach Qualität.		

Kaninchenfelle nach Größe und Gewicht.
Nicht Genanntes zu den bekannten hohen Preisen.
Bei 50 Kilo erhöhen sich die Preise!
Außerdem erhalten Klempner und verwandte Berufe für Metalle Extra-Preise.
Offerten wollen Sie einholen!
Alle Sorten Felle zu den bekannten hohen Preisen.
Nur Anna Theuring
Nur Gr. Wallstr. 42.
Tel. 4263. Kostenlose Abholung. Tel. 4263.
Metall-Sammler werden zu günstigen Bedingungen noch eingestellt.

Sämtl. Parteischriften empfiehlt **Volks-Buchhandlung.**

Höchste Preise

zahle ich! 8762

Kupfer	Kilo	20.20	Mk.
Rotguß	„	20.20	„
Messing	„	10.20	„
Blei	„	7.20	„

Betriebe, Klempner, verwandte Berufe und Metallsammler erhalten Extrapreise.
Metallaufkäufer gesucht!
Dachritzstraße 4, Hof.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200302-17/fragment/page=0004

Den Schlag pariert!

Wir parieren den Schlag! Das muß das Gelöbnis sein, mit dem heute die Leser des Volksblattes ihr langentbehrtes Blatt wieder in die Hand nehmen. Genau sechs Wochen war das Band zwischen den Lesern und der Zeitung von den militärischen Machthabern zerschnitten.

Aber die revolutionäre Arbeiterschaft will und darf sich durch nichts, was es auch sei, von ihren Zielen abbringen lassen; daher muß ihre trotzige Parole sein:

Wir parieren den Schlag!

Das revolutionäre Proletariat wird auch durch Maschinengewehre und Handgranaten nicht von seiner Ueberzeugung abzubringen sein. Im Gegenteil! Es wird

nun erst recht dem revolutionären Sozialismus treu bleiben.

Rechnen die Gewalthaber damit, daß durch das Verbot der Zeitung Leser verlorengehen, so muß die Parole sein:

Nun erst recht dem Volksblatt die Treue halten!

War mit der Unterdrückung des Blattes die Absicht verbunden, die Verbearbeit für die Partei und für ihr Organ zu unterbinden, so muß sich nun noch mehr als bisher jeder Parteigenosse und jede Genossin, jeder Leser und jede Leserin des Volksblattes verpflichtet fühlen:

Nun erst recht mit allen Kräften für die verfolgte Partei, für ihre Organisation, für ihre Presse zu werben!

Leser und Leserinnen des Volksblattes! Ihr habt während des langen Verbots eures Blattes empfunden, wie eng ihr euch mit dem Blatte verbunden fühlt. Jetzt erscheint das Volksblatt wieder. Das Volksblatt nimmt die alte Fahne des revolutionären Proletariats wieder auf, es wird wie vor dem Verbot dem Proletariat wieder Führer und Bannerträger, Freund und Berater sein!

Das Volksblatt hat stets besonderen Wert darauf gelegt, daß zwischen ihm und den Lesern ein inniges Verhältnis bestand. Das Volksblatt gab stets sein Bestes, es nahm aber dafür auch das unbeschränkte Vertrauen seiner Leser. So soll es auch in Zukunft bleiben!

Zeitung und Leser, sie gehören zusammen! Wo aber aus irgendeinem besonderen Grunde das Verhältnis eines Lesers zur Zeitung gelockert erscheint, wo ein Leser wankelmütig geworden ist, oder wo ein Abonnent den Bezug der Zeitung aufgegeben haben sollte, da gilt es für die Anhänger unserer großen Sache, mit der Aufklärung und mit der Werbearbeit für unser Blatt einzusetzen.

Partei- und Gewerkschaftsgenossen, alle aufgeklärten Arbeiter werden in den sechs Wochen des Verbots mit besonderer Deutlichkeit empfunden haben, welch wertvolle Waffe das Volksblatt auch im wirtschaftlichen Kampfe der Arbeiter ist, daher muß nun an allen Arbeitsplätzen, in den Werkstellen und in den Fabriken die

Werbearbeit für das Volksblatt mit gesteigerter Kraft

einsetzen. Jeder muß sich eifrig bemühen, wenigstens einen neuen Leser für das Volksblatt zu gewinnen. Trotzig und kühn sei die Parole:

Wir parieren den Schlag!

Halle und Saalkreis.

Halle, den 2. März 1920.

Sechs Wochen Volksblattverbot.

Nach sechswöchiger unfreiwilliger Pause darf das Volksblatt endlich wieder erscheinen — „unser Blatt", wie es von Tausenden Proletariern in Halle und dem Bezirk Merseburg mit einem gewissen Stolz genannt wird. Und mit Recht, denn das Volksblatt ist keine Zeitung, die um ihrer selbst willen besteht, etwa um einem oder mehreren Kapitalisten die Taschen zu füllen. Nein, das Volksblatt ist das Kampforgan der revolutionären, klassenbewußten Arbeiterschaft, das sich die Proletarier Halles und Mitteldeutschlands in nunmehr drei jahrzehntelanger, mühe- und opfervoller Arbeit zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen und geistigen Interessen geschaffen haben. Einen Tag darauf, nachdem nationalistische Studenten und pogromlüsterne Kreise des Bürgertums den heißen Wunsch ausgesprochen hatten, daß dem Volksblatt doch „die Schnauze gestopft werden" möchte, kam auch der herbe Sturm und riß diese Waffe den Proletariern aus der Hand, drohte sie zu vernichten. Aber die wackeren Genossinnen und Genossen erkannten sofort die Gefahr und sie gelobten sich, dem Gegner das Spiel zu verderben, eilten herbei, um ihr Volksblatt wirtschaftlich zu unterstützen, koste es, was es wolle.

Mit Freude können wir feststellen, daß der größte Teil der Leser sich bereit erklärt hat, dem Volksblatt auch für die Zeit seiner Unterdrückung die Treue zu bewahren. Ohne Murren wurde der Bezugspreis voll bezahlt und ganz von selbst kamen von vielen Seiten die Anerbietungen, den doppelten Preis zu bezahlen, wenn das Verbot weiter ausgedehnt werden sollte. Diese Wackeren haben die Lage ganz richtig erkannt: sie wußten sofort, daß beabsichtigt war, mit dem Verbot der unabhängigen Blätter die ganze unabhängige Bewegung zu vernichten. Sie wußten ferner, daß dann auch die gesamte Arbeiterbewegung einen schweren Schlag erlitten hätte. Das durfte nicht sein, und deshalb erklärten sie sich auch zu den größten Opfern bereit. Der erfreulicherweise nur sehr kleine Teil unserer Leser, der politisch noch nicht weiterfest ist und glaubt, der politische Kampf sei ein Vergnügen, bei dem kein Groschen gezahlt zu werden braucht, wenn die Musik nicht spielt, wird sich durch die Opferwilligkeit der anderen sicher beschämt fühlen. Haben sie schon einmal darüber nachgedacht, wie es um die Arbeiterschaft stände, wenn alle so kleinlich denken würden wie sie? Wir hoffen, daß wir in Zukunft auch mit diesen wenigen „Halbseidenen" nicht werden zu rechnen haben, zumal unsere Gegner ohnehin schon zu der Ueberzeugung gekommen sein dürften, daß wir mit Gewaltmaßnahmen nicht unterzukriegen sind.

Wenige Tage nach Verhängung des Belagerungszustandes tagte eine von etwa 100 Vertrauensleuten und agitatorisch tätigen Parteigenossen des Bezirks Halle besuchte Konferenz, um einen Bericht von der in Berlin stattgefundenen Reichskonferenz der Partei entgegenzunehmen, sowie einheitliche Richtlinien für den durch den grundlos verhängten Belagerungszustand besonders erschwerten Kampf festzulegen. Da über Halle ohne jeden ersichtlichen Grund bald der verschärfte Belagerungszustand verhängt worden war, mußte die Konferenz in Kassenhaft abgehalten werden. Die Vertreter des Bezirks erhoben in einer Resolution schärfsten Protest gegen die Verhängung des Belagerungszustandes, die Verschärfung der Bestimmungen und die Verbote der Zeitungen in Halle, Merseburg, Zeitz und Eisleben. Sie stellten fest, daß bei Verhängung und Verschärfung des Belagerungszustandes in Halle und dem Verbot des Volksblattes nicht einmal die Formen eingehalten wurden, die selbst die Verordnung des Reichspräsidenten vom 13. Januar (§ 2 und 3) vorschreibt. Weder die Zustimmung des Regierungskommissars noch seine Unterschrift sind bei den Verfügungen ersichtlich gemacht. Das Ungeheuerlichste an den Zeitungsverboten ist aber, daß sie unbefristet, also auf unbestimmte Dauer, erfolgt sind. Dadurch ist jede Art irgendwelcher Rechtsgarantie aufgehoben und die Existenz der Blätter und ihrer Hunderten von Angestellten völlig in das Belieben der militärischen Gewalthaber gestellt. Eine solche totale Rechtlosigkeit ist selbst während des Krieges von keiner monarchisch-militärischen Regierung über die Presse verhängt worden. Die Unterdrückung des freien Wortes auf die Dauer ist beispiellos in der Geschichte der Preßverfolgungen. Aber die Vertreter des Bezirks Halle der U. S. P. wissen, daß die Sache des Sozialismus und der sozialen Revolution weder durch Unterdrückung der Presse, noch Lähmung des Organisationslebens vernichtet oder erstickt werden. Sie riefen die Parteigenossen auf, in ruhiger, würdiger, aber zäher Art die Arbeit für die Partei unter den veränderten und schwierigen Umständen weiterzuführen. Trotz Rechtlosigkeit und Verfolgung ist die geschichtliche Entwicklung mit uns, mit dem Sozialismus und der sozialen Revolution!

In einer weiteren an die Regierung gerichteten Protesterklärung wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Tatsache, daß wir die Maßnahmen der Regierung für verfehlt halten und scharfe Kritik üben, keinen ausreichenden Grund zu Gewaltmaßnahmen, über die übrigens die Geschichte ein vernichtendes Urteil fällen wird, bieten könne. Die Unabhängige Sozialdemokratie im Bezirk Merseburg hat noch keine Aktion unternommen, bei der sie nicht vorher sich der Zustimmung der Massen versichert hat. Die Zeitungen des Bezirks haben ebenfalls kein anderes Verbrechen begangen, als die alte revolutionäre Taktik der sozialistischen Arbeiterschaft zu vertreten. Es ist ein Hohn auf die Demokratie, wenn man gegen die stärkste Partei eines Industriebezirkes mit Unterdrückungsmaßnahmen vorgeht.

In Ausführung dieser Beschlüsse haben während der Verbotszeit im Bezirk zahlreiche Versammlungen stattgefunden, in denen überall erklärt wurde, daß die Genossen diese Maßregeln ebensowenig fürchten und ebenso beantworten würden, wie unsere Väter das Sozialistengesetz Bismarcks. Keine Gewalt auf Erden kann uns hindern, den Sieg des Sozialismus zu erstreben. Auch die Kommunale Beratungsstelle des Bezirkssekretariats der U. S. P. hat an den Reichspräsidenten ein Telegramm gesandt, in dem gegen die Aufrechterhaltung des Verbotes protestiert wurde. Man erblickte darin eine besondere Ungerechtigkeit und Beschneidung des kommunalen Selbstverwaltungsrechtes, da die verbotenen Blätter amtliche Organe für zahlreiche kommunale Körperschaften sind. Genützt hat es nichts, denn im Bezirk Merseburg regiert nicht Herr Ebert, sondern General Maerder, der nach eigenem Geständnis überhaupt keine Zeitungen leiden kann, geschweige denn gar noch unabhängig-sozialistische.

Die Buchdrucker und das Volksblatt-Verbot. Durch das Verbot des Volksblattes war das Druckereipersonal arbeitslos und dadurch schwer geschädigt worden. Deshalb beschäftigte sich eine Versammlung aller in graphischen Gewerbe tätigen Personen mit den Folgen, die das Verbot für die Betroffenen hatte. Die Versammlung lehnte es ab, eine Kommission zu Maerder und nach Berlin zu entsenden, wie es die Leipziger Kollegen beschlossen, sondern faßte einen Beschluß, das weitere Handeln von den Unternehmungen der Leipziger und Berliner Buchdrucker abhängig zu machen. Die Leipziger Kommission vermochte weder in Berlin noch in Dresden die Aufhebung des Verbotes zu erreichen, wodurch die Möglichkeit eines Streikes in den bürgerlichen Zeitungsbetrieben in unmittelbare Nähe gerückt war. In einer weiteren Versammlung wurde beschlossen, die gesamten Leipziger Zeitungsbetriebe stillzulegen, bis die ausgesprochenen Zeitungsverbote aufgehoben sind. Da die Zeitungspersonale diesem Beschlusse aber nicht beitraten, unterblieb der in Aussicht genommene Sympathiestreik auch in Halle. Man forderte hier noch den Hauptvorstand des Buchdruckerverbandes auf, alles zu tun, um die Freiheit der Presse wieder herzustellen und den Verband vor weiteren wirtschaftlichen Schäden zu bewahren. Entsprechend einem Beschlusse der Vertrauensmänner der Hallischen Druckereien verhandelte am vergangenen Dienstag eine Kommission mit dem Vertreter des Reichswehrministers über die Aufhebung des Verbotes, und erhielt auch die bindende Zusage, daß die Verbote sofort aufgehoben würden. Am Sonnabend entschloß sich General Maerder denn auch, die Fesseln, in die das Volksblatt geschlagen war, zu lösen.

Die bürgerliche Presse zum Volksblattverbot. Fast in der gesamten bürgerlichen Presse Deutschlands haben die Zeitungsverbote teilweise sogar sehr energischen Widerspruch gefunden. Nur Halle hat wieder einmal, wie immer, eine Ausnahme gemacht. Hier war es nur die deutschnationale Hallische Zeitung, die sich gegen die plan- und sinnlose Zeitungsverbieterei in ziemlich scharfen Worten gewandt hatte. Durch diese Gewaltmaßnahmen sozialistischer Regierungskunst bestätige sich die ganze Hilflosigkeit sozialdemokratischer Regierungskunst, die ohne Belagerungszustand, ohne Bajonette und Maschinengewehre sich nicht zu halten vermöge. Je gewaltsamer und gesetzwidriger die Sozialdemokratie sich in ihrer Regierungsposition gebärde, desto eiriger werde sie auf ihren eigenen Sturz hinarbeiten. Die Richtigkeit dieser Sätze wird auch nicht im geringsten abgeschwächt durch die Tatsache, daß sie nicht etwa geschrieben worden sind, um gegen die Unterdrückung des Volksblattes zu protestieren, vielmehr wurden sie geschrieben, um sich über das Hilfegeschrei nach Maßnahmen „gegen die Bolschewisten von rechts" lustig zu machen, das die sogenannte Volksstimme mehrfach, um den Schein der „Demokratie" zu wahren, erhoben hatte.

Während also die bürgerliche Presse die Gewaltstreiche gegen die unabhängigen Zeitungen entweder verurteilte oder zum mindesten so anständig wie man es von dieser Seite eben nur verlangen kann, darüber referierte, wußte die rechtssozialistische Presse nichts anderes zu tun, als die Verbote mit den verlogensten Argumenten zu rechtfertigen. Die ganze Zeit hindurch, als militärische Gewalten uns verbinderten, die Stimme des grundsätzlichen Sozialismus zu erheben, haben sich die hiesigen Sozialpatrioten im Schweiße ihres Angesichts bemüht, aus dem Verbot des Volksblattes Kapital zu schlagen. Diese Nutznießer des Belagerungszustandes scheinen wirklich die Hoffnung gehabt zu haben, sie könnten nun, da den Arbeitern ihr Sprachrohr genommen war, ihr übles Verfserzeugnis, die famose Volksstimme, in die Wohnungen der Arbeiter hineinschmuggeln. Dieses Blatt begoß denn auch in den sechs Wochen trotz des Verbotes die U. S. P. geradezu mit Jauchekübeln, mit Artikeln, über die man nach Heine sagen kann: „jedes Wort war ein Nachttopf, und kein leerer." Es liegt uns vollkommen fern, mit moralischer Entrüstung über den groben Verstoß gegen die Regeln des journalistischen Anstandes, der darin liegt, daß man einen Gegner angreift, der öffentlich nicht antworten kann, viel Worte zu machen. Wir wären berechtigt, uns zu entrüsten, aber wir wissen, daß dieses Verhalten der Volksstimme nur ein Ausfluß des Ingrimmes der hiesigen Sozialpatrioten über ihre völlige Einflußlosigkeit ist. Daher war es auch kein Wunder, daß sofort nach Verhängung des Verbotes, als in Buchdruckerkreisen der Gedanke diskutiert wurde, den brotlos gewordenen Kollegen vom Volksblatt durch eine Streikbewegung zu ihren Rechten zu verhelfen, der Vorstand der Regierungssozialisten einen heuchlerischen Aufruf erließ, in dem er Sturm blies gegen jeden Versuch, den Rechtszustand wiederherzustellen. Die Rechtssozialisten freuten sich ja ganz offenkundig über die Unterdrückung unserer Partei, kann man da von ihnen verlangen, daß sie einer Aktion gegen diese Unterdrückung ruhig zusahen? Kein Blatt hat in der letzten Zeit wilder gegen jeden Streik der Arbeiterschaft gehetzt als die Volksstimme, deren Melodie immer der alten Melodie: „Hetzer, radikale Minderheit, wilde Streiks, wiederkehrende Verwirrung, Arbeit, Arbeit, Arbeit" angepaßt war. Daß die U. S. P. am 3. Januar die Regierung stürzen wollte, haben diese Preßkosaken des Kapitalismus mit frecher Stirn um so öfter behauptet, je mehr die historische Wahrheit über die Vorgänge vor dem Reichstag festgestellt wurde. Immer und immer wieder wurde von dem „geistvollen" Leitartikler der Volksstimme behauptet, die Unabhängigen — die „Uzis", so drücken sich die ehemaligen „Sozis" höchst geschmackvoll aus! — würden nicht mit geistigen Waffen Anläufer für ihre Idee, sondern sie appellierten an die Gewalt. Das sagten die Herrschaften, als man uns mit sozialistengesetzlichen Mitteln unterdrückte! Ein junger Grünspecht, der seinen neugebackenen Sozialismus des öfteren durch die Spalten der Volksstimme spazieren führt, mißbrauchte sogar Karl Marx' Worte gegen die Utopien im alten Kommunistenbund, die statt der wirklichen Verhältnisse den bloßen Willen zum Triebrad der Revolution setzten. Die heutigen „wirklichen Verhältnisse" sind nach diesem komischen Marxzitaten, den die Hallische Zeitung in einer Polemik mit der Volksstimme des Näheren schilderte, also kein Triebrad zur sozialen Revolution!

Interessant war für den Kundigen in dieser Zeit auch der Provinzteil der Volksstimme, der angefüllt war mit Siegesnachrichten der Sozialpatrioten. Ueberall „dämmert" es bei den Arbeitern überall wachen sie aus dem „radikalen Taumel" auf. Es „dämmert" überhaupt in jeder Nummer der Volksstimme. Wie kommt es aber nur, daß da die Rechtssozialisten seit Juni vorigen Jahres in Halle keine einzige öffentliche Versammlung veranstalten, um den von der rechtssozialistischen Dämmerung erfaßten Geistern Aufklärung angedeihen zu lassen? Wie kommt es denn, daß man nur erweiterte Mitgliederversammlungen — Gäste sind gegen Zahlung einer Mark Eintritt zugelassen! — veranstaltet? Fürchtet man sich etwa, daß doch nicht genug da sind, bei denen es „gedämmert" hat? In Wirklichkeit sind alle diese Fanfaren, die auch aus einer Bezirkskonferenz, die man glücklich mal abhalten konnte, einen großen Sieg der Partei macht, lächerlicher Schwindel. Nirgends im Bezirk Halle ebaben die Sozialpatrioten irgendwelche nennenswerten Erfolge errungen; denn eine Rede des Herrn Dreicher oder gar des vorläufigen Landrats Thiele ist noch kein Sieg.

Mit einer wahren Wollust bemächtigte sich das von „politischen Hofenmätzen" redigierte Blättchen eines Vorfalls, der sich in Hettstedt abgespielt hat und über den wir noch an anderer Stelle berichten. Die Verfehlungen des Bürgermeisters Gerike waren ein gefundenes Fressen für die Preßkosaken der Noske-Partei, die sie in der altbekannten Reichsverbandmanier ausschlachteten. Wir würden den Herrschaften raten, etwas vorsichtiger zu sein, sonst würden wir ihnen mal Werrn W. Schulz, Mitglied des preußischen Landtages und strammen Rechtssozialisten, den neuernannten Ernährungskommissar und Leiter der Provinzialbekleidungsstelle für Schleswig-Holstein in Kiel, vorführen. Dieser liebe Schulz hat nicht blos hin und wieder ein halbes Pfund Butter zum eigenen Gebrauch genommen, sondern hat das Schmalz gleich waggonweise verschoben und hat außerdem eine Liste Säckelchen auf dem Kerbholze, die auch bei den Lesern der Volksstimme gewiß das höchste Interesse erregen würden. Es liegt uns fern, solche Entgleisungen einzelner der rechtssozialistischen Partei an die Rockschöße zu hängen. Der Volksstimme liegt es aber durchaus nicht fern, uns für einen Mann verantwortlich zu machen, den unsere Genossen in gutem Glauben an seine Ehrlichkeit in einen Posten wählten und von dem jetzt bebauptet wird, er habe sowohl bei der U. S. P. als auch bei den Sozialpatrioten Beiträge bezahlt, um — nirgends die Fühlung zu verlieren!

Daß die Volksstimme die Unwahrheiten Heines über Leitungen unserer Partei im Rheinland, die für die Abtrennungsbestrebungen eingetreten sein sollen, weiterverbreitete, nimmt uns keinen Augenblick wunder. Wie der Herr, so's Gescherr! Die Volksstimme weiß natürlich, daß unsere Partei im besetzten Gebiet bisher nur in Köln eine Zeitung hatte, die mit der berüchtigten „Rheinischen Republik" des Herrn Baumann nichts zu tun hat! Sie weiß auch, daß die U. S. P. rückfichtslos jeden ausschließt, der sich an den Loslösungsbestrebungen beteiligt, wie O. H. Müller und J. Sweeis. Das verhindert sie aber nicht, offenkundige Lügen weitergutverbreiten. Jede Verleumdung, jede läppische Notiz, welche das Heilmann-Blättchen, die Parteikorrespondenz der Rechtssozialisten gegen die Unabhängigen losließ, nichts war dem Hallischen Organ dieser Partei schäbig genug um es seinen Lesern als lautere Wahrheit zu servieren. Wir müssen gestehen, daß man in einem Artikel gegen diesen Berg von Lügen, der in sechs Wochen aufgehäuft wurde, nicht ankämpfen kann. Es genügt aber auch diese Feststellung, denn glücklicherweise hat die Masse unserer Leserschaft auch in den Zeiten des Verbots uns nicht die Treue gebrochen, und die Volksstimme hat ganz gewiß keinen Gewinn aus dem Vorgehen ihres Genossen Noske gegen uns gehabt. Denn selbst diejenigen unserer Abonnenten, die während der Zeit des Verbots, um sich zu orientieren, ein anderes Blatt lasen, haben dann nicht das verächtliche Organ der Hallischen Minderheitssozialisten gewählt. Ein Hündchen hat sechs Wochen hindurch einen gefesselten Riesen angekläfft — das ist alles!

•

Auch die Justiz gegen das Volksblatt. — Ein Nachspiel zum Kilian-Prozeß. Genau sechs Wochen und einen Tag war das Volksblatt verboten, ein sicheres Zeichen, welcher hohen Wertschätzung es sich bei dem zeitungsfeindlichen General Maerder erfreut. Auch während der Verbotszeit widmete die allgemein bekannte Hallische Justiz dem unterdrückten Blatte ihre ganz besondere Aufmerksamkeit. So wurde der Lokalredakteur Genosse Kasparek von der durch den Kilian-Prozeß berühmt gewordenen Netzhandt-Kammer zu der Kleinigkeit von 1700 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er in zwei Aufsätzen den Untersuchungsrichter beleidigt haben soll. In den Artikeln wurde behauptet, der Prozeß gegen den Genossen Kilian, der damals schon über acht Monate in Untersuchungshaft saß, würde aus politischen Gründen absichtlich in die Länge gezogen. Die Untersuchungshaft sei nichts anderes als eine verkappte Schutzhaft, um einen unbequemen politischen Gegner möglichst lange unschädlich zu machen. Obwohl der Angeklagte nachwies, daß er zur fraglichen Zeit gar nicht in Halle war, wurde wegen Beleidigung auf die Höchststrafe von 1500 Mk. erkannt. Wegen angeblichen Abdrucks von Teilen aus der Anklageschrift wurde Genosse K. zu 200 Mk. verurteilt. — In einem zweiten Prozeß waren die geliebten Zeitfreiwilligen Noskes Gegenstand der Verhandlung. Deutschnationale Studenten fühlten sich beleidigt durch den Ausdruck „Freikorpsstudenten" und den Vorwurf, daß sie an der Aufstellung von Geiselisten mitgewirkt hätten. Das Schöffengericht erkannte auf Einstellung des Verfahrens. Auf die Berufung des Staatsanwalts wurde das Urteil des Volksgerichts aufgehoben und unser Genosse von den Berufsrichtern zu 500 Mk. Geldstrafe verurteilt. Gegen ein anderes Redaktionsmitglied sind nicht weniger als zehn Anklagen anhängig gemacht, die demnächst zur Erledigung kommen sollen.

Aufhebung von Zeitungsverboten.

Gualeich mit dem Volksblatt waren in unserm Bezirk fehlerzeit auch der Zeitzer Volksbote, die Merseburger Arbeiterzeitung und die Mansfelder Volkszeitung von General Märker verboten worden. Diese Verbote sind ebenfalls aufgehoben, und die Blätter in Zeitz und Merseburg können von heute ab wieder erscheinen, während die Mansfelder Volkszeitung noch keine Benachrichtigung erhalten hat. Auch unsere Bruderorgane haben die Verbotszeit ohne die Schädigungen durchgehalten, die mißgünstige Gegner erhofft haben. Die Arbeiterschaft in ihren Verbreitungsgebieten wird durch doppelte Agitation für die Presse der Unabhängigen Sozialdemokratie zeigen, das Gewaltmaßnahmen immer das Gegenteil von dem bewirken, was erreicht werden soll.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200302-17/fragment/page=0005

Kommunale Rückschau.

I.

In den Tagen unseres Verbotes sind in mehreren Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung Beschlüsse gefaßt worden, die teilweise so wichtig sind, daß wir nachträglich mit einigen Worten darüber berichten.

In der **Stadtverordnetensitzung vom 19. Januar** wurden 27 800 Mark für die Erweiterung des Säuglingsheims Emilienheim bewilligt. Zur Errichtung von Kleinwohnungen in der Magdeburger Straße 5 wurden 19 000 Mk. bereitgestellt. Für 20 Motorwagen und 40 Anhängewagen der Straßenbahn wurden 55 100 Mk. aus dem Erneuerungsfonds der Straßenbahn nachbewilligt. Ferner wurde die Uebernahme der Wurstküche in städtischen Betrieb und die Errichtung einer Schweinemästerei durch die Stadt beschlossen.

In der **Stadtverordnetenversammlung vom 26. Januar** wurde ein Antrag des Magistrats auf Erhöhung der Gaspreise angenommen, die sich auf 30 Pf. für den Kubikmeter beläuft. Gegen die Stimmen unserer Genossen wurden 1880 Mk. für die Herstellung des Turmes der Kirche St. Georgen aus Gemeindemitteln bewilligt. Für Instandsetzungsarbeiten in Bad Wittekind wurden 80 000 Mk. bewilligt. Ferner beschäftigte die Stadtverordneten eine Vorlage, von dem Flugplatzgelände, das die Stadt einst der Militärverwaltung überlassen hatte, jetzt aber auf ihr Drängen zurückerhielt, 163 Morgen lediglich in landwirtschaftliche Nutzung überzuführen. Der Magistrat beantragte, das Land dem Pächter des städtischen Gutes Seelen, von dem es seinerzeit abgetrennt worden war, gegen einen Pachtpreis von 40 Mk. für den Morgen im ersten Jahr und 70 Mk. in den folgenden Jahren zu überlassen. Genosse Otterburg trat diesem Antrag des Magistrats entgegen und wies nach, daß die Stadt Halle, wenn sie nur ein Fünftel ihres städtischen Grundbesitzes mit Kartoffeln bebauen würde, den siebenten Teil des Gesamtbedarfs ernten könne. Die Mehrheit der Stadtverordneten, darunter ein großer Teil der Demokraten, beschloß darauf, jene 163 Morgen in städtische Regie zu nehmen und Kartoffeln pflanzen zu lassen.

Die Stadtverordnetenmehrheit gegen Preßfreiheit.

Die bürgerlich-rechtssozialistische Mehrheit der Versammlung bewiesen sich in ihrer ganzen geistigen Größe bei einem Vorstoß unserer Genossen gegen die Unterdrückungsmaßnahmen. Unsere Fraktion hatte folgenden Antrag gestellt:

> Da durch die vom militärischen Befehlshaber verfügte Maßnahme betr. den Ausnahmezustand die Versammlungs- und Preßfreiheit erheblich beschränkt ist, wodurch vor allem den Arbeitern Schwierigkeiten erwachsen, ersucht die Versammlung den Magistrat, sofort Schritte zu tun, um diese Maßnahme rückgängig zu machen.

Genosse Bowitzki begründete den Antrag und wies ganz besonders darauf hin, wie unnötig und unbegründet der Belagerungszustand für Halle sei, da ja keinerlei Unruhen stattgefunden haben. Es ist ein Akt der Willkür, wenn man einseitig Blätter verbiete. Kein Bürgerlicher und kein Rechtssozialist tat den Mund auf. Stumm saßen sie da, die Recken für Freiheit und Demokratie, um ebenso stumm den selbstverständlichen Antrag niederzustimmen. Das heuchlerische Getue der Sozialpatrioten hat sich hier so deutlich enthüllt, daß eigentlich jeder Kommentar überflüssig ist. Sie waren und sind die Nutznießer des Belagerungszustandes!

Die **Stadtverordnetensitzung am Montag, den 9. Februar** brachte den Nachtrag zur Lustbarkeitssteuer, der gegen die Stimmen unserer Genossen, mit Hilfe der Sozialpatrioten, angenommen wurde. An Stelle des ausgeschiedenen Herrn Ziegler wurde Herr Rödiger als Stadtverordneter eingeführt. Es wurde auch sofort die Neuwahl des Schriftführers erledigt, die sich durch die Mandatsniederlegung des Herrn Ziegler nötig machte. Gewählt wurde Stadtv. Buffe (deutschnational). Die Aufwandsentschädigung für die unbesoldeten Stadträte wurde geregelt. Die Fraktion der U. S. P. hatte 300 Mk. für den Monat beantragt, und es wurde auch im Ausschuß anerkannt, daß die Tätigkeit der Stadträte bei der heutigen Zeit eine Entschädigung erfordere. Aber man hielt den Betrag von 300 Mk. für zu hoch, und einigte sich auf 200 Mk. So wurde auch beschlossen, während unsere Fraktion den ersten Antrag aufrechterhielt. Nach Erledigung kleinerer Vorlagen wurde dann die Frage der

Lustbarkeitssteuer

behandelt. Die Sportvereine hatten dagegen protestiert, daß man ihre Veranstaltungen als unter die Lustbarkeitssteuer fallend betrachten will. Auch die Kino-Interessenten und die Wirte protestierten gegen diese geplante Steuer. Stadtv. Borges begründete namens des Haushaltsausschusses den Nachtrag. Die neue Reichseinkommensteuer zwinge dazu, alle Steuerquellen, die für die Städte noch verfügbar sind, auszubauen. Andere Städte haben die Lustbarkeitssteuern in viel größerem Maße bereits eingeführt. Nach der Vorlage wird ein Unterschied gemacht zwischen Veranstaltungen mit reinem Vergnügungscharakter und solchen, die einen erzieherischen oder kulturellen Wert besitzen. Die billigen Plätze sollen weniger besteuert werden als die teuren. Auch wird in der Erhebung sowohl die Art der Karten- sowie die der Pauschalsteuer angewandt. Im ganzen hält sich die Steuer auf 40 bis 50 Prozent Erhöhung gegenüber den jetzigen Eintrittspreisen. Man glaubt, 3 Millionen jährlich aus der Steuer ziehen zu können. Der Referent beschäftigte sich dann mit den Protesten gegen die Erhöhung, die er als nicht sachhaltig bezeichnete, und erklärte die einzelnen Paragraphen des Nachtrags. Verschiedene Abänderungsanträge lagen vor, die fast alle von der Fraktion der U. S. P. gestellt sind. Der Redner der Fraktion, Genosse Bock, begann seine Ausführungen mit der Feststellung, daß der Beruf eines Finanzministers heute direkt lebensgefährlich geworden sei. Unsere Grundsätze — wir sind die einzige Partei, die noch Grundsätze hat — verbieten uns aber, diese Vorlage zu unterstützen. Indirekte Steuern belasten die große Masse, und da diese Masse es ist, die den Hauptteil der Besucher jener Veranstaltungen stellt, die von der Steuer getroffen werden, würde sie die Steuer schließlich tragen müssen. Wir sind zwar keineswegs Freunde der Tanzsäle und niederen Lustbarkeiten, aber erst eine neue Gesellschaftsordnung wird hier Aenderung schaffen. Wenn man durch die Steuer erzieherisch wirken will, so säumt man das Pferd beim Schwanze auf. Mit der Grundlage, mit der Erziehung, dem Schulwesen, muß begonnen werden, wenn man auf diesem Gebiete Erfolge haben will. Wir bemühen uns aber, immerhin die größten Schönheitsfehler aus der Vorlage zu entfernen. Die billigeren Plätze dürfen nicht belastet werden. Auch das Stadttheater muß steuerfrei bleiben, denn es soll eine Volkserziehungsstätte sein. Wenn das jetzt noch nicht in Erscheinung getreten ist, so liegt das nicht am Prinzip der städtischen Regie, sondern an der sittlichen Verwahrlosung unserer Zeit und an dem Theaterunwesen, der Skandale provoziert. Alle Vereine, die allein die Körperkultur zum Ziele haben, sollten ebenfalls von der Steuer befreit werden. Zum Schluß verlas Gen. Bock folgende grundsätzliche

Erklärung der U. S. P.

> „Die Haltung der Stadtverordnetenfraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie zur Lustbarkeitssteuervorlage wird bestimmt durch die grundsätzliche Gegnerschaft zum System der indirekten Besteuerung. Die Lustbarkeitssteuer ist unstreitig eine indirekte Steuer. Auch sie trifft in ihren Wirkungen, wie alle indirekten Steuern, relativ und absolut vornehmlich die breiten unbemittelten Volksschichten in weitestem Umfang und am härtesten. Da sie ferner die ernste Kunst, das Stadttheater, andere bildende Unterhaltungen, auch volkserziehende Körperkultur usw. nicht verschont, steht sie in diesen kulturhemmenden Wirkungen auch den Kulturforderungen der U. S. P. entgegen. Die billigen Einwände der Anhänger und Befürworter der indirekten Steuerform, daß infolge des durch den Krieg verursachten finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenbruchs des Deutschen Reiches eine stärkere indirekte Besteuerung der Bevölkerung auch in den Gemeinden nicht mehr zu umgehen sei, kann die Unabhängige Sozialdemokratie allein mit der Tatsache abtun, daß sie wie an allen anderen, so auch an diesen Folgen des verbrecherischen Krieges nicht den geringsten Schuldanteil hat. In diesem Bewußtsein und in der Erkenntnis, daß nur die Verwirklichung des Sozialismus die einzige und sichere Gewähr auch für die Gesundung des zerrütteten staatlichen und kommunalen Finanzwesens bietet, lehnt daher die Stadtverordnetenfraktion der U. S. P. als grundsätzliche Gegnerin jeder indirekten Steuer, auch die vorliegende Lustbarkeitssteuervorlage des Magistrats ab."

In der Debatte hielt Herr Kleeis eine Uebungsrede für seinen neuen Bürgermeisterposten und tat so, als ob er humoristisch ausgedrückt sei. Er behauptete, die Lustbarkeitssteuer sei in landläufigem Sinne keine indirekte Steuer, oder höchstens wie die Hundesteuer, weil der Hund selbst doch keine Steuern zahlt, sondern sein Herr! Die Anträge der Unabhängigen seien nur aus agitatorischen Gründen gestellt. (Zurufe: Wir haben ja gar kein Blatt!) Die Unabhängigen könnten auch nur mit Wasser kochen, wo sie die Mehrheit hätten. Wenn früher die Sozialdemokratie solche Steuern abgelehnt hätte, so müsse man sagen: „Die vom Irrtum zur Wahrheit reisen, das sind die Weisen — Die im Irrtum beharren, das sind die Narren." Bravo, Herr Kleeis! Das ist das Glaubensbekenntnis eines Abtrünnigen!

Nach der Einzelabstimmung wurde die gesamte Vorlage gegen die Stimmen der U. S. P.-Fraktion angenommen. Damit ist beschlossen, daß nicht nur alle Lustbarkeiten, Kinos, Theater, sondern auch Wettrennen, Wettrudern, Wettfahren, Wettfliegen und sonstige sportliche Veranstaltungen gegen Eintrittsgeld auf Grund gewerbs- oder berufsmäßiger Tätigkeit der Steuer unterliegen.

Ferner wurde in dieser Sitzung beschlossen, die Bergschenke als Flüchtlings-Massenquartier herzurichten.

Die Hallischen Gewerkschaften zu den Betriebsrätewahlen.

Im Volkspark tagte am vergangenen Donnerstag eine vom Gewerkschaftsrat einberufene Versammlung, in welcher zu den durch die Annahme des famosen Betriebsrätegesetzes notwendigen Wahlen Stellung genommen wurde. Genosse Franz Peters besprach in längeren Ausführungen die vielen, vielen Mängel, die dem Gesetz anhaften und ihm einen ausgesprochen arbeiterfeindlichen Charakter geben. Die Rechtssozialisten wollen von einem Klassenkampfe nichts mehr wissen, sie wollen deshalb auch alle außerparlamentarischen Kämpfe durch Gesetze unmöglich machen. Man brauche sich über den Charakter dieses Gesetzes, das den genannten Zwecken dienen solle, nicht hinwegzutäuschen, aber es bedeute seiner Meinung nach doch einen Kampfboden, auf dem die Arbeiterschaft revolutionär wirken könne. Es biete sich die Möglichkeit, praktisch zu organisieren, bekanntlich die schwerste Aufgabe, die zu erfüllen sei. Durch den Kampf, den die Betriebsräte um ihr Mitbestimmungsrecht zu führen haben werden, haben die Arbeiter vielerlei Gelegenheiten, sich Kenntnisse zu erwerben, sich zu schulen; ferner würde es möglich sein, dem Gesetz die Giftzähne auszubrechen. Genosse Peters empfahl deshalb Beteiligung an den Wahlen, wodurch den Rechtssozialisten die Quittung für ihr arbeiterfeindliches Betragen erteilt werden könne.

In der Aussprache vertrat Genosse Bowitzky den Standpunkt, daß man mit dem Gesetz nichts erreichen könne, was für die Arbeiterschaft nützlich sei. Er habe die Ueberzeugung, daß damit kein Schritt weiter auf dem Wege zur Sozialisierung getan würde. Er sprach nicht nur für, aber auch nicht gegen die Wahlbeteiligung aus. — Genosse Jenck wandte sich unter schärfster Kritik der einzelnen Gesetzesbestimmungen und einigen persönlichen Seitenhieben gegen führende Parteigenossen mit Entschiedenheit gegen die Beteiligung an der Wahl. — Außer einem dem Namen nach unbekannten Redner sprach sich Genosse Winkler in überzeugender Weise dahin aus, daß es höchste Zeit sei, in die Betriebsräte hineinzugehen, wodurch sich die Arbeiter die jetzt noch fehlende praktische Erfahrung aneignen könnten. Nach einem längeren Schlußwort des Referenten gelangte unter allgemeiner Teilnahmslosigkeit folgende Resolution zur Annahme:

> „Die am 26. Februar im Volkspark tagende Versammlung der Hallischen Gewerkschaftsgenossen ist der Auffassung, daß durch das von der Nationalversammlung angenommene Betriebsrätegesetz die revolutionären Forderungen der Arbeiterklasse nicht erfüllt worden sind. Das Betriebsrätegesetz ist ein Versuch, das kapitalistische Wirtschaftssystem vor dem um seine wirtschaftliche Befreiung kämpfenden Proletariat zu schützen. Da nach der programmatischen Erklärung des Leipziger Parteitags sich das revolutionäre Proletariat aber aller politischen, parlamentarischen und wirtschaftlichen Kampfmittel bedienen muß, zu denen auch die von der Nationalversammlung beschlossenen Betriebsräte gehören, beschließt die Versammlung die Teilnahme an den Betriebsratswahlen. Die Betriebsräte müssen von unseren Genossen zu Werkzeugen der revolutionären Rätesystems und zur Schulung der Arbeiterklasse für die Diktatur des Proletariats benutzt werden."

Das Urteil im Ferchlandtprozeß — 5 Jahre Gefängnis.

Während der Zeit der Unterdrückung unseres Blattes ist auch der Prozeß gegen den Genossen Ferchlandt, den Militärbevollmächtigten des Soldatenrates, zu Ende geführt worden. Die Verhandlungen erdeten mit der Verurteilung des Genossen Ferchlandt zu fünf Jahren Gefängnis. Nach der kurze Zeit vorher erfolgten Verurteilung des Genossen Kilian zu drei Jahren Gefängnis konnte auch dieses Schreckensurteil nicht mehr überraschen, zumal die Paragraphen des alten Militärstrafgesetzbuches in Anwendung kamen. Der Ankläger, Kriegsgerichtsrat Wolff, war bei einer Addition der beantragten Einzelstrafen auf eine Gesamtstrafe von 22 Jahren und 7 Monaten Gefängnis gekommen. Das Gericht hatte wegen der nachstehend genannten Straftaten die folgenden Einzelstrafen ausgeworfen: Mißbrauch der Dienstgewalt — zwei Monate Gefängnis, Bewaffnung und Bekörtigung von Zivilisten auf des Militärfiskus — zwei Monate, Aufwiegelung Untergebener, Anhalten von Transportzügen, Anlegen von Waffenlagern — drei Jahre, Sammlung von Waffen und Gefährdung der öffentlichen Sicherheit — zwei Jahre, „Verpflegung" der Soldatenzeitung und Vernichtung von Flugblättern — sechs Monate, Freiheitsberaubung durch Verhaftung des Grafen Westarp — acht Monate, Verhaftung des Stipsels Hartung — drei Monate, schwerer Angebersünde und Bildung bewaffneter Haufen — neun Monate, und Verabsäumung der ihm obliegenden Beaufsichtigung Untergebener — drei Monate Gefängnis. Alle diese Strafen wurden zu einer Gesamtstrafe von fünf Jahren zusammengezogen. In der Begründung des Urteils wurde u. a. ausgeführt, daß das Strafgesetz durch die Revolution nicht aufgehoben sei. Ferchlandt habe darum die Pflicht gehabt, als Träger der Kommandogewalt die Gewalt im militärischen Regeln entsprechend und auf Grund der bestehenden Gesetze zu verwenden. Wie unsere Leser aus dem Verhandlungsbericht wissen, hatte Genosse Ferchlandt — ebenso wie Kilian — die ihm zur Last gelegten Handlungen als Militärbevollmächtigter des Hallischen Soldatenrates vorgenommen. Für die der Revolution geleisteten Dienste schickt man ihn nun, ein Jahr nach der Revolution, auf ein halbes Jahrzehnt ins Gefängnis.

---

* **Sozialistische Proletariertugend.** Unsere sämtlichen Veranstaltungen finden weiter wie bisher im Volkspark statt. Heute abend Handarbeits- und Diskussionsabend.

* **Zur Lohnbewegung im Handels- und Transportgewerbe.** Nachdem bereits zwischen dem Arbeitgeberverband für das Handels- und Transportgewerbe für Halle und Umgegend einerseits und dem Deutschen Transportarbeiterverband, Zahlstelle Halle, andererseits eine Einigung über die neuen Lohnsätze erzielt worden war, ist nun auch der sogenannte Manteltarifvertrag fertiggestellt. Letzterer läuft bis Ende dieses Jahres, während die Gruppenlohntarife unkündbar bis 31. März abgeschlossen worden sind. Manteltarifvertrag und Lohntarife gelten ab 1. Februar. Neben den in den Lohntarifen festgesetzten Mindestlöhnen werden noch rückwirkend ab 1. Januar d. J. besondere Teuerungszulagen gewährt. Diese betragen für alle Arbeitnehmer pro Mon. und Woche 2 Mk. Für Verheiratete wird außerdem noch für Frau und Kinder bis zum 15. Lebensjahre ebenfalls je 2 Mk. gezahlt. Witwen erhalten für ihre Kinder das gleiche, ebenso verheiratete Arbeitnehmerinnen, deren Männer dauernd erwerbsunfähig sind.

* **Die Preissteigerung im Eisenbahnverkehr.** Vom 1. März 1920 sind die Personenfahrpreise (einschließlich der Preise für Zeitkarten aller Art und Hundekarten), sowie die Gepäck-, Leichen- und Expreßgutfrachten um 100 Prozent erhöht worden. Die Verdoppelung des Preises betrifft auch die Bahnsteigkarten, die künftig 40 Pf. kosten, und die Gebühr für Hinterlegung von Handgepäck, die künftig 60 Pf. für die beiden ersten Tage und 60 Pf. für jeden folgenden Tag beträgt. Die Reise (bei Doppelkarten und Rückfahrkarten auch die Rückreise) muß in allen Fällen am ersten Geltungstag angetreten werden.

* **Neue Linienführung der Straßenbahnlinie 8.** In der Führung der Krollwitzer Linie 8 ist von gestern ab in sofern eine Aenderung eingetreten, als jeder zweite Wagen vom Mühlweg durch die große Ulrichstraße über den Markt nach dem Hauptbahnhof und zurück fährt. Diese Wagen tragen die Bezeichnung 8 A. Die neue Linienführung soll nicht nur eine direkte Verbindung von Krollwitz mit dem Zentrum der Stadt herstellen, sondern es soll dadurch in erster Linie für den starken Verkehr vom Markt zur unteren Leipziger Straße Erleichterungen geschaffen werden. Auf diese Weise hat nun die Strecke Wernburger Straße — Geiststraße — Gr. Ulrichstraße — Markt — Leipziger Straße 3-Minuten-Verkehr. Dagegen verkehren in der Friedrichtstraße Wagen nur alle 12 Minuten. Die eingleisigen Strecken der Linie 8 zwischen Theater und Hauptpost und in der Burgstraße zwischen Mühlweg und Volkspark sind durch Lichtsignalanlagen gesichert, so daß die Führer künftig sofort wissen, wenn sie an eingleisige Stellen gelangen, ob die Strecke frei ist oder nicht. Das Warten kommt dadurch künftig in Wegfall.

* **Eröffnung des Kurhauses in Bad Wittekind.** Wie bekannt, wurde auf Antrag unserer Genossen die Bewirtschaftung des Kurhauses in Bad Wittekind in städtische Regie übernommen. Am Sonnabend hatte nun die Direktion des Zoologischen Gartens und des Bades Wittekind zur Eröffnungsfeier des neu hergerichteten Kurhauses Vertreter der Stadtverwaltung, Stadträte, Stadtverordnete, Künstler und Vertreter der Presse geladen. Die Darbietungen hatten den Zweck, den Gästen zu zeigen, wozu die geschmackvoll hergerichteten Räume und die Bühne benutzt werden können. Nach Besichtigung der Räume hielt Herr Direktor Dr. Kriesche einen Vortrag mit Lichtbildern über den Zoologischen Garten, der in Zukunft in erster Linie zu Schulzwecken verwendet werden könnte. Darauf spielte die dreizehnjährige Marianne Subaue, eine Schülerin des Hendrischschen Konservatoriums, am Flügel einige Stücke von Schubert und Chopin und erntete für ihr meisterhaftes Spiel großen Beifall. Der Verein für Leibesübungen führte plastische Bilder vor. Bettina Schmidt, die Lehrerin der Damenabteilung, tanzte in guter Ausführung einen Straußwalzer. Abgeschlossen wurden die Darbietungen durch Freiübungen, welche von der Turnerinnenabteilung und vom Turner Fink vorgeführt wurden. Sämtliche Darbietungen wurden mit reichem Beifall aufgenommen.

* **Im Provinzialmuseum am Wettiner Platz** finden folgende Veranstaltungen statt: Mittwoch, den 3. März, 11 Uhr vormittags, eine Führung; 8 Uhr abends im Hörsaal des Museums (Eingang Richard-Wagner-Straße) ein Vortrag: Kultstätten. Sonntag, den 7. März, 11 Uhr vormittags, im Lichtbofe des Museums Vortrag von Professor Dr. Hahne: Frühlingsspiele. Sämtliche Veranstaltungen sind öffentlich bei freiem Eintritt.

* **Erneute Verteuerung der Braunkohlen.** Wolffs Bureau meldete vor einigen Tagen aus Berlin: „Mit Rücksicht auf die namhaften Lohnerhöhungen in den mitteldeutschen und ostelbischen Braunkohlenrevieren hat der Reichskohlenverband folgende Preiserhöhungen bewilligt: Für Briketts und Preßsteine 45 Mk., für Rohkohle 15 Mk., Siebkohle 16,50 Mk., Stückkohle 18 Mk. und Grubekohle 60 Mk. die Tonne mit Wirkung vom 1. März, ohne Steuer." — Es ist richtig, daß die nicht unerheblichen Lohnsteigerungen im Bergbau auf die Steigerung der Preise eingewirkt haben. Aber die Steigerung der Preise für Kohle wäre nicht in dem Maße nötig, wenn nicht neben den Gestehungskosten auch noch hohe Gewinne für die Zechenbesitzer herausgeholt werden sollten. Die Begründung der Regierung für die neue Preissteigerung ist demnach eine tendenziöse, eine gegen die Arbeiter gerichtete. Objektiv richtiger wäre noch gewesen zu sagen: Mit Rücksicht auf die Gewinne der Zechenbesitzer . . . .

* **Zur Erlangung von Entwürfen zu einem Bebauungsplan** für das Gelände zwischen Wilder Saale, Falstraße und Heideweg in Halle wird neben einigen besonders zur Beteiligung eingeladenen Hallischen Architekten unter den in Halle, dem Saalkreis und Kreis Merseburg ortsansässigen Architekten ein öffentlicher Wettbewerb ausgeschrieben. An Preisen sollen verteilt werden: ein erster Preis von 3000 Mark, ein zweiter Preis von 2000 Mark, zwei dritte Preise von je 1000 Mark. Zeitpunkt der Einlieferung: 29. Mai 1920. Die Wettbewerbsunterlagen können vom städtischen Hochbauamt, Rathausstraße 6, Zimmer 106, gegen eine Gebühr von 10 Mk. bezogen werden. Der Betrag wird zurückgezahlt, wenn der Bewerber einen Entwurf rechtzeitig einreicht, oder die Unterlagen unverhalb einer Woche zurücksendet.

* **Vereinigte Lichtspiele.** So betitelt sich die neue Firma, welche einige der kleinen Theater zu verbessern bestrebt ist. Man kann wohl sagen, daß zum Teil bereits Besserungen eingetreten sind. Insbesondere sind die Germania-Lichtspiele, Trotzstraße 23, schmuck hergerichtet und erfreuen sich auch eines guten Besuches. Nicht zum wenigsten ist natürlich das Bestreben, wirklich gute Filmkost zu bringen, mit der Grund, den Zuspruch zu heben.

* **Steuerstreit der Tänzer.** Man schreibt uns: Eine am Sonntag tagende Vollversammlung der Delegierten des Verbandes der Geselligkeits- und Vergnügungsvereine zu Halle und Umgegend faßte mit 192 gegen 6 Stimmen den Beschluß, auf Grund der neuen Vergnügungssteuer die Abhaltung von Tanzlustbarkeiten, sowie den Besuch von dergleichen Veranstaltungen, bis auf weiteres einzustellen. Es scheint also, als ob die Steuerrechnung des Magistrats schon ein gehöriges Loch bekommt, bevor die Steuer selbst in Kraft getreten ist.

* **Stadttheater.** Heute, Dienstag, abends 7 Uhr wird Sudermanns Schauspiel Heimat gegeben. Infolge andauernder Erkrankung von Marbja von Falken muß die für morgen, Mittwoch, angesetzte Vorstellung Isebill nochmals verlegt werden, dafür gelangt die Oper Carmen zur Aufführung. Donnerstag Königskinder, Freitag Der Freischütz, Sonnabend geht Shakespeares Lustspiel Der Widerspenstigen Zähmung in Szene. Sonntag nachmittag Volksvorstellung Don Carlos, 2. Teil, Sonntag abend Figaros Hochzeit.

Ammendorf. Kursus über Parteigeschichte. Im Auftrage des Ortskartells wird seit vorigem Mittwoch ein Kursus über die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im Talschlößchen in Radewell abgehalten. Es sind vier Abende für den Kursus vorgesehen. Der erste Abend bewies durch den starken Besuch, welch Interesse für dieses Thema unter den Genossen herrscht. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Hörer des Kursus am nächsten Mittwoch pünktlich um ½8 Uhr erscheinen müssen, damit der Vortragende Zeit genug hat, um in den zwei kurzen Stunden den Stoff bewältigen zu können.

Wettin. Stadtverordnetensitzung. Für die Anschaffung eines elektrischen Motors für das Wasserwerk wurden 25 000 Mark bewilligt. Die für die Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen in der W. Ztg. bisher gezahlte Entschädigung wurde von 100 Mk. auf 400 Mk. erhöht. Die monatlich von der Stadt an die Krankenschwester gezahlte Teuerungsbeihilfe wurde auf 50 Mk. festgesetzt. Auch erfuhren die Bezüge der Brückenwärter eine Erhöhung auf 100 Mk. bzw. 55 Mk. wöchentlich. Um den im April heranretretenden Verpflichtungen nachkommen zu können, hat der Magistrat beschlossen, ein fünftes Steuervierteljahr einzuziehen. Es sollen 190 Prozent zur Einkommen- und 220 Prozent zur Grund-, Gebäude- und Erwerbssteuer erhoben werden.

Briefkasten.

A. Sch. Wenn kein Wucher mit der Seife getrieben worden ist, wird Ihnen dieselbe anstandslos zurückgegeben. Andernfalls erfolgt Beschlagnahme.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200302-17/fragment/page=0006

Amtliche Bekanntmachungen.

Halle.

Städtischer Verkauf von weißen Bohnen mit Fett in Dosen

in der Talamtschule, am Mittwoch, den 3. März. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 37001 bis 44000, vormittags von 8—12 Uhr, und die Inhaber der Nummern 44001—53000, nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines kann für jede Person eines Haushaltes eine Dose weiße Bohnen mit Fett, zum Preise von 3 Mk. für die Dose, abgegeben werden. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Städtischer Verkauf von Milchsüßspeise und Puddingpulver

in der Talamtschule, am Mittwoch, den 3. März. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 37001 bis 44000, vormittags von 8—12 Uhr, und die Inhaber der Nummern 44001—53000, nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes wird ein Paket Milchsüßspeise zum Preise von 55 Pf. oder ein Paket Puddingpulver zum Preise von 30 Pf abgegeben. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden aufgefordert, die **Teigwaren (Nudeln)** bei dem Fabrikanten Keil, Bernhardstraße 20, in den Vormittagsstunden von 8—12 Uhr und nachmittags von 2—4 Uhr abzuholen. Die Abgabe erfolgt an die Kleinhändler mit den Anfangsbuchstaben A—F am Montag, den 1. März, G—K am Dienstag, den 2. März, L—R am Mittwoch, den 3. März, S—Z am Donnerstag, den 4. März 1920. Die Kleinhändler sind verpflichtet, bei der Abgabe den Bestand an Waren und die Anzahl der von ihnen mit Teigwaren zu versorgenden Personen anzugeben.

Auf Grund der Bekanntmachung vom 24. 4. 19 betr. die Kohlenversorgung für den Stadtkreis Halle für die Zeit vom 1. 5. 19 bis 30. 4. 20 wird folgendes bestimmt: 1. Während des Monats März 1920 gelten beim Einkauf kleinerer Kohlenmengen von der braunen Kohlenkarte. 3. Ausgabe, Nr. 9. von der grauen Kohlenkarte. 5. Ausgabe, Nr. 7-8, von der grünen Kohlenkarte. 6. Ausgabe, Nr. 8-9 als vorzugsberechtigt. Die Kleinhändler sind verpflichtet, an ihre Kunden auf jede dieser Nummern ½ Zentner Briketts ohne Rücksicht auf die Versorgung anderer Verbraucher abzugeben, brauchen aber nicht mehr als ½ Zentner auf einmal abzugeben. 2. Die Kleinverbraucher sind verpflichtet, ihren Bedarf bei demjenigen Kleinhändler zu decken, bei dem sie als Kunden angemeldet sind. Die vorzugsweise Abgabe von Briketts auf die noch nicht freigegebenen Nummern ist verboten. 3. Jeder Ankauf oder Verkauf von Kohlen ohne Marken oder Bezugsscheine ist verboten. Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung werden mit den im § 29 der eingangs erwähnten Verordnung festgesetzten Strafen belegt.

Halle, den 28. Februar 1920.

Der Magistrat. Ortskohlenstelle.

Ausschreibung.

Auf dem städtischen Steinlagerplatz an der Freiimfelder Straße lagernde alte Eisenteile (Gesamtgewicht etwa 10000 Kilogramm) und auf dem städtischen Viehhof lagernde alte Eisenbahnschienen sollen an den Meistbietenden verkauft werden. Angebote sind bis Sonnabend, den 6. März, vormittags 10 Uhr, im Magistratsbureau I, Zimmer Nr. 23, des Waagegebäudes einzureichen, woselbst die Verkaufsbedingungen entnommen werden können.

Halle a. S., den 27. Februar 1920.

Städtisches Tiefbauamt.

Nach Mitteilung des Herrn Ersten Amtsanwalts sind bestraft worden: 1. Die Witwe Berta **Reichardt** geb. Hirsch wegen Höchstpreisüberschreitung mit 900 Mk. und einer Gefängnisstrafe von 2 Wochen. 2. Der Gemüsehändler Emil Eckstein wegen Schleichhandels mit 1000 Mark und einer Gefängnisstrafe von 2 Wochen. 3. Der Geschäftsführer Johannes Heinzdorf wegen Höchstpreisüberschreitung mit 150 Mk. 4. **Der Handelsmann** Johann Bickelmann wegen Schleichhandels mit 250 Mark. 5. Der Kaufmann Edmund Völkße wegen Schleichhandels mit 150 Mk. 6. Der Kaufmann Otto Pitschke wegen Höchstpreisüberschreitung mit 150 Mk. 7. Die Händlerin Anna Ebermann wegen Höchstpreisüberschreitung mit 150 Mark. 8. Der Fleischermeister Edmund Fuchs wegen Geheimschlachtung und Höchstpreisüberschreitung mit 500 Mk. 9. Der Fleischermeister August Hofmann wegen Schleichhandels mit 1000 Mk. 10. Der Kaufmann Paul Orth wegen Schleichhandels mit 250 Mk. 11. Die Ehefrau Else Opitz wegen Schleichhandels mit 250 Mk. 12. **Der** Schachtmeister Friedrich Krebs wegen Schleichhandels mit 1000 Mk. und einer Gefängnisstrafe von 4 Wochen. 13. Der Handelsmann Oswald Göltzner wegen Preistreiberei mit 800 Mk.

Halle, den 21. Februar 1920.

Die Polizeiverwaltung.

Städtische Handels- und Gewerbeschule für Mädchen, Klausterstraße 9.

Die Schule nimmt für folgende Abteilungen zum Sommerhalbjahr noch Schülerinnen auf:

1. **Handelsschule.** a) Höhere Handelsschule. b) Oeffentliche Handelsschule mit 2 Fremdsprachen. c) Oeffentliche Handelsschule mit 1 Fremdsprache.
2. **Gewerbeschule.** a) Einfache Handarbeit. b) Maschinen- und Wäschenähen. c) Schneidern (Abendkurse) d) Putz. e) Kunsthandarbeit. f) Zeichnen und Malen. g) Allgemeinbildende Fächer (Literatur, Deutsch, Rechnen, Erd-, Bürger- und Lebenskunde, Französisch, Englisch, Stillehre).
3. **Haushaltungsschule.** Tages- und Abendlehrgänge.
4. **Vorseminare.** a) Handarbeitslehrerinnenseminar. b) Wissenschaftliches Vorseminar.
5. **Seminare.** Handarbeitslehrerinnenseminar.

Beginn des Sommerhalbjahrs 13. April. Anmeldungen nimmt die Vorsteherin täglich von 10—11 Uhr entgegen Die Handarbeitslehrerinnenseminare dürfen wieder eröffnet werden. Das Seminar an der Städt. Handels- und Gewerbeschule für Mädchen wird am 13. April mit neuem Lehrgang beginnen. Die seit 1916 geschlossene Haushaltungsschule wird am 18. April d. J. wieder eröffnet. Es wird nur eine beschränkte Anzahl von Schülerinnen aufgenommen. Um berufstätigen Mädchen Gelegenheit zur Erlangung wirtschaftlicher Kenntnisse zu geben, werden Abendkurse eingerichtet, wo Unterweisung in Säuglingspflege, häuslicher Krankenpflege, Säuglings- und Krankennahrung, Waschen, Plätten und Haushaltungsarbeiten erteilt wird.

Saalkreis.

Bekanntmachung.

An die Imker!

Infolge der überaus schlechten Lage der Zuckerversorgung kann jetzt noch keine Gewähr dafür übernommen werden, daß das Reich auch in diesem Jahre wieder Zucker zur Fütterung der überwinterten Bienenvölker zur Verfügung stellt. Es sind aber alle Schritte getan, um es trotz der zeitigen Notlage zu ermöglichen, daß den Imkern wieder Zucker, wenn auch nicht im bisherigen Umfange, zur Verfügung gestellt wird. Die Erwägungen über die etwa zu verteilende Menge werden erst in den nächsten Tagen zum Abschluß gelangen. Doch dürfen die Hoffnungen nicht zu hoch geschraubt werden. Es wird keinesfalls viel Zucker geben, dafür wird aber von der Verpflichtung zur Abgabe von Honig Abstand genommen werden. Die Ausgabe des Frühjahrszuckers auf Grund der vorjährigen Ortslisten hat zu großen Mißhelligkeiten geführt. Neue Ortslisten müssen zugrunde gelegt und deshalb mit größter Beschleunigung aufgestellt werden, damit zu gegebener Zeit mit der Verteilung des Zuckers sofort begonnen werden kann. Zu diesem Zwecke hat sich jeder Imker, der Bienenzucker zu erhalten wünscht, sofort in die Ortsliste, die vom 5. bis 15. März bei der Gemeindebehörde offen liegt, einzutragen. Die Eintragungen werden zum Zwecke der Ausstellung der zollamtlichen Berechtigungsscheine nachgeprüft werden. Verspätete Anmeldungen können keinesfalls berücksichtigt werden. Eine Fristverlängerung kann nicht eintreten. Die Verteilung des Bienenzuckers erfolgt durch den bienenwirtschaftlichen Provinzialverband bzw. durch die örtlichen Imkervereine, auch für die Imker, die nicht Mitglieder dieser Organisation sind. Die auf das Volk entfallende Zuckermenge wird noch besonders bekanntgegeben werden.

Halle, den 26. Februar 1920.

Der Landrat des Saalkreises.

In Vertretung: Haase. Rechnungsrat.

Bitterfeld.

Elternbeiratswahl der Volksknabenschule Bitterfeld.

Nachfolgende Listen sind beim Unterzeichneten ordnungsmäßig eingegangen: Liste Hagemeister, Liste Lebbin und Liste Wolf. Dieselben hängen zu jedermanns Einsicht vom heutigen Tage an im Rathaus aus. Die Wahlen finden statt am Sonntag, den 7. März 1920, in den Räumen der Turnhalle, Weststraße. Wahlzeit von morgens 9 bis mittags 6 Uhr.

Bitterfeld, den 28. Februar 1920.

Der Wahlvorstand. J. V.: Lebbin.

Neben den Kinderschuhen haben wir jetzt auch Damenschuhe in den Größen 36 bis 42 beziehen können. Die Damenschuhe gelangen vom Montag, den 1. März d. J., zum Verkauf. Der Verkauf dieser Schuhe geschieht nur im Rathause, 1. Stockwerk, Zimmer Nr. 11, in der Zeit von 3 bis 6 Uhr nachmittags. Die Abgabe erfolgt nur gegen Bedürftigkeitsschein, der im Zimmer Nr. 8 vormittags von 8 bis 10 Uhr ausgestellt wird.

Bitterfeld, den 25. Februar 1920.

Der Magistrat. Stammer.

Eltern-Beiratswahl der Knaben-Volksschule zu Bitterfeld.

Die eingegangenen Listen weisen die folgenden Namen auf:

1. Liste: Hagemeister.

1. Hagemeister, Kreisassistent.
2. Roederer, Apotheker.
3. Jacobasch, Lehrer.
4. Meyenberg, Herbergsvater.
5. Caspar, Schriftsetzer.
6. Hermann, Ehefrau.
7. Biesing, Malermeister.
8. Megel, Eichmeister.
9. Dreyer, Fabrikbesitzer.
10. Schröder, Dr., Fabrikbesitzer.
11. Miethveiß, Ehefrau.
12. Matt, Heizer.
13. Vieweg, Buchbindermeister.
14. Büchel, Roßschlächter.
15. Sernau, Fleischermeister.
16. Pestmiß, Mineralwasser-Fabrikant.
17. Roske, Lokomotivführer.
18. Herold, Bahnhofswirt. *4751
19. Jacob, Bäckermeister.
20. Jänkel, Bäckermeister.
21. Lorenz, Schaffner.
22. Zichau, Kaufmann.
23. Mühlbordt, Schlossermeister.
24. Kaiser, Kanzlist.
25. Bettac, Kriminalwachtmeister.
26. Pitz, Wume.

2. Liste: Lebbin.

1. Lebbin, Gewerkschaftsbeamter.
2. Baumann, Angestellter.
3. Lehmann, Lademeister.
4. Prüfe, Postschaffner.
5. Griethe, Arbeiterrat.
6. Mosch, Metallarbeiter.
7. Lebbin, Ehefrau.
8. Günther, Postschaffner.
9. Trähne, Gewerkschaftsbeamter.
10. Günther, Ehefrau.
11. Wagner, Installateur.
12. Schwabe, Dreher.
13. Klauß, Postschaffner.
14. Andrae, Schlosser.
15. Hansigk, Postschaffner.
16. Klauß, Ehefrau.
17. Stegmann, Heizer.
18. Trähne, Ehefrau.
19. Kramer, Postschaffner.
20. Stegmann, Ehefrau.
21. Blanz, Ehefrau.
22. Prüfe, Ehefrau.
23. Andrae, Ehefrau.
24. Kramer, Ehefrau.
25. Schwabe, Ehefrau.

3. Liste: Wolf.

1. Wolf, Former.
2. Dörina, Ehefrau.
3. Herzen, Klempnermeister.
4. Mauß, Arbeiter.
5. Alex, Ehefrau.
6. Thalheim, Tischler.
7. Richter, Schmied.
8. Bähler, Arbeiter.
9. Schneider, Ehefrau.
10. Berger, Arbeiter.
11. Reichlein, Maurer.
12. Lysert, Schaltwärter.
13. Schiffel, Metallist.
14. Rannich, Arbeiter.
15. Ihme, Arbeiter.
16. Thäle, Arbeiter.
17. Richter, Ehefrau.
18. Polk, Arbeiter.
19. Sachse, Arbeiter.
20. Hauk, Ehefrau.
21. Sturm, Ofensetzer.
22. Weinert, Arbeiter.
23. Letz, Arbeiter.
24. Roske, Ehefrau.
25. Schneider, Arbeiter.

Bitterfeld, 1. März 1920.

Der Wahlvorstand. J. V.: E. Lebbin.

Für den Standesamtsbezirk Pößigk ist an Stelle des Gutsbesitzers Thärmann in Repau der Lehrer Paul Wiebach in Repau zum Standesbeamten bestellt worden.

Merseburg, den 16. Februar 1920.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

Eine ordentliche Sitzung des Ausschusses der allgemeinen Ortskrankenkasse für den Mansfelder-Gebirgskreis habe ich auf

Donnerstag, den 11. März 1920, nachmittags 5 Uhr,

im Hotel Kaiserhof in Hettstedt anberaumt.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß unbeschadet der Vorladung der erschienenen Herren Ausschußmitglieder Beschluß gefaßt werden kann.

Tagesordnung:

1. Abnahme der Jahresrechnung für 1918.
2. Festsetzung des Voranschlages für 1920.

Die Herren Mitglieder des Ausschusses und des Vorstandes lade ich zu dieser Sitzung ergebenst ein.

Mansfeld, den 25. Februar 1920. *4750

Der Vorsitzende des Vorstandes der allgemeinen Ortskrankenkasse für den Mansfelder-Gebirgskreis. Ured.

Vorwärts, Handwerker, kommt man nur durch große Kenntnisse und großes Können. Ich liefere hierzu bewährte Fachbücher, illustrierte Schriften rel. Berufsarbeiten. Gratis-Prospekt. Viele Anerkennungen. **Carl Hermann Ludwig, Breslau 23 Jlo** *4744

VEREINIGTE LICHTSPIELE

Prinzess Schmeerstrasse 5. — Ab Dienstag, den 2. März: **Ria Witt** in **Die Ehe aus Hass.** **Kurt Vespermann** in **Einen Augenblick, gleich fertig.** Lustspiel. **Hansis Liebessportler.** Humor.

Volks-Lichtspiele Geiststrasse 5. — Ab Dienstag, den 2. März: **Wild-West-Schlager** **Die Banditen der Prärie.** 8742 **Der Diamant des Todes.** Drama in 5 Akten.

Germania Triftstrasse 22. — Ab Dienstag, den 2. März: **Stuart Webbs** **Ernst Reicher** in **Die Schuld des Andern.** **Die Sängerin.** Schauspiel. **Wie werde ich mein Geld los!** Lustspiel.

Orpheum Steinweg 12. — Ab Dienstag, den 2. März: **Der Sonnenwendhof.** Nach dem gleichnamigen Roman. 6 Akte. **Hugo Flink** in **Fräulein Barbier.** Lustspiel. **Charlie in Indien.** Humor.

Wir modernisieren Ihren alten Sommerhut!

Umpressen — Umnähen — Umfärben nach den neuesten Modelformen. Waschen — Bleichen — Umpressen von Panamahüten.

Garnieren noch guter Formen nach der letzten Mode!

Wir bitten um baldige Uebersendung.

Alex Michel, Marktplatz. 8680

Gemüsesamen

hochkeimfähig, Bestand aus meiner aufgelösten Gärtnerei, sehr billig für Kleingartenbesitzer, abzugeben. Ernte 1919 von Quedlinburger Firma.

J. A. Bötzer, *4707 zurzeit Diemitz, verlängerte Breitestraße 7, III.

Holzpantoffeln

nicht mit gestückeltem Lederblatt, nicht aus Tuchblatt, nur aus gutem, ganzen Lederblatt liefert billigst 8746

Otto Fricke, Kl. Ulrichstr. 9, im Hof. Wiederverkäufer Vorzugspreise.

Echten Nordhäuser Kautabak, Rauchtabak, Englische Zigaretten zu haben bei 8056

R. Hennicke, Königstr. 5. Königstr. 5.

Achtung!

Täglicher Ankauf von Fellen jeder Art zu höchsten Tagespreisen.

Paul Günther, Graseweg 8 Geschäft für sachgemäße Zurichtung und Verarbeitung von Fellen, auch für Privatkundschaft. 7532

Zigaretten, versch. Marken, Nordhäuser Kautabak.

8628 **K. Gimpel,** Alte Promenade 6. Nicht mit Neue Promenade verwechseln.

Was ? ist „Patentex" Verbraucht Leute u. solche, die es werden wollen, verlang. Prospekte geg. 30 Pf. in Marken. *4528 Sanitäts-Versandhaus A. Rausch, Coburg, Walkmühlgasse 9.

Sekt-, Wein- und Dänische Sahneflaschen kauft zu höchsten Preisen **A. Holland,** Zapfenstraße 18. 5112

Mode-Zeitungen empfiehlt die Volksbuchhdgl.

Möbel-Transporte sowie Speditionsfuhren führt sachgemäß aus Alb. Ackermann, Thomiusstr. 15. Tel. 5643 7260

Arbeitsmarkt

Gesucht für sofort *4749

1 Elektromonteur u. 1 Masch.-Schlosser.

G. Bornschein, Neumark (Bez. Halle).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200302-17/fragment/page=0007

Deutscher Eisenbahnerverband
Ortsgruppe Halle a. d. S.

Mittwoch, den 3. März 1920, abends 7 Uhr, im Volkspark:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Einleitung einer Hilfsaktion für die aus der Hauptwerkstatt entlassenen Kollegen.
2. Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

Kollegen! Es ist Pflicht eines jeden dienstfreien Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Gemaßregelten-Unterstützung für die aus der Hauptwerkstatt entlassenen Kollegen wird ab Mittwoch, den 3. März, nachmittags von 4 bis 5 Uhr, im Bureau ausgezahlt.

8759 Die Ortsverwaltung.

Roitzsch.

Donnerstag, den 4. März, abends ½8 Uhr, im Gasthof zur grünen Tanne: *4755

Oeffentl. Volksversammlung.

Thema: **Der Kampf des Proletariats.**

Nachdem freie Aussprache.

K. P. D. (Spartakusbund). Ortsgr. Roitzsch.

Vereins-Anzeiger

Erscheint jeden Dienstag und Freitag. u. Jahresbeitrag: Millimeter 7.50 Mark.

Halle (Saale).

Arbeiter-Sänger-Chor
Mittwoch, den 3. März, im Volkspark:
Singestunde.
Bässe 6½, Tenöre 8 Uhr.

Frauen- und Mädchenchor.
Jeb. Dienstag, ½9 Uhr, im Volkspark:
Singestunde.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde"
Mittwoch, abends 7 Uhr: Volkstänze in der Turnhalle der Klosterschule.
Donnerstag, ab. 7½ Uhr, im Stadtheim, Kl. Berlin 1: Monats-Versammlung. Pünktliches Erscheinen erwünscht.

Turnverein Fichte.
Männer-Abteil., Norden: Dienst. u. Freitag 8-10 U. Turnerinnen: Mittw. 8-10. Volkspark-Turnhalle.
Männer-Abteil., Süden: Montag und Freitag, von 7-9 Uhr, i. d. Glauchaer Schule, Taubenstraße.

Mandolinen-Gesellschaft Harmonie, Halle a. S.
Vereinslokal: „Zur Plauderecke", Augustastr.
Verein zur Pflege und Förderung nur gut. Mandolinen- u. Lautenmusik auf breitester Grundlage f. Damen u. Herren. Jeden Freitag: Uebungsstunde.

I. Athletenklub von 1890 in Halle a. d. Saale.
Vereinslok.: Gold. Kette. Sonnab. Uebungsstunde. Jeden Sonnabend nach dem 1.: Versammlung.

Artisten-Börse.
Halle a. S. Fernspr. 2884.
Vereinslokal: Zur Plauderecke, Augustastr.
Sitzung:
Jeden Mittwoch.
Humoristen, Komiker Duette, Geiger u. Pianisten sind und müssen zu jeder Gelegenheit zu haben sein
Jugend-Abteilung:
Zusammenkünfte jeden Mittwoch i. Vereinslokale.

I. Hall. Mandolin.-Orchester.
Verein z. Pflege nur guter Mandol.- u. Lautenmusik. Uebungslo.: Jeden Freitag, abends 7 Uhr, in Works Restaurant, Kurze Gasse 1.

I. Gitarre-Zither-Verein, H.-E.
Vereinsl.: Rest. zur Eiche, Körnerstr. 25. Jeb. Mittw. ½8 Uhr: Uebungsstunde.

Freie Sozial. Jugend, Halle.
Jugendh.: Rathausstr. 16, geöffn. von 7 Uhr bis 10 Uhr abends.
Heute: Vortrag.
Mittwoch: Probeabend, nur für Teilnehmer.
Donnerstag: Mandolinen-Uebungsabend.

Arbeiter-Schwimm-Verein, Halle a. d. S. (E. V.)
Vereinslokal: Thümmler, Jakobstraße.
Versammlung a. 1. Sonntag nach dem Monatsersten bei Thümmler.
Uebungsstunden: Donnerstag v. 7-8 Uhr: Damenabteilung. Von 8-9 Uhr: Männerabteilung.
Sonntag, 9 Uhr: Versammlung bei Thümmler.

Internat. Bund der Kriegsbeschädigt. -Teilnehmer- und -Hinterbliebenen.: Ortsgruppe: Halle (S.)
Jeb. Dienstag nach dem 1. und 15. jeden Monats: Mitglieder-Versammlung

Arb.-Samariter-Kol. Halle
Jeb. Freitag: Uebungsstunde in der „Goldenen Kette".

Ammendorf.

Turnverein Fichte.
Radewell u. Umgegend.
1. Abteil.: Dreierhaus Dienstag. Turnst.: Dienstag u. Freitag v. 8-10 Uhr. Schülerabteilung: Mittwoch von 5½—7 Uhr.
2. Abteil.: Schützenhaus Ammendorf. Dienstag u. Freitag von 8—10 Uhr.
3. Abteil.: Radewell, Gasth. Radewell. Dienstag von 8—10 Uhr.
Schülerabteilg.: Dienstag von 5½—7 Uhr.
Turnerinnen: Donnerstag von 8—10 Uhr.

Arbeiter-Gesang-Verein Ammendorf u. Umgegend.
Dienstag, den 2. März, abends 8 Uhr, in Teichmanns Hotel:
— **Singestunde.** —
Der Vorstand.

Kröllwitz.

Arbeiter-Bildungs-Verein, Kröllwitz.
Vereinslokal: Lindenhof.
Gesangs-Abteilung:
Jeb. Donnerstag 8-10 Uhr.
Dramatische Abteilung:
Jeden Mittwoch 8-10 Uhr.
Turn-Abteilung:
Dienstag u. Freitag 8-10 U.
Wander- u. Mandolin-Abteilung:
Für Mädchen:
Mittwoch ½8-½10 Uhr.
Für Burschen:
Donnerstag ½8-½10 U.
Bibliothek:
Donnerstag v. 8-10 Uhr.

Merseburg.

Gewerkschafts-Kartell Merseburg.
Jeden 1. Donnerstag im Monat, abds. 7½ Uhr: Sitzung im „Thüringer Hof". Der Vorstand.

Neuen Kleiderschrank u. Vertiko, dunkel gestrich., billig zu verkaufen. 8752 Tischlerei Schlotzberg 1.

Wismut
kleinere u. größ. Mengen zu kaufen gesucht. 8753 Hirschapotheke.

Quecksilber, auch kleinere und größere Mengen, zu kaufen gesucht. Hirschapotheke.

Zeitungsfremdwörter
finden Sie erläutert im
Zeitungsschlüssel
Nachschlagebuch in Taschenformat.
Preis 1.50 M, Porto 20 ₰
Zu beziehen durch alle Austräger und die
Volks-Buchhandlung,
Halle a. S., Harz 42/44.

Sensationelle Preise

zahlt für

Lumpen, Felle und Metalle

Wilhelmine Theuring,

Domplatz 9. 8764 Telephon 5659.

Holzarbeiter-Verband Halle.

Mittwoch, d. 3. März, nachm. ½5 Uhr, in d. Erholung, Martinsberg 6:

Versammlung der Modell- u. Fabricktischler.

Donnerstag, d. 4. März, abends 7 Uhr, in d. Erholung, Martinsberg 6:

Versammlung d. Stellm. u. Fahrzeugtischler.

Montag, den 8. März, abends 7 Uhr, in der Erholung, Martinsberg 6:

Versammlung der Maschinen- und Sägereiarbeiter.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Stellungnahme zu den abgehaltenen und bevorstehenden Reichsbranchenkonferenzen.
2. Unsere Lohnbewegungen in den einzelnen Branchen und Industriegruppen.

Freitag, den 5. März, abends 7 Uhr, im Volkspark, Burgstraße 27:

Allgem. Mitgliederversammlung

Tagesordnung:

1. Das neue Betriebsrätegesetz und die Arbeiterklasse.
2. Unsere Lohnbewegungen in den einzelnen Branchen und im Gesamtverband.
3. Allgemeine Verbandsangelegenheiten.

Wir erwarten zu allen Versammlungen das pünktliche und vollzählige Erscheinen unserer Kollegen.

8766 Die Ortsverwaltung.

Geschäftszeit von 8—6 Uhr abends. Legitimationspapiere mitbringen.

Konkurrenzlos.

Kaufe laufend Alt-Metalle und überbiete jeden Konkurrenzpreis.

Darum liefern Sie Ihre Alt-Metalle nur an untenstehenden Betrieb ab.

Händler, Betriebe usw. Extrapreise.

Kupfer	pro kg	21.00 Mk.
Rotguss	pro kg	21.00 Mk.
Messing	pro kg	11.00 Mk.
Blei	pro kg	7.50 Mk.
Staniol	pro kg	5.00 Mk.
Zink	pro kg	4.75 Mk.
Zinn gar. rein	pro kg	32.50 Mk.

Preise verstehen sich von 3 kg an. — S. T. Gelbstverbraucher

A. Reich,

Blechwaren- und Apparatebau **Bechershof 5** Am Markt.

Fernruf 5011.

Reelle Bedienung. 8761

Konkurrenzlos

Geschäftszeit von 8—6 Uhr abends. Legitimationspapiere mitbringen.

Engl. Zigaretten, Zigarren und Rauchtabak

kauft man vor der

— bevorstehenden Tabaksteuer —

am besten bei 8768

Emil Strahl,

Leipziger Strasse 19. Tel. 3185.

Gastwirte und Wiederverkäufer erhalten Rabatt. Gr. Zigarrenhandels-Kriesbuhle.

Alle Mode-Zeitungen

empfiehlt die

Volks-Buchhandlung.

Schulbücher aller Art
Tafeln, Schiefer, Federkästen, Blei, Zeichenblocks, Zeichenständer, Tornister 2c.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung,
Halle a. d. S.,
Harz 42/44.

Verlobungs-Ringe

Eigene Fabrikation, daher billigste Bezugsquelle. Werkstatt mit elektrischem Betrieb. 8706
R. Voss, Geiststraße 46
Gold- und Juwelen-Fabrikant.

Felle, Häute,
Wolle, Rohhaar, kauft zu Höchstpreisen
Weise, Friedrichstr. 5. 8655

Bettnässen
wird sofort beseitigt. Jedermann erhält kostenlose Ausk. nach Angabe v. Alter u. Geschlecht. *4216
Dr. med. Th. Eisenbach, München
Schwanthalerstr. 43/A. 30.

Elegante 8294
Damentaschen in Leder
von 24.— Mk. an solange Vorrat reicht.
H. Krasemann,
nur Schmeerstr. 19.

Lumpen, Wolle, Neutuch Kaninchenfelle, Papier kauft zu höchsten Tagespr. u. holt auf Wunsch ab 7550 Ludwig, Schwetschkestr. 14.

Politische Couplets,
Lieder und Gesangsspiele, Theaterstücke, Revolutions-Künstlerpostkarten. *4268
Vereinsabzeichen, Beitragsmarken, Girlanden, Fahnen, Plakate sowie alle Fest- und Tanzartikel.
Preisliste verlangen.
Rich. Lipinski, Leipzig.
Königstr. 12. Fernruf 2309.

Möbel.
Kleiderschränke, Vertikos, Waschkomos, furnierte Ausziehtische, Wachstuch ausziehtische Stühle, Bettstellen mit u. o. Matr., komplette Schlafzimmer- und Kücheneinrichtungen verkauft preiswert 8741
Max Jungbluth, Möbelgeschäft, Albrechtstraße 37.
Bitte auf Nr. 37 zu achten.

Ansichts-Postkarten
empf. die Volksbuchhandlung.

Sozialdemokr. Verein für Halle u. Saalkreis.
(U. S. P. D.)
Bezirk Brandorf-Zwintschöna.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Schmied
Edwin Rudloff
am 28. Februar verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.
Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, auf dem Friedhof in Diesdau statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht 8754
Die Bezirksleitung.

Theater-Aufführung.

Donnerstag, den 4. März, abends 7 Uhr, in den Thalia-Sälen, Geiststr. 42a:

Der indische Schmuck.

Schauspiel in 7 Bildern, nach dem in der „Sächsisch-Thüring. Hausfrau" erschienenen Original-Roman von Hanna Forster; für die Bühne bearbeitet von D. Gobler.

Vorher: **Die Sühne.**
Drama in 1 Aufzug von Theodor Körner.
Spielleitung: Max Kramer.

Die Darsteller sind Mitglieder erstklassiger Bühnen und Stadttheater.

Eintrittskarten sind zum Preise von Mk. 2.50, Mk. 1.70, Mk. 1.40 und Mk. 1.— in unserer Geschäftsstelle Schmeerstr. 17/18 I, sowie am Saaleingang zu haben. *4754

Verlag der Halleschen Hausfrau.

Soeben neu erschienen:

Proletarier-Jugend.

Sozialistische Jugendschrift.

1. Jahrg. 1920. Heft 50 Pf., Porto 5 Pf.
Halbjährlich 12 Hefte 5,00 Mk.

Die Hefte erscheinen im Auftrage der Sozialistischen Proletr.-Jug. Deutschl. und sind in Broschürenform gehalten; eine vortreffliche Sammlung von Material für die Jugendbewegung.

Bestellungen nehmen alle Volksblatt-Austräger entgegen oder direkt durch die

Volksbuchhandlung, Halle (S.)
Harz 42/44.

Die freie Welt

Illustrierte Wochenschrift der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands,

jede Nummer 30 Pfg. wöchentlich, bringt in der Ausführung, ähnlich wie die Berliner Illustrierte Zeitung, die wichtigsten Vorkommnisse des Tages in Wort und Bild.

Bestellungen nehmen alle Austräger :: des „Volksblattes" entgegen. ::

Zu beziehen durch die

Volksbuchhandlung,
Halle a. d. S., Harz 42/44.

Zoxla-Armband-Uhr verloren 8751
auf dem Wege Blücherstraße — Torstraße. Gegen gute Belohnung abzugeben Böllbergerweg 21.

Familien-Nachrichten.

Ortsverein Giesien U. S. P. D.

Am Sonntag nachmittag verschied unerwartet nach langem schweren Leiden unser Genosse und Gemeindevertreter, der Maurer

Hermann Tauer
aus Schweidtz.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. *4752

Die Ortsverwaltung.

Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause aus statt. Wir bitten um recht zahlreiche Beteiligung.
Der Vorstand.

*4748 **Danksagung.**

Zurückgekehrt vom Grabe unserer lieben Mutter, Schwieger-, Groß- und Urgroßmutter

Witwe Emilie Faust
geb. Fiedler

welche uns nach zweitägiger Krankheit plötzlich entrissen wurde, sagen wir allen denen, die ihren Sarg so reich mit Kränzen schmückten und sie zur letzten Ruhe geleiteten, unsern herzlichen Dank. Dank auch Herrn Pastor Bodenstein für seine trostreichen Worte im Hause und am Grabe, sowie Herrn Kantor Heise nebst Schuljugend für ihren Gesang. Ebenfalls unseren tiefgefühltesten Dank allen Verwandten, Bekannten und Mitbewohnern des Hauses.

Radewell und Halle-Kröllwitz, den 29. Februar 1920.

Die trauernden Kinder.

Wiedersehen nach der Trennung Schmerzen,
Wiedersehen in jenem schönen Land,
Ist der Trost, die Hoffnung für die Herzen,
Die die Liebe hier verband.

Dank.

Für die erwiesene Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben Tochter, Schwester und Braut, sagen wir allen herzlichen Dank.

Halle, den 2. März 1920. 8756

Familie Hugo Rau.
Rupp Siebenbühner, Bräutigam.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200302-17/fragment/page=0008

Belagerungszustand u. Presseunterdrückung vor der Preußischen Landesversammlung.

Am 20. Januar versuchte der Rechtssozialist und Minister des Innern Heine in der Preußischen Landesversammlung die Verhängung des Ausnahmezustandes mit einer Rede zu verteidigen, deren Inhalt die Verleumdungspraktiken der Puttkamerzeit weit in den Schatten stellt. Infolge ihres dokumentarischen Wertes geben wir unseren Lesern nachstehend einen Auszug aus der Rede des Ministers sowie der am nächsten Tag erfolgten Zurückweisung durch den Genossen Leid, die noch jetzt von größter Aktualität für die Kennzeichnung der rechtssozialistischen Regierungsmethoden sein dürfte

Die Rede Heines.

Der Belagerungszustand wurde mit Ausnahme von Westfalen und Oberschlesien am 5. Dezember aufgehoben. Die äußerste Linke hat sich dieses Entgegenkommens nicht würdig und nicht reif dafür gezeigt. (Lärm bei den Unabhängigen.) Die Verantwortung für die Opfer am 13. Januar trifft die, welche die Arbeiter aufgepeitscht haben. (Zwischenrufe bei den Unabhängigen: Wer hat denn geschossen?) Von Mitte Dezember an begann im ganzen Reiche sich eine neue Unruhe bei der äußersten Linken bemerkbar zu machen. Diesmal war es nicht auf eine langsame Zermürbung der verfassungsmäßigen Zustände abgesehen, sondern auf einen plötzlichen Sturz. Man wollte die Regierung überrumpeln. (Hört, hört!) Die Mehrzahl der Demonstranten vor dem Reichstage hatte

zweifellos friedliche Ziele.

Die Führer im Hintergrund aber hatten ein planmäßiges Vorgehen ins Auge gefaßt. Wir konnten, solange die Kundgebung friedlich war, nichts dagegen machen. Hätten auch die Führer friedliche Absichten gehabt, so wären die Massen vorbeigezogen und hätten sich dann aufgelöst. Jeder, der Verantwortlichkeitsgefühl hatte, erkannte, daß es zu Zusammenstößen kommen mußte. Man unternahm nicht den geringsten Versuch, die Massen wegzuführen, sondern

wollte das Parlament überwältigen.

(Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit. Zurufe bei den Unabhängigen: Schwindel!) Unter den Massen hielten sich die Mitglieder des Roten Vollzugsrates auf. Sie erschienen ganz zufällig auf einem Rollwagen und gaben der Menge Zeichen. Andere hielten von der Freitreppe herab Ansprachen an die Menge. Als die Schüsse fielen, suchten sie die zurückflutende Menge wieder zum Angriff gegen den Reichstag vorzutreiben. Jetzt schieben freilich die Unabhängigen alles auf die 30 Matrosen, die da aufgetaucht sind. Jeder Arrangeur solcher Vorgänge weiß, daß bei solcher Gelegenheit immer solche Elemente auftauchen. Wenn ihnen darum zu tun gewesen wäre, friedlich zu demonstrieren, dann hätten sie die Menge nicht zu ungeheuren Massen zusammenführen dürfen. (Zuruf: Haben Sie 1910 die Massen nicht auch in den Tiergarten geführt?) Am 9. Januar hat in Charlottenburg eine Funktionärsitzung von Unabhängigen Sozialdemokraten, nicht von Kommunisten, getagt, in der von einem Funktionär gesagt wurde, daß am 13. Januar die Entscheidung darüber fallen würde, ob die Regierung mit der Arbeiterschaft oder gegen diese regieren dürfe; der 13. Januar sei die Schicksalsstunde der Arbeiterschaft. (Große Bewegung.) Die Arbeiterschaft habe am 13. Januar zu beweisen, ob sie ihr Schicksal nunmehr selbst in die Hand nehmen solle. (Hört, hört!) Es steht einwandfrei fest, daß eine große Menge der Demonstranten bewaffnet gewesen ist. Die Flügeltüren des Portals sind an verschiedenen Stellen von Revolverschüssen durchlöchert worden. Und so etwas nennt man eine friedliche Demonstration. (Fortwährende Zurufe des Abg. Hoffmann.) Der schuldige Teil an den Vorkommnissen ist, abgesehen von den Männern, die Presse der Unabhängigen und der Kommunisten. Es ist heute ebenso wie vor einem Jahre. Man rechnete darauf, daß die Welle in das Reichsparlament eindringen würde, und es hat an Sekunden gehangen, daß die Masse nicht in das Portal 8 eingedrungen ist. Eine Minute später hätte sie sich unaufhaltsam in den Reichstag hineingossen,

um das Parlament zu vergewaltigen.

Das Blut der 42 Todesopfer schreit zum Himmel, aber nicht gegen uns, sondern gegen die, die es dahin gebracht haben. Um die Freiheit der Amtsausübung des Parlaments zu sichern, hatte ich das Haus besetzen lassen,

aus diesem Grunde ist der Belagerungszustand verhängt

und zu Zwangsmaßnahmen gegriffen worden. Die verhängten Zeitungsverbote für die Freiheit und Rote Fahne müssen bestehen bleiben. Eine Instanz zur Nachprüfung von Zeitungsverboten wird geschaffen werden. Nur auf dem Felsen der Arbeit kann man den Turm eines neuen Staates errichten. (Großer Beifall bei der Mehrheit.)

Die Rede Leids.

Abg. Genosse Leid (U. S. P.) antwortete Herrn Heine wie folgt:

„Die Rede des Herrn Heine war eine Programmrede und eine Pogromrede. Sie wird charakteristisch durch die Ueberschrift: Bitte an die Junker! Standrecht für die Arbeiter!

Wenn das Programm restlos durchgeführt wird, werden die schwärzesten Zeiten in Deutschland übertroffen. Weder die Demagogenverfolgungen der 30er Jahre noch die Reaktionszeit nach 48 können in Parallele gebracht werden. Die sozialistengesetzliche Zeit ist Limonade gegen das, was Herr Heine angekündigt hat. In seiner Verfolgungswut gegen politische Parteien hat Herr Heine ein altes Mittel angewendet. Er hat versucht, die

politische Betätigung zum Verbrechen zu stempeln,

um dann die schlimmsten Gewaltmaßnahmen zu rechtfertigen. Unruhen und Unordnung bedrohten das Vaterland, dagegen müsse energisch und rücksichtslos eingeschritten werden, dazu müsse der Ausnahmezustand herhalten. Er ruft Erinnerungen wach. Als im Jahre 1878 Bismarck seine Wirtschaftspolitik nicht durchsetzen konnte, kamen ihm die Schüsse eines Hödel und Nobeling gerade recht, um den nötigen Entrüstungssummel gegen die Sozialdemokratie hervorzurufen und das Bürgertum für seine Zwecke gefügig zu machen. Die Geschichte dieses Schandgesetzes sollte eigentlich genug Lehre sein. Die Folgen fallen auf ihre Urheber zurück. Und was einem Bismarck und seinem treuen Gehilfen Puttkamer nicht gelungen ist, wird einem Bauer und Heine erst recht nicht gelingen.

Heine hat als unmittelbaren Anlaß zur Verhängung des Ausnahmezustandes auf die Vorgänge vor dem Reichstag am 13. Januar hingewiesen. Heine hat Einzelheiten verallgemeinert und legt sie meiner Partei zur Last. Die gut gespielte Entrüstungsrede Heines enthält doch wenig Tatsächliches. Er hat mit Unterstellungen, Entstellungen und

mit Lügen gearbeitet.

(Präsident Leinert unterbricht: Herr Abg. Leid! Sie dürfen den Minister nicht der Lüge zeihen. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung! Zuruf der Unabhängigen: Wahr ist es doch!) Das Demonstrationsrecht haben sich die Arbeiter erkämpft und heute ist es durch die Verfassung verbrieft.

Die Demonstration war eine friedliche.

Die Arbeiter waren unbewaffnet. Friedlich gegen sie vor den Reichstag, um zu demonstrieren gegen das Betriebsrätegesetz. Das war das gute Recht der Arbeiter. Die Demonstration war eine gewaltige. Der Vorwärts schrieb von 30 000 Personen. Herr Heine hat schon 50 000 angelegt, in wenigen Tagen wird die Zahl noch höher sein. Es war ein fortwährendes Kommen und Gehen. Aus den Fingern gesogen ist die Behauptung, die Arbeiter hätten „das Parlament stürzen" wollen. Der in der Freiheit am 13. Januar erschienene Aufruf beweist das Gegenteil. Unbedeutende Einzelner gegen die Sicherheitsleute sind von Parteigenossen gerügt und nicht unserer Partei zur Last zu legen. Selbst wenn alles wahr ist, was Heine gesagt hat, wird das Blutbad am 13. Januar nicht gerechtfertigt. Nicht die sind schuld, auf die geschossen worden ist, sondern die,

die den Befehl zum Schießen gegeben haben.

Es ist skandalös, daß selbst auf Fliehende geschossen worden ist, nicht nur aus Maschinengewehren, sondern es haben auch Sicherheitssoldaten aus nächster Nähe geschossen. Daran wird auch nichts geändert, wenn Heine bestreitet, daß auf Fliehende geschossen worden sei.

Das am 13. Januar vergossene Blut kommt auf die Regierung. Sie will die Schuld uns zuschieben, während sie es ist, die die Maschinengewehre in Bewegung hat setzen lassen. Eine Hetze gegen meine Partei hat eingesetzt, wie nie zuvor.

Die Wahrheit darf nicht gesagt werden.

Deshalb der Belagerungszustand. Schon am 11. Januar ist er in Rheinland-Westfalen verhängt worden. Man wartete nur darauf, ihn auch in anderen Teilen zu verhängen. Da kamen die Vorfälle am Reichstag gerade zurecht. Die Wahrheit mußte unterdrückt werden. Deshalb wurden zunächst die Freiheit und die Rote Fahne verboten. Die Räume der Freiheit sind widerrechtlich besetzt worden. Der Geschäftsleitung ist nicht einmal ein schriftliches Verbot zugegangen. Man hat gnädigst gestattet, Abschrift zu nehmen. Die Regierung fürchtet die Wahrheit, deshalb mußten wir mundtot gemacht werden. Die Begründungen für die Zeitungsverbote sind fadenscheinig. Wenn Herr Heine seine Grundsätze durchführt, wird bald

die ganze Presse ausgerottet sein.

(Zuruf des Abg. Dr. Weyl: Nur der Vorwärts bleibt!) Aber die Presse der Rechten braucht nichts zu fürchten. Alles geht nur gegen uns.

Den Arbeitern wird durch die Verbote unserer Zeitungen eine starke Waffe in ihren wirtschaftlichen Kämpfen geraubt. Die Regierung ist der beste Schrittmacher des Kapitalismus. Denn die schwere Schädigung. Zehntausende von Arbeitern und Angestellten werden arbeitslos, von der Freiheit etwa 1400,

vom Hallischen Volksblatt 300,

Leipziger Volkszeitung etwa 1000 und so fort. Sie schreien: Arbeit, Arbeit kann nur helfen, hier werden Tausende existenzlos gemacht. Das ist Heuchelei! Das Verbot unserer Presse ist

ein ganz niedriges Konkurrenzmanöver

der sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung gegen meine Partei und ihre Presse. Je mehr meine Partei wächst, desto mehr verieren die Rechtssozialisten. Dem soll begegnet werden durch Pressevorbote. Die Regierung braucht wohl gute Wahlen. Da ist es sehr einfach, dem unbequemen Gegner rechtzeitig einen Maulkorb vorzubinden. (Unruhe im Hause.)

Es ist auch unerhört, daß die Verbote unbefristet sind. Die Zeitungsverleger Groß-Berlins und der Presseverband haben dagegen protestiert. Nur ein Blatt hat sich dem Protest nicht angeschlossen, das ist der Vorwärts. Soweit ist

die politische Verlumpung des rechtssozialistischen Zentralorgans

gekommen. Die Leipziger Volkszeitung ist von Maercker auf Grund des preußischen Gesetzes über den Belagerungszustand vom Jahre 1851 verboten. Die Leipziger Volkszeitung erscheint in Sachsen. Es ist charakteristisch, daß da ein altes preußisches Gesetz aus der Reaktionszeit angewendet wird. Die neue Verfassung hebt doch diese alten Gesetze auf. Willkür, überall Willkür.

Es gibt nichts, was man uns nicht in die Schuhe schiebt. Schrieb doch dieser Tage, wenn ich nicht irre, die Deutsche Tageszeitung, das Attentat auf Erzberger sei eine Frucht der Revolution. Die Regierung schrieb von der politischen Hetze, auf deren Konto das Attentat zu setzen sei und das war von Noske mit unterschrieben. Als bei dem Attentat auf unseren verehrten Führer Haase die Freiheit sich viel milder ausdrückte, wurde sie von Noske verboten. Warum wendet sich die Regierung nicht gegen rechts? Dort wird

die Gegenrevolution systematisch vorbereitet.

Die Erzbergerhetze ist bezeichnend dafür. In Charlottenburg feierte die deutschnationale Jugend das Attentat auf Erzberger wie ein Siegesfest. Man erklärte, daß im Februar noch verschiedene Vertreter der Regierung Attentaten zum Opfer fallen werden. Die Regierung richtet sich in ihrer sinnlosen Wut nur gegen uns. Sie ist blind gegen die wahren Ursachen der sogenannten Unruhen, diese sind sozialer Natur. Wir haben eine andere politische Regierungsform bekommen. Die sozialen Verhältnisse haben sich nicht geändert.

Die Ausbeutung ist geblieben.

Und solange das der Fall ist, werden soziale Kämpfe toben. Ob Sie uns verbieten oder nicht, an dieser Tatsache ändern Sie damit nicht das geringste. Die Bewegungen unter den Eisenbahnern und Bergarbeitern werden als politische denunziert, um so besser gegen sie vorgehen zu können. Ein Kenner der Eisenbahnerbewegung, Herr Kotzur, hat im regierungsfrommen Vorwärts nachgewiesen, daß es sich um rein wirtschaftliche Forderungen handelt. Das Gleiche ist bei den Bergarbeitern der Fall. Der im Kriege getriebene Raubbau, Mangel an Arbeitsgerät, beeinträchtigt die Förderung. Die Forderung der Sechsstundenschicht ist in dem schlechten Gesundheitszustand der Bergarbeiter

---

9)

Der Sternsteinhof.

Eine Dorfgeschichte von Ludwig Anzengruber.

So fanden sich denn am Sonntagnachmittag die vier Leute im Kleebinderhäusel zusammen. Die beiden Bäuerinnen saßen sich gegenüber und sagten sich weder Liebes noch Leides, sondern sprachen vom Wetter und vom Wirtschaften; die Kleebinderin, ihrer Ueberlegenheit bewußt, redete ein langes und breites, und die Zinshoferin, öfter verstohlen gähnend, warf kurzes und schmales dazwischen. Helene begegte sich mehr respektvoll, als freundlich, sie sah meist vor sich nieder, selten blickte sie nach Mukerl, der ihr gegenüber saß und kein Auge wandte. Er war der einzige, den die Langweile nicht anfocht, weil er sich ganz rückhaltlos zufrieden und glücklich fühlte.

Vom nächsten Tag ab galt es im Dorfe für ausgemacht, daß nunmehr alles zwischen dem Kleebinder Mukerl und der Zinshofer Helen' in Richtigkeit sei. Die Dirne blieb sich übrigens in ihrem Verhalten ganz gleich, was die alte Kleebinderin veranlaßte, immer nachdrucksamer mit dem Kopfe zu schütteln. Es eilte der Helen' gar nicht, sich bei der Mutter Mukerls einzuschmeicheln, sie suchte deren Umgang nicht und hielt ihr bei Begegnungen gleichmütig Stand, so wie sie auch die Neigung des Burschen weder ermutigte, noch ablehnte; ja, einem weniger Gutmütigen hätte sie sicher das Schenken verleidet, sie verstand sich zu keiner Bitte und zu keinem Danke.

Hatte sie Kleider oder Schuhwerk abgetragen, so sagte sie zu Mukerl: „Nun, schau' einmal, wie schnell das ruiniert! Sein doch recht betrügerische Leut', die so was verkaufen mögen und du laßt dir auch alle schlechte War' aufhängen." Oder wenn es sie nach irgend etwas verlangte, einem Schmuckgegenstand und derlei, so fragte sie: „Meinst nit auch, daß das schön wär' und mich kleiden möcht'?"

Er suchte dann bessere Ware und auch das Schöne und Kleidsame herbeizuschaffen.

Sie schlug es dem Mukerl rundweg ab, sich von ihm nochmal in das Wirtshaus führen zu lassen. Er tauge eben nicht unter Leute, und darum sei es schwer, mit ihm unter ihnen zu sitzen. Am Kirchtag aber — das verspricht sie — geht sie mit ihm auf den Tanzboden.

„O, du mein Gott," klagte die Kleebinderin, „die Dirn' hat ein' Stolz, wie ich nie 'glaubt hab' und je mehr der Bub' unterdruckt, je stolzer tut sie und mit allem stellt er sich zufrieden."

Er stellte sich nicht zufrieden, er war es wirklich. Lieber wie eine, die sich a'g'ring acht't, muß ihm doch die Dirn' sein, die sich vielleicht ein bissel z hoch halt't, aber doch nit zu gut für ihn. Nein, das tut sie mit. Er weiß ja, was ihm auf nächste Kirchweih' bevorsteht!

Es war noch ziemlich lange bis dahin

V.

Daß schöne Mädchen gerne unscheinbare neben sich dulden, dürfte nicht schwer zu erklären sein und daß letztere sich den ersteren aufdrängen, hat seinen Grund wohl darin, weil im Umgange mit einer so viel Umworbenen vielseitigere Aufschlüsse über das zu erwarten stehen, was nun einmal der großen Mehrzahl der Menschen das Interessanteste im Leben ist und bleibt, über das Lieben und Geliebtwerden. Daß sich die Minderhübschen dabei auch mit der Hoffnung trügen, gelegentlich einen der hergewunden Abgewiesenen für sich in Beschlag zu nehmen, mag im allgemeinen wohl nur eine boshafte, durch nichts begründete Anschuldigung sein.

Unter den Dirnen, die sich zu Helen' gesellten, war auch die Matzner Sepherl. Die Harthändige mit den wundernden Augen wußte sich einzuschmeicheln, sie pries so rückhaltlos die Schönheit der Kameradin und andernteils wußte sie den Mukerl nicht genug zu loben, so daß sie es nur rechtschaffen recht fand, daß die Schönste nicht mit einem der g'mein' Bauerskleut', sondern mit einem so Kunstfertigen und Ausbündigen hausen wolle; was gang angenehm zu hören war.

Sepherl teilte auch mit Helene die neidische Bewunderung des Sternsteinhofes, während alle anderen da unten am Fuße des Hügels sich mit dem gotteingesetzten Unterschiede zwischen Reich und Arm zufrieden gaben und von keinem Wünschlichen träumten, das sie auf den Gipfel versetzen könnte.

Sepherl war schon zu öfteren Malen auf dem reichen Hofe gewesen, sie hatte dort eine alte Base, die, seit dem vor Jahren erfolgten Tode der Bäuerin, dem Hauswesen vorstand; diese brave Schaffnerin tat sich nicht wenig auf ihre Bedeutung zugute, schätzte aber ganz richtig, daß sie selbe nur dem mächtig' großen Anwesen verdanke und ließ sich bei günstiger Gelegenheit gerne dazu herbei, ein oder das andere Dorfkind darauf herumzuführen und zu verblüffen. Ein paar Mal hatten die beiden Dirnen die Alte aufgesucht, ohne mehr als deren allerdings wohnliches Stübchen vom ganzen, großen Sternsteinhof gesehen zu haben, dann aber wurden sie auf den nächsten Sonntagnachmittag geladen, wo die Herrenleute „aus" sein würden und auch wenig Gesinde sich daheim verhalten werde.

Es war ein sonniger Herbstnachmittag, an dem die beiden Dirnen in Begleitung Mukerls längs des Baches durch das Dorf schritten, bis wo in der Mitte desselben, der Kirche gegenüber, die Brücke über das Wasser und auf den Weg führte, der zum Sternsteinhof hinansteig.

„B'hüt dich Gott, Mukerl," sagten die beiden, denn der war nicht geladen worden, und ihn mitbringen, wäre eine Unhöflichkeit gewesen. „B'hüt' dich Gott und lass' dir unterdeß die Zeit nit lang werden."

„Habt derwegen kein' Sorg'," sagte er, indem er sich auf das Brückengeländer stützte. „Unterhaltet euch gut."

Helen' war boshaft genug, ihm ein „Auch so viel" zuzurufen, dann eilten die Dirnen mit flinken Füßen den Hügel hinan.

„Wirft sehen, Helen'," keuchte Sepherl, der es nicht gelingen wollte, den halben Schritt, den sie gegen die Kameradin zurückblieb, einzubringen. „Wirft sehen, wie viel und was 's all's da oben gibt; ganz weg wirft sein darüber."

Helene lächelte mit den geöffneten Lippen, zwischen denen sie im raschen Gehen die Luft einsog. Sie nahm sich vor, nicht „ganz weg" zu sein.

Aber was sind menschliche Vorsätze ungekannten und ungeahnten Eindrücken gegenüber? Die alte Schaffnerin empfing die beiden Mädchen mit herablassender Freundlichkeit, bewirtete sie mit einer Schale Kaffee, ein seltenes Getränk für Leute von da unten, das sollte die richtige Stimmung hervorrufen, denn leerer Magen macht trübe Augen, dann ging es an's „Umsehen".

Bei Sepherl war dabei nichts Neues zu sehen, sie schenkte all dem Aufgezeigten und Vorgewiesenen einen flüchtigen Blick — wobei ihre Augen immer noch verwundert genug taten, um die ehrgeizige Frau Bas' bei guter Laune zu erhalten, — und machte sich das Vergnügen, auf Helenens Gesicht zu achten; diese brachte sich anfangs gar nicht Gewalt anzutun, um das gleichgültigste von der Welt beizubehalten, denn als es im Erdgeschoße durch die Gesindestuben ging, fand sie eben nur mehr Stuben und mehr Hausrat auf einem Fleck, als sie sonst Gelegenheit hatte, beisammen zu sehen, indes weder die einen noch der andere vom Gewohnten sich unterschieden. Als sie aber über den Hof nach den Wirtschaftsgebäuden folgte, die mit den blanken, handlichsten Geräten, ja mit Maschinen vollbestellt waren, zu deren Gebrauchserklärung sie allerdings noch stolz mit dem Kopfe nickte und ein ertheuchelstes Verständnis murmelte, als sie an den Scheuern mit den aufgehäuften Vorräten vorbeikam und im Geflügelhofe Hunderte von girrend, krähend, quakend und kollernd sich brüstenden Tieren sie wirre machten und als sie endlich in den übergroßen Ställen vor einer ganzen Herde Vieh stand, ein Stück immer schöner als das andere, da waren ihre Augen denn doch allmählich größer geworden, und befangen schlich sie nebenher, als es zurück nach dem Wohnhause ging, dessen Oberstock nun erstiegen ward.

Was sie da sah, als sie mit eingehaltenem Atem von Stube zu Stube ging, an Notwendigem in ausgesuchter Form und an Entbehrlichem, das breit, wie hier nicht zu entraten, an seinem Orte stand, der reiche Vorrat an Wäsche und Kleider, der ihr einen halblauten Schrei der Verwunderung erpreßte, als die Schaffnerin die Schränke aufschloß, der große versperrte Schrank, dem sie einen scheuen Blick zuwarf, als sie hörte, er wäre bis ans oberste Fach mit reichem Geschirr und Silbergerät angefüllt, endlich die eiserne Kasse, der weder ein Dieb, noch das Feuer ankomme, worin der Bauer bar mehr liegen hatte, als alle Dörfer da unten zusammen mit Häusern und Gründen schwer waren, und vor der sie fast andächtig die Hände faltete, als das verschmolz in ihr zu einem Bilde der Macht und Herrlichkeit des Reichtums.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200302-17/fragment/page=0009

Parteigenossen!

Das Ergebnis des Belagerungszustandes und des Zeitungsverbotes muß die Verdoppelung der Zahl unserer Mitglieder und der Leser unseres Volksblattes sein. Für dieses Ziel auf ans Werk! Die Parteileitung.

begründet. Die Lungenuberkulose unter den Bergarbeitern ist erschreckend hoch. Aerzte, die mit Bergarbeitern viel zu tun haben, sind entsetzt über den gesundheitlichen Zustand und haben erklärt, die Bergarbeiter seien nur noch wandelnde Leichen.

Auch wir wünschen einen Streik vermieden zu sehen. Ein Bergarbeiterstreik würde schweres Unglück anrichten, unter dem vor allem die Arbeiter am schwersten zu leiden haben. Den Forderungen der Bergarbeiter muß aber auch entgegengekommen werden. Sie aber kommen ihnen entgegen mit dem Belagerungszustand und dem Standrecht. Wenn Sie noch so viel Köpfe abschlagen, diese Tatsachen bringen Sie nicht weg. Es ist vom Verbrechen am deutschen Volke gesprochen worden, wenn die Bergarbeiter von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch machen.

Ein Verbrechen am deutschen Volke ist es, daß der Bergbau nicht schon längst sozialisiert worden ist.

Aber die Regierung, die Parlamente und das ganze Wirtschaftsleben steht unter der Herrschaft des Kapitalismus. Wie es mit den Eisenbahnern und den Bergarbeitern steht, so steht es mit den breiten Schichten der Bevölkerung. Die Not der Zeit zwingt dazu, immer neue Forderungen zu stellen. Glauben Sie nicht, daß es uns erwünscht ist, wenn die Arbeiterschaft nur in Lohnkämpfen aufgeht. Sie verliert dann zu leicht den Blick für das Große, Allgemeine. Aber alle diese Erscheinungen sind in der Not der Zeit begründet. Das größte Interesse am Zusammenbruch haben die Reaktionäre. Sie arbeiten offen darauf hin. Die Kapitalisten sabotieren die Produktion, die Agrarier die Ernährungswirtschaft. Wir stehen auf dem Boden der Arbeitspflicht, aber

der Arbeitspflicht aller für alle.

Wo die heutige Politik hinführt, das sehen die Arbeiter. Sie sind nicht blind. Jüdische Mörder, wie Marloh, werden freigesprochen, Urkundenfälscher und Meineidige gehen frei umher, wenn sie Offiziere sind. Der Mörder Eisners, Graf Arco, wird begnadigt mit der Begründung, er sei ein Musterbild aller Tugenden. Unsere Presse, die einzige, die in diesen Tagen der Lüge und des Schwindels die Wahrheit sagt, wird gknebelt. Und dabei sprechen Sie von Demokratie? (Lebhafter Widerspruch.) Sie verdrehen die Augen, wenn wir von Diktatur reden. Dabei üben Sie

die krasseste Militärdiktatur aus.

Das ist schlimmste Heuchelei. Sie reden von Gerechtigkeit, auf die Sie vertrauen. So lange Sie Hunderttausende und Millionen deutscher Arbeiter durch den Ausnahmezustand entrechten, so lange haben Sie kein Recht, von Gerechtigkeit zu reden."

Unser Redner schloß seine, von großer Sachlichkeit, aber auch von tiefer Leidenschaftlichkeit getragenen Ausführungen mit den Worten:

„Sie können Gewaltmittel gegen uns verwenden, so viel Sie wollen, Sie können uns wirtschaftlich schwer schädigen, Sie können uns beschimpfen, Sie können uns verfolgen, einkerkern und unserer Freiheit berauben, Sie können noch so viel Sabotage am Sozialismus treiben, was Sie aber nicht können: Unsere felsenfeste Ueberzeugung können Sie uns und Hunderttausenden unserer Anhänger nicht aus dem Herzen reißen. Wir wissen, daß der Sozialismus siegen muß. Die Dinge treiben im Eiltempo unserem Ziele zu:

„Nur könnt das Wort verbieten,
Ihr könt nicht den Geist,
Der über eurer Lüge,
Ein kühner Adler, freist."

(Lebhafter Beifall und Bravo bei den Unabhängigen.)

Um die Wirkung der Rede nach Möglichkeit abzuschwächen, erhob sich sofort der Minister Heine zur Entgegnung. Was er sachlich sagte, war winzig. Nur starke Ausdrücke und gut geschulte Entrüstung mußten seine Argumente ersetzen. Schließlich sollte er die Behauptung auf, **im besetzten Gebiet seien unabhängige Blätter mit Entente-geld gegründet worden.** Diese Behauptung entfesselte bei unseren Genossen eine stark Empörung, daß plötzlich dem Minister zugerufen wurde: Lügner, Beweise! Die Unabhängigen ließen den Minister nicht weiter reden. Die Erregung und der Lärm wurden so stark, daß der Präsident die Sitzung auf ½ Stunde vertagen mußte. Nach Wiedereröffnung sollte der Minister noch einigen Bemerkungen die Beweise bringen, Was er brachte, war alles andere, nur kein Beweis. In der Sitzung am Sonnabend, den 31. Januar, ging der Genosse Dr. Rosenfeld mit Heine ins Gefährt. Er wies nach, daß die Rheinische Republik kein Blatt unserer Partei ist und daß auch heute, die im Vorjahre mit den rheinischen Loslösungsbestrebungen in Verbindung standen, aus der Partei ausgeschlossen wurden. Keine Partei stehe so rein da, wie die unsrige. Es bleibt also nichts, aber auch gar nichts von dem übrig, was Heine behauptet habe. **Uebrig bleibe nur, daß Heine schamlose Verleumdungen ausgesprochen habe.** Genosse Rosenfeld gestaltete besonders die Schutzhaftschande. Es sei unerhört, daß Genosse Dümmig, der Vorsitzende unserer Partei, in Schutzhaft genommen werden konnte, ebenso wie viele andere, wie Genosse Robold, der Redakteur der Freiheit. Redner schloß mit dem Hinweis, daß alle Gewaltpolitik uns zur unserer Sache nicht irre machen wird. Heine versuchte die Blogstellung durch eine neue Rede zu verdecken. Es war bemerkenswert, daß er zu seinen Reden nicht einmal den ungeteilten Beifall seiner engeren Parteifreunde erhielt.

Die Debatte über den Belagerungszustand in der Preußischen Landesversammlung hat die Schlage verschoben. **Die Regierung und ihre Politik saßen auf der Anklagebank und unsere Partei war Ankläger.**

Zeitungsverbote und „Schutz"haft.

Die Planmäßigkeit der Unterdrückung der Presse der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei ergibt sich sinnfällig aus der Tatsache, daß dem Verbote der Freiheit, Leipziger Volkszeitung, Hallisches Volksblatt unmittelbar das von weiteren 22 unabhängigen Zeitungen folgte. Von diesen Verboten waren 17 unbefristet (im Befehlsbereich des Generals Maercker fast alle!), acht Blätter wurden für die Zeit von acht Tagen bis vier Wochen verboten. Vielfach nahm man sich gar nicht erst die Mühe, die Verbote zu begründen, wo man es aber doch tat, geschah es mit einer „Fertigkeit", gegen die sich die während des Kriegs-Belagerungszustandes um die „Ordnung" des Hohenzollernstaates besorgenen Militärs als die reinsten Waisenknaben erwiesen. Von den für die Verbote herbeigeholten Gründen läßt sich treffend sagen: billig wie Brombeeren. Man kann mit ihnen in Zeiten des Ausnahmezustandes jede oppositionelle Zeitung zu jeder beliebigen Zeit unterdrücken. Und daß es bei den Verboten der unabhängigen Blätter auf eine möglichst lange Mundtotmachung, ja ihre dauernde Schädigung abgesehen ist, das hat ja der preußische Minister Heine so ziemlich unverblümt zugestanden, als er am 29. Januar in seiner Rede in der Preußischen Landesversammlung u. a. erklärte:

„Wenn mich jemand mit einem vergifteten Speere angreift, dann nehme ich ihm den Speer weg; dann gebe ich ihn aber nicht in drei Tagen zurück, sondern zerbreche ihn! . . ."

Einige größere, befristet verbotene Parteiblätter, so die Tribüne in Erfurt, Volksblatt in Gotha, Bergische Volksstimme in Remscheid, sind bereits zum zweiten Male unter die Verbot-Guillotine geraten. So hatte die Schriftleitung unseres Remscheider Bruderblattes bei der Aufhebung des ersten Verbotes **versprechen müssen, über die Politik der Regierung in der Kohlen-** und Bergarbeiterfrage nur referierend zu berichten, was sie auch stets getan. Am 23. Februar erhielt sie plötzlich folgendes Telegramm aus Münster i. W.:

„Die Bergische Volksstimme, Remscheid, mit Wirkung vom 24. Februar bis auf weiteres verboten, da sie das Versprechen, die Politik der Regierung bezüglich der Kohlenförderung nicht zu durchkreuzen, nicht eingehalten hat.

Wehrkreiskommando VI."

Bemerkenswert ist, daß das neue Verbot auf unbestimmte Zeit erfolgte, trotz der Zusage der Regierung, Verbote nur befristet ergehen zu lassen. Zivilkommissar im rheinisch-westfälischen Industriebezirk ist der Rechtssozialist Severing. Er findet also auch nichts dabei, wenn der General in Münster, dessen Handlungen zu überwachen er bestimmt ist, sich einfach über die Versprechungen seiner Parteigenossen in der Reichsregierung hinwegsetzt!

Verboten hat man auch ein paar rechtsstehende bürgerliche Zeitungen: Dortmunder Zeitung, Deutsche Zeitung Berlin, Mecklenburger Nachrichten, Schwerin, und neuerdings den Reichsboten, Berlin. Aber bei all diesen Blättern wähnte das Verbot in keinem Falle länger als zehn Tage, gewöhnlich relief es sich nur auf die Hälfte dieser Zeit. Während also bei der unabhängigen Presse die meisten Verbote unbefristet verhängt, mehrere befristete bis vier Wochen ausgedehnt wurden, verfährt man bei Verboten der rechtsstehenden Presse wesentlich milder.

Eine besondere Verschärfung erhielten die Verbote unserer Parteipresse noch dort, wo man auch noch den verantwortlichen Redakteur des unterdrückten Blattes kurzerhand in — Schutzhaft nahm. So erging es zwei Schriftleitern der Freiheit: den Genossen Robold und Stein (die inzwischen wieder entlassen wurden), dem Genossen Bötger von der Leipziger Volkszeitung, dem unseres Königsberger Organs Freiheit und dem des Parteiorgans in Plauen i. V., Genossen Pinta. Für dieses höchst einfache und beliebte Verfahren erspart sich unsere „sozialistisch"-demokratische Regierung die Begründung; die Behauptung, daß so ein frei umherlaufender unabhängiger Redakteur bereits die dreimalgeheiligte Staatsordnung der „vollendetsten Demokratie" gefährde, ist es bei ihr auch schon. — Wie groß die Zahl der wegen solcher Staatsgefährlichkeit neuerdings mit Schutzhaft drangsalierten Genossen und Kommunisten ist, läßt sich schwer feststellen; jedenfalls aber ist sie ganz beträchtlich. Darunter befindet sich bekanntlich auch der Vorsitzende unserer Partei, der Genosse Dümmig, dem man als „intellektuellen Urheber" der blutigen Vorgänge vor dem Reichstage am 13. Januar in Schutzhaft warf. Wenn seine Angelegenheit am 4. März vor dem Reichsmilitärgericht zur Verhandlung kommt, so dürfte auch gerichtlich erwiesen werden, daß die gegen ihn erhobene Beschuldigung völlig haltlos ist. Aber unterm Belagerungszustande nimmt man es mit solchen und ähnlichen Dingen nicht gar zu genau. Wie das freilich wirkt, das dürfte den derzeit Regierenden zu gegebener Zeit schon offenbar werden. Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit. —

Aus der Provinz.

Landtag der Provinz Sachsen.

Der im vergangenen Sommer gewählte 82. Landtag der Provinz Sachsen tritt am 7. März endlich zu seiner ersten Sitzung zusammen. Im prozigen Hause der „Stände" zu Merseburg werden zum ersten Male auch Arbeitervertreter im Interesse der großen Allgemeinheit wirken können. Die bisherigen preußischen Provinziallandtage waren feste Stützpunkte der Konservativen, reaktionäre Hochburgen in des Wortes wahrster Bedeutung. Von einer Selbstverwaltungskörperschaft konnte nur insofern die Rede sein, als der Provinziallandtag, beruhend auf der Provinzialordnung vom Jahre 1875, aus Abgeordneten der Stadt- und Landkreise zusammengesetzt werden durfte. Bei der Zusammensetzung der früheren Kreistage war es erklärlich, daß der Einfluß der Städte, in denen zurzeit Handel und Industrie herrschten, auf die provinzielle Selbstverwaltung äußerst gering war und der feudale Großgrundbesitz in Gemeinschaft mit den Landräten die unumschränkte Herrschaft ausübte. Und da auch die Stadtparlamente mit ihrem Dreiklassenwahlrecht nichts anderes als einseitige plutokratische Klassenvertretungen waren, war es natürlich vollkommen unverständlich, daß jemals ein sozialdemokratischer Abgeordneter in dieses merkwürdige, übrigens nur alle zwei Jahre kurze Zeit tagende „hohe Haus" gelangen konnte.

Die Zusammensetzung des durch die Revolution seines reaktionären Daseins beraubten Provinziallandtages war einfach skandalös. Der Landtag zählte unter seinen 189 Mitgliedern nicht weniger als 37 Landräte, 25 Ober- und gewöhnliche Bürgermeister, 6 Kommerzienräte und Fabrikbesitzer, außerdem eine Unzahl von Fürsten, Grafen, Excellenzen, Kammerherren, Landschafts-Oekonomie- und Amtsräten und Offizieren a. D., die natürlich allesamt Großagrarier reinsten Wassers waren. Ganz gewöhnliche Rittergutsbesitzer ohne Titel gab es 11. Von den Städten waren eine viel geringere Anzahl von großen Kaufleuten, Stadtverordneten, Stadtverordneten-Vorstehern, natürlich alles Kapitalisten, abgesandt, außerdem noch einige Justizräte, Geheimräte, Bankräte und Stadträte. Weder ein Arbeiter noch ein Handwerker, weder ein Unterbeamter noch ein Vertreter der Intelligenz störten die harmonische Zusammensetzung dieser feudalen Gesellschaft. Im neuen Landtage sitzen neben **29 Unabhängigen, 35 Rechtssozialisten, 37 Angehörigen der Deutschnationalen, 13 der Deutschen und 3 der Christlichen Volkspartei, 19 Demokraten und 3 Parteilose.** An eine ersprießliche Tätigkeit im Sinne des konsequenten Sozialismus ist unter diesen Umständen leider nicht zu denken, denn selbst wenn man die meist aus dem Bezirk Magdeburg stammenden Mehrheitler noch für fähig halten sollte, die Grundsätze des Sozialismus wenigstens auf diesem sozial wichtigen Gebiete nicht zu verraten, verfügen die Bürgerlichen nach immer über eine Mehrheit von 11 Stimmen. 25 Unabhängige wurden allein im Regierungsbezirk Merseburg gewählt, im Bezirk Erfurt 4, während im Bezirk Magdeburg neben den Bürgerlichen lauter Regierungssozialisten entstanden. Daß es selbst in der Provinz Sachsen, dem roten Herz Deutschlands, so sowohl bei der Wahl zur preußischen Landes- als auch Nationalversammlung die sozialdemokratischen Parteien mit Leichtigkeit die Mehrheit der Mandate eroberten, sicht möglich war, eine sozialistische Mehrheit zu erreichen, liegt eben daran, daß die Wahl der Landtagsabgeordneten nicht direkt durch die Wahlberechtigten vorgenommen wird, sondern auf Grund eines indirekten Wahlverfahrens, das von den reaktionären Geheimräten ausgeklügelt worden ist, um dem stockreaktionären Grundadel in Gemeinschaft mit der sächsischen Plutokratie die Vormacht auch fernerhin zu sichern. Das Wahlrecht ist ganz einseitig zugunsten der Stadtkreise zugeschnitten, und es ist deshalb kein Wunder, daß die Vertreter derjenigen, die ein direktes, ja ein brennendes Interesse an der Fürsorgeerziehung, der Armen- und Krüppelfürsorge haben, trotz der Revolution in keiner einzigen Provinz einen der wirklichen Stärke entsprechenden größeren Einfluß auszuüben in der Lage sind. Durch die „Sicherung" des indirekten Wahlverfahrens ist es den Deutschnationalen fast in allen Provinzen gelungen, die Macht fest in ihrer Junkerfaust zu behalten und nach ihrem Gutdünken provinziale „Selbstverwaltung" zu betreiben. Der Provinzial-Landrat tag, wie das Provinzparlament früher mit Recht genannt wurde, wird auch nach der sogenannten Revolution eine gewisse Berechtigung haben, denn die Zahl der delegierten Landräte ist nur von 39 auf 29 gesunken; die Zahl der Bürgermeister hingegen von 80 auf 17.

Die Provinzialverbände sind auf Grund der Dotationsgesetze von 1873, 1875 und 1902 selbständige Körperschaften, welche neben der provinzialen Staatsverwaltung die ihnen zugewiesenen besonderen Aufgaben nach eigenem Ermessen erledigen können. „Der kommunalen Selbstverwaltung auf ihrer obersten Stufe", wie die Provinz in einem Kommentar genannt wird, werden größere Summen überwiesen zu dem Zwecke, für die Provinzialchausseen, das Kleinbahnwesen, die agrarischen Kulturverbesserungen, das Landarmen-, Jugendfürsorge-, Irren-, Taubstummen- und Blindenwesen zu sorgen, Stiftungen und Unternehmungen für Kunst und Wissenschaft zu unterstützen. Dem Provinziallandtag aber dem von ihm zu wählenden Provinzialausschuß ist ferner die Förderung der sogenannten ländlichen Wohlfahrt und in neuerer Zeit die Zusammenfassung der Elektrizitätsversorgung übertragen, ferner die Verwaltung der Landesbank, der Feuersozietäten und schließlich ein ganz erheblicher Einfluß auf die Geschäftsführung der Alters- und Invalidenversicherung der Versicherungsanstalt Sachsen-Anhalt. Man wird also ohne weiteres verstehen, daß der Haushaltsplan der Provinzialverwaltung, den die Abgeordneten gleich zu Beginn ihrer Tagung zu beraten haben werden, in Einnahme und Ausgabe mit rund 31½ Millionen Mark abschließt. Und von diesem außerordentlich vielgestaltigen Arbeitsgebiet ist die Arbeiterschaft dank der Diktatur einer kleinen Gruppe des vereinigten Großgrundbesitzes und des städtischen Großkapitals bisher fünfzig Jahre gehalten worden. Selbst die kapitalistische Magdeburgische Zeitung muß eingestehen, daß die Vertreter der Landwirtschaft und des Adels im alten Landtag, zu Fraktionen kaum erkenntlich waren, stark hervorgetreten sind, daß dadurch und schließlich durch das Fehlen von Sozialdemokraten sich eine gewisse „Ueberalterung" bemerkbar machte. Zusammenstöße seien so gut wie gar nicht vorgekommen, der Ton in der Verhandlung war sehr gemäßigt. Das ist bei der Gemeinsamkeit der Interessen, die die erlauchten und geehrten Herren des hohen Hauses mit einander verknüpfen, nicht verwunderlich. Und das Kapitalistenblatt mag Recht haben, wenn es vorausahnend schreibt, daß die jetzt geschaffene Zusammensetzung auf Verhandlungstempo und Ton natürlich nicht ganz ohne Einfluß bleiben würde. Unsere Genossen werden sicher bei allen sich bietenden Gelegenheiten den Herrschaften die Wahrheiten sagen, die zu sagen bisher nicht möglich war.

Von den rund zwei Dutzend Vorlagen, die den Abgeordneten bereits zugegangen sind, dürften das größte Interesse beanspruchen der Haushaltsplan und die Sonderwirtschaftspläne für das Rechnungsjahr 1920, der Verwaltungsbericht des Provinzialausschusses für die Rechnungsjahre 1917 und 1918, die Neuwahl des Provinzialausschusses und anderer Kommissionen, die Wahl des Landeshauptmannes, die Neuregelung des Diensteinkommens usw. der Provinzialbeamten, die Errichtung einer Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge, der Beitritt zur Wohnungsfürsorgegesellschaft Sachsen und die Vornahme von notwendigen Bauten bei einigen Anstalten. Die Eröffnungssitzung findet am 7. März, mittags 12 Uhr, in dem prunkvollen Ständehaus zu Merseburg mit den üblichen Reden und einem vorausgehenden traditionellen „Gottesdienst" (!) statt. Ueber die Verhandlungen werden wir laufend berichten.

Hörsing ist doch über uns gekommen!

Herr Heine ist eine robuste Natur. Was schert es ihn, daß sämtliche Parteien der Provinz Sachsen, mit Ausnahme der Regierungssozialisten, seit Monaten unzweideutig Herrn Hörsing als Oberpräsidenten der Provinz ablehnten! Was schert ihn der offen ausgesprochene Wille der Mehrheit der Bevölkerung, ihn, den großen Demokraten! Hörsing muß untergebracht werden, und der Magdeburger Präsidentensuhl ist gerade frei, wer kann da Herrn Heines Willen ändern. Es war zwar eine schwere Geburt, und offenbar gab es auch im Ministerkollegium einige Auseinandersetzungen, aber der starke Wolfgang siegte. So ist denn Otto Hörsing, der Mann, dem Deutschland den Verlust Oberschlesiens einst mit Flüchten danken wird, am vergangenen Donnerstag in Magdeburg in sein neues Amt eingeführt worden. Heine selbst war erschienen, um seinem lieben Freunde den Ehrentag zu verschönern. In einer Rede pries er die Verdienste des trefflichen Otto um Oberschlesien — ja, er pries sie, der Herr Minister, und kein Hohngelächter unterbrach seinen feierlichen Sermon!

Wir sind gewiß damit einverstanden, wenn die Regierung die Junker aus der Verwaltung entfernt und Männer des Volkes in die verantwortlichen Stellen setzt. Die rechtssozialistische Gesinnung ist auch für uns nicht von vornherein etwa ein Grund, einen neuen Mann abzulehnen. Aber wenn die Regierung in solch wichtigen Posten, wie es das Oberpräsidium einer Provinz ist, Leute wie Winnig und Hörsing setzt, Leute, deren Unfähigkeit zum Himmel stinkt, dann hat die Oeffentlichkeit ein Recht, Protest gegen solche Personen einzulegen. Unsere Genossen im Provinziallandtag werden gewiß nicht verfehlen, sich zum Dolmetsch der Oeffentlichkeit Herrn Hörsing gegenüber zu machen!

Hettstedt. Auch eine Berichterstattung! Wir sind es gewohnt, daß das Hettstedter Tageblatt die Arbeiterbewegung mit Schmutz bewirft. Auf welche Weise aber das Blatt direkte Unwahrheiten in die Welt setzt, dafür war ein klassischer Beweis der Bericht, den dieses Blatt über eine Versammlung brachte, in der die Verfehlungen des Bürgermeisters Gerike behandelt wurden. Ebenso verlogen war der Bericht über die öffentliche Volksversammlung, in der Gen. Scholem-Halle über die politische Lage sprach. Gerade diese Versammlung war ein Beweis dafür, daß die Arbeiterschaft von Hettstedt treu zur Sache der Revolution steht. Das Hettstedter Tageblatt brachte einen völlig verlogenen Bericht, in dem behauptet wurde, daß der Vorsitzende die Versammlung schloß, weil der Referent von den Kommunisten niedergeschrien wurde. Die Volksstimme, die mit dem Hettstedter Tageblatt offenbar sehr befreundet ist und die ja auch diese Freundschaft schon praktisch bewiesen hat, druckte den ganzen Schwindel nach. Heraus mit solchen Schmutzblättchen aus dem Arbeiterhaushalt!

Verantwortlich für Politik und Parteinachrichten: Karl Boch; für Halle und Saalkreis: Gottlieb Kaparaff; für Aus der Provinz und Versammlungsberichte: Werner Scholem; für Anzeigen: Hermann Schade; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei G. m. b. H.; sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200302-17/fragment/page=0010